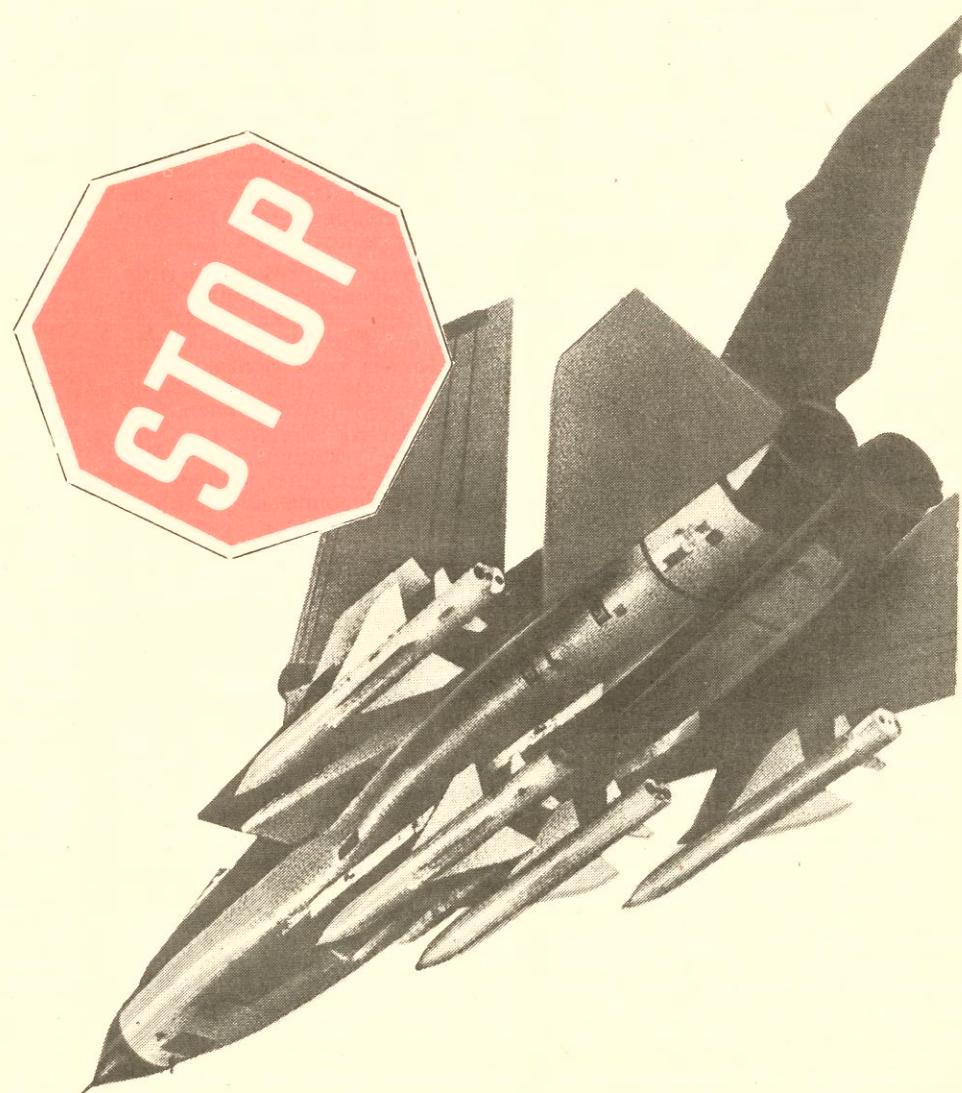


RÜSTUNGS- WETTLAUF: DROHUNG, BELASTUNG, ALTERNATIVE



K

riege, immer wieder Kriege haben die Menschheitsgeschichte gezeichnet. Der Schweizer Wissenschaftler Jean Jacques Babel hat die Bilanz gezogen: Unsere Erde hatte in den letzten fünfeinhalbtausend Jahren ganze 292 Jahre Frieden, wurde dafür aber von fast 15 000 Kriegen verheert, mehr als die Hälfte davon in Europa. Im 17. Jh. kamen auf diesem Kontinent 3 Millionen Menschen um, im 18. Jh. waren es über 5 Millionen und im 19. Jh. beinahe 6. Im 20. Jahrhundert kostete der erste Weltkrieg rund 10 Millionen, der zweite etwa 55 Millionen Menschenleben.

Alarmierende Zahlen. Aber sie stehen in keinem Verhältnis zu dem, was die Menschheit im Falle eines Kernkonflikts zu opfern hätte. Albert Einstein sagte auf die Frage, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg geführt werde, das wisse er nicht. Aber die einzige Waffe für den vierten sei ein Steinbeil.

Die Kernarsenale unserer Erde bergen heute 50 000 Megatonnen TNT. Das ist das Zehntausendfache des gesamten Sprengstoffs, der während des zweiten Weltkriegs eingesetzt wurde, in dem, wie gesagt, ca. 55 Millionen draufgingen. Noch ein Vergleich: Eine Megatonne bedeutet eine Million Tonnen TNT. Zur Beförderung dieser Menge brauchte man einen 200 Meilen langen Zug. Wollte man die 50 000 Megatonnen Sprengstoff in einzelnen Waggons unterbringen, reichte dieser Todeszug etwa 400 Mal rund um die Erde und 20 Mal zum Mond und zurück.

Aber das Wettrüsten hört nicht auf. Die Waffenberge werden immer höher und höher auch die Wahrscheinlichkeit, daß sie einmal in die Luft fliegen werden.

Des Pentagons „zerbrochene Pfeile“

Im September 1980 hatten die USA zwei Brände zu verzeichnen, bei denen Kernwaffen im Spiel waren. Am 15. September brannte auf dem Stützpunkt Grand Forks (Staat Norddakota) fast drei Stunden lang ein strategischer B-52-Bomber mit Kernwaffen an Bord. Drei Stunden zitterten Tausende Amerikaner in den umliegenden Ortschaften in der Furcht vor einer Kernexplosion. Die gleiche Situation ergab sich am 19. September für die Bewohner des Staates Arkansas. Durch den Ausfluß von Brennstoff explodierte dort eine Titan-2-Rakete. Glücklicherweise gingen die 9 MT Kernsprengstoff (das ist das 750fache der Hiroshima-Bombe) nicht hoch. Dennoch kamen bei diesem Zwischenfall 22 Militärangehörige zu Schaden, und mehr als 1000 Zivilisten mußten ruckzuck aus der radioaktiv gefährdeten Zone evakuiert werden.

White House und Pentagon wollen die Öffentlichkeit beruhigen, indem

sie diese Zwischenfälle herunterspielen. In Zukunft, so versichern sie, wird ähnliches nicht mehr passieren. Doch das hörte man auch schon früher. Wenn der Finger erstmal am nuklearen Drücker liegt, kann man nicht sicher sein, daß es nicht auch knallt, zufällig oder weil einer was „geortet“ hat. Diese Möglichkeit ist nicht auszuschließen. In einer Secret-Studie des US-Verteidigungsministeriums, die Ende 1980 in die Presse rutschte, werden 27 Fälle von „zerbrochenen Pfeilen“ aufgezählt, wie das Pentagon gefährliche Havarien oder Zwischenfälle mit Kernwaffen zu nennen beliebt. US-Experten meinen dazu, daß diese Zahl noch eine Dunkelziffer besitzt. Es habe zumindest noch zehn Fälle gegeben, „die in politischer Hinsicht zu kitzlig waren, als daß man darüber hätte reden wollen“.

„Verlorene“ Bomben, außer Kontrolle geratene Raketen, Atom-U-Boot-Havarien bedrohten nicht nur die Katastrophenräume. Jede Kernexplosion könnte als Kriegsausbruch interpretiert werden. Und dem vermeindlichen „Angriff“ könnte der reale „Gegenangriff“ folgen. Noch gefahrintensiver sind die falschen Atomalarme, die die Welt schon mehrmals an den Rand der Nuklearkatastrophe gebracht haben.

Mit zunehmendem Kernpotential steigt auch die Zahl der Zwischenfälle. „Wir können mit einer sehr ernst zu nehmenden Kernwaffenpanne in nicht allzu ferner Zukunft rechnen“, urteilt der amerikanische Admiral a. D. Gene Laroque, der der Washingtoner Militärischen Informationszentrale vorsteht.

Die Technik, selbst die modernste, wie ihr Bedienungspersonal, selbst das qualifizierteste, sind vor Fehlern nicht gefeit. Dazu die „Washington Post“: „Keiner kann sich eine ausreichend vollständige Vorstellung von allen eventuellen Pannen, unvorhersehbaren Ereignissen und menschlichen Irrtümern machen, die im Komplex eines schönen Tages unter Umgehung der raffiniertesten Vorwarnsysteme oder der Anlagen zur Blockierung von irrtümlichen Einsatzbefehlen, zu einer Raketenalarme führen können.“

„Sowjetische Bedrohung“

Bei wem liegt die Schuld an der entstandenen Situation? Wer trägt die Verantwortung für das Wettrüsten? Washington und seine Partner behaupten: Die den Westen bedrohende Sowjetunion. Fragt sich: Wer wen?

Kaum hatte Rußland seine Revolution 1917 hinter sich, als die USA vom „roten Militarismus“ redeten, der die zivilisierte Welt bedrohe. „Der Bolschewismus bedeutet Chaos, allgemeinen Mord, völlige Zerstörung der Zivilisation“, ließ sich am 16. März 1919 die „New York Times“ vernehmen. Die „Chicago Tribune“

warnte gar vor einer Invasion der roten Horden in Amerika: „Es sind nicht allzu viele Stationen auf dem Weg von Petrograd bis Seattle.“ Während diese Zeilen zu Papier kamen, marschierten US-amerikanische und britische Truppen durch Murmansk und Archangelsk, okkupierten japanische und US-Interventen Wladiwostok, die Franzosen und Briten Odessa.

Nachdem 1918 US-Schiffe in Häfen der jungen Sowjetrepublik Anker geworfen hatten, beeilte sich die US-Regierung mit der Erklärung: Diese Truppen „wollen bei Unruhen und Wirren Hilfe leisten“ und „die Sicherheit der amerikanischen Lagerhallen, Vorräte und Besitztümer in Rußland garantieren“. Die tatsächliche Beschäftigung der Amerikaner schilderte ziemlich ausführlich William Graves, Befehlshaber des Expeditionsheers. In seinem Buch „Amerikas Sibirienabenteuer 1918–1920“ ließ er sich pedantisch darüber aus, wie seine Untergebenen „das Land wie Tiere durchwühlten, wobei sie friedliche Bewohner ausraubten und ermordeten“.

Mit der „bolschewistischen Gefahr“ rechtfertigte der Westen auch weiterhin seine vielfältigen antisojetischen Operationen. Besonders die Faschisten hatten ein Faible für diese Formulierung. Gekonnt nutzten sie den Sowjethaß einflußreicher Konservativer in Westeuropa und den USA, die Hitlers Aggressionen Osten lenken wollten.

Unter dem Geschehen von der „roten Gefahr“ wurde der Antikommunistenpakt zusammengeschustelt, die Kriegsmaschinerie Hitlers hochgepäppelt, wurden die faschistische Intervention in Spanien, der Anschluß Österreichs, Teilung und Eroberung der Tschechoslowakei sowie der Überfall auf Polen vollzogen. Selbst nach dem Einfall in die UdSSR versicherte Hitlers Reichskanzlei, man wolle sich ja nur „verteidigen“. Auf dem Nürnberger Prozeß gab die Goebbelsschnauze Hans Fritzsche zu Protokoll: „Nach dem Angriff auf die Sowjetunion hatte die deutsche Propaganda diesen Angriff zu rechtfertigen, also immer wieder zu betonen, daß wir einem Angriff der Sowjetunion nur zuvorgekommen sind ... , daß nicht Deutschland, sondern die Sowjetunion die Verantwortung für diesen Krieg trägt.“

Kaum war das Geschützfeuer des zweiten Weltkriegs, der 20 Millionen Sowjetbürger dahingerafft hatte, verstummt, als man im Westen schon von einem drohenden „sowjetischen Eindringen“ sprach und das aus der Stärke der Sowjetarmee ableitete. Natürlich hatte die UdSSR zur Zerschlagung Hitlerdeutschlands riesige Streitkräfte auf die Beine bringen müssen. Sie aber wurden bereits in den ersten Nachkriegsjahren beachtlich verringert. In seinem Buch „Die Riesen Rußland und Amerika“ schrieb der bekannte US-Experte Richard Barnet: Bis 1947 hatte Moskau „rund 2,8 Millio-

nen Mann unter Waffen. Das ist keine Zahl, die aggressive Intentionen annehmen läßt“.

Wie aber, wenn der Westen die Politik seines Partners aus der Antihitlerkoalition bloß falsch interpretiert hätte? Ein enger Berater Harry Trumans, George Kennan, notierte 1952 in seinem Tagebuch: Der Präsident „teilte meinen Standpunkt zu den Motiven und Prinzipien des Verhaltens der sowjetischen Führung und hat nie geglaubt, daß sie noch einen großen Krieg will“. Drei Jahre früher hatte der damalige Senator John Foster Dulles verlautbart: „Mir offiziell und privat von unserer eigenen Regierung und europäischen Regierungschefs zugänglich gemachte Informationen lassen nicht den Rückschluß zu, daß die Sowjetunion gegenwärtig an eine ausgedehnte militärische Aggression in Europa denkt.“

Trotzdem verzichtete die US-Regierung auf eine Freundschaftspolitik zur UdSSR. In jener Zeit nämlich waren die USA das einzige Land mit Atomwaffen. Der bekannte amerikanische Strategie General Taylor schrieb, die Atombombe habe Washington davon überzeugt, daß es damit eine Waffe in Händen habe, „die es den Vereinigten Staaten gestattet, der Welt eine Art ‚Pax Americana‘ aufzuzwingen“. Außerdem waren die USA die einzige Großmacht, deren Wirtschaft nicht nur nicht gelitten hatte, sondern während des zweiten Weltkriegs wesentlich erstaunt war. Das wollte sich die amerikanische Führung zunutze machen, und so ging sie gegenüber der UdSSR zur „Position der Stärke“ über.

Damit war der kalte Krieg da, der mehrmals durchaus auch zu einem heißen Krieg hätte werden können. Das erste Projekt eines Atomschlags auf 20 sowjetische Städte und militärische Objekte unter der Bezeichnung „Die strategische Verwundbarkeit Rußlands für einen begrenzten Luftangriff“ wurde im November 1945 aus der Taufe gehoben — drei Monate nach Hiroshima und Nagasaki. Washington hatte es eilig, sein Atommonopol zu nutzen. In den 40er Jahren wurde eine ganze Serie solcher Pläne entwickelt: „Charioteer“, „Cogwheel“, „Gunpowder“, „Fleetwood“, „Dropshot“. Keiner allerdings kam zur Ausführung.

Was hinderte die USA daran, damals die Nuklearschwelle zu überschreiten? Bis 1949, als die UdSSR ihre eigene Atomwaffe konstruiert hatte, verfügte Washington lediglich über begrenzte Reserven an Atombomben und Trägermitteln. Amerikanischen Angaben zufolge lagerten Ende 1948 in den Rüstkammern des Pentagon 100 bis 150 Einheiten dieser Waffe. Das hätte nach Kalkulationen der Washingtoner Strategen nicht gereicht, um der Sowjetunion „eine endgültige militärische Niederlage“ beizubringen.

Die UdSSR war zu Gegenmaßnahmen gezwungen, die nicht vom Offensivdenken, sondern von dem Willen diktiert waren, sich selbst und ihre

Verbündeten zu schützen. Im Westen allerdings nahm man das als Beweis für die „sowjetische Bedrohung“.

Die Atomspirale

Stockholms Friedensforschungsinstitut SIPRI hat das Wettrüsten der Nachkriegszeit in folgende Etappen eingeteilt:

1945 unternahmen die USA als weiterste einen Atomwaffentest. Vier Jahre später brach die UdSSR das amerikanische Atommonopol. 1952 löste Washington die erste thermonukleare Explosion aus. Ein Jahr danach testete die UdSSR eine mobile thermonukleare Bombe. Im Oktober 1957 startete die UdSSR den ersten Sputnik, was von westlichen Experten als Vorsprung im Bereich der Entwicklung von Interkontinentalraketen gewertet wurde. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine reine Verteidigungsmaßnahme. Schließlich hatten die USA das Sowjetland mit ihren Luftwaffestützpunkten eingekreist, die es ihnen ermöglichten, Kernwaffen auf fremdes Territorium zu befördern. Der Sowjetunion fehlten solche Stützpunkte. Bei ihren Plänen zu einem nuklearen Angriff auf die UdSSR verließen sich die USA auf die geographische Unerreichbarkeit ihres Territoriums. Die Interkontinentalraketen waren also eine Gegenmaßnahme, um das Kräftegleichgewicht wiederherzustellen.

1960 wasserte das erste mit ballistischen Raketen bestückte Atom-U-Boot der USA. Die UdSSR begann mit der Entwicklung ihrer Unterwasserraketenträger vier Jahre später. 1970 nahmen die USA die Ausrüstung ihrer ballistischen Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen auf. Die Sowjetunion begann mit der Entwicklung analoger Systeme 1975...

„Es waren die USA, die die meisten neuen strategischen Waffen-

systeme einführten“, gab der ehemalige Washingtoner UNO-Vertreter Yost zu. „Seit dem Aufkommen der Atomwaffe führten die USA das Wettrüsten an“, erklärte der ehemalige US-Vize Walter Mondale.

Das gleiche Bild haben wir heute. Neutronenbombe, Cruise Missiles, Durchtauchflugkörper hat die Welt den USA zu verdanken. Mit gutem Grund kann man daher behaupten: Die Friedensbedrohung geht nicht von der UdSSR, sondern von den USA aus.

Cruise Missiles

Von den 572 Raketen, die der Nordatlantikpakt in Westeuropa aufzutzen will, sind 464 Marschflugkörper, weil „Experten der Ansicht sind, daß die neuen Cruise Missiles die wichtigste Waffe sind, die der Westen nach den zum erstenmal 1968 getesteten Raketen systemen mit Mehrfachsprengköpfen hergestellt hat“ („Christian Science Monitor“).

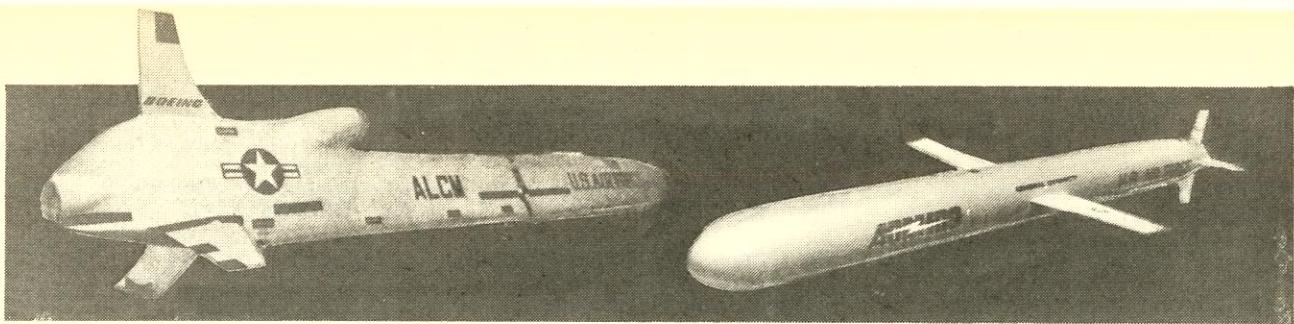
Das Embryo der Cruise Missiles war die V 1, die Wunderwaffe des dritten Reiches, die das faschistische Deutschland während des zweiten Weltkriegs gegen England fliegen ließ, wobei Teile der britischen Hauptstadt in Ruinenfelder verwandelt wurden. Die Ironie des Schicksals will es, daß Großbritannien heute mehr US-Marschflugkörper aufnehmen will als die anderen NATO-Partner.

Die zweite Generation der Flügelraketen entstand in der Nachkriegszeit. Die Amerikaner modifizierten diese Waffe mehrmals. Eine der Modifikationen ist die strategische Rakete Snark, die 1958 in die US-Rüstung aufgenommen wurde. Der 25-Tonnen-Gigant konnte einen 2500-kg-Sprengkopf über 10 000 Kilometer hinweg befördern. Die verkleinerte taktische Variante Matador wurde in Europa stationiert.

Anfang der 60er Jahre gerieten die Flügelraketen aus der Mode. Sie



Diese Zeichnung aus der italienischen Zeitung „Giorno“ zeigt einen Marschflugkörper im Einsatz. See-, land- oder luftgestartet, fliegt er in geringer Höhe (etwa 100 Meter). Im Flug paßt sich die Rakete den Geländebedingungen an, dessen Daten ihr „Elektronengehirn“ gespeichert hat. Falls nötig, kann die Flugbahn durch ein über Satelliten gegebenes Kommando korrigiert werden. US-Experten schreiben den Cruise Missiles die Eigenschaft zu, ihr Ziel „unter Umgehung“ von Radar und Luftabwehrwaffen zu erreichen.



waren zu groß und dadurch leichter verletzbar, besaßen nicht genügend Treffsicherheit und lagen unter der Schallgeschwindigkeit. Die interkontinentalen ballistischen Missiles (ICBM) übertrafen in jeder Hinsicht ihre geflügelten Rivalen und bildeten schließlich den Grundstock des strategischen Arsenals der USA.

Zehn Jahre später jedoch ermöglichte es der wissenschaftlich-technische Fortschritt, und vor allem das elektronische Know-how, den Konstrukteuren, die dritte Generation der Cruise Missiles von den „Minderwertigkeitsgenen“ ihrer Vorläufer zu befreien und sie zu „Superrwaffen“ zu machen.

Die moderne Flügelrakete ist so etwas wie ein pilotenloses Flugzeug mit reaktivem Antrieb. Die USA entwickeln zwei seiner Grundvarianten. Boeing arbeitet an der ALCM, die von Bombern abgelassen werden kann. General Dynamics stellen die Tomahawk her, eine see- und landgestützte Rakete, die die USA in Europa stationieren wollen.

Der Form nach erinnert die Tomahawk an einen Torpedo. Sie ist ca. 6 m lang, mit einem Durchmesser von 50 cm. Fluggeschwindigkeit: 800–900 km/h, Aktionsradius: 2500 km. Der Kernsprengkopf besitzt eine Kapazität von 200 KT und übertrifft damit die Hiroshima-Bombe um fast das 15fache. Die landgestützten Tomahawks werden von gewöhnlichen Sattelschleppern abgefeuert, von denen jeder vier Raketen transportieren kann.

US-Experten geben den Flügelraketen das Prä, da sie billig, schwer zu orten und treffsicher sind. Diese Treffsicherheit wird von einem besonderen „Lenksystem nach dem Landschaftsrelief“, abgekürzt Tercom, garantiert. Seine Funktionsweise sieht folgendermaßen aus: Jedes Terrain besitzt, genauso wie Fingerabdrücke, ein nur ihm eigenes Relief. Von Aufklärungssatelliten geknipste Fotos ermöglichen es, eine Flugkarte für die Flügelraketen zu praktisch jedem Punkt der Erde anzufertigen. Die Informationen über die gewählte Flugroute wird dann einer installierten EDV-Anlage eingegeben. Während des Flugs gestalten diese Daten die Anpassung an das Landschaftsrelief. Gegebenenfalls wird der Kurs korrigiert. Die Urheber von Tercom versichern, dieses System könne die Rakete mit der Genauigkeit von ein paar Dutzend Metern ins Ziel leiten. „Wall Street Journal“ zufolge ist das eine zehnfach niedrigere Abweichung als beim ICBM-System.

Laut Experten befähigt Tercom die Rakete, eine geringe Höhe zu halten, sich gewissermaßen also in die Bodenerhebungen einzukuscheln. Dieses „Versteckspiel“ sowie die geringen Abmessungen machen die Flügelrakete zu einer heimtückischen Durchtauchwaffe, auf die die NATO-Strategen große Hoffnungen setzen. Ex-Präsident Carter äußerte, die Hauptaufgabe, die die USA mit dieser Waffe zu lösen hoffen, sei, die sowjetische Luftabwehr zu unterlaufen. Wie aber soll man derartige Erklärungen mit den ewigen Versicherungen in Einklang bringen, die Stationierung der Tomahawks in Europa sei nur eine Gegenaktion, und das Ziel heiße nicht Angriff, sondern Verteidigung?

Mitte Juli 1981 besagten amerikanische Pressemeldungen, die Reagan-Administration wolle die Herstellung und die Stationierung der Flügelraketen beschleunigen. Außer den 464 Tomahawks für Europa will das Pentagon seine Marine mit 3000 bis 4000 und seine Luftwaffe mit 6000 Cruise Missiles versehen.

Neutronenbombe

Delikaterweise entschloß sich Ronald Reagan ausgerechnet am 6. August 1981, am 36. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, sein Platz zu vollständigen Herstellung der Neutronenwaffe zu geben, trotz der massierten Proteste der westeuropäischen Öffentlichkeit, die den vormaligen Chef des Weißen Hauses im April 1978 veranlaßt hatten, den Beschuß zur Herstellung der Neutronenbombe aufzuschieben. Warum sind die USA hier so stur? Wozu brauchen sie diese Neuentwicklung?

Als die Physiker Anfang der 50er Jahre an der Wasserstoffbombe arbeiteten, stellten sie fest, daß bei der thermonuklearen Reaktion im Augenblick der Fusion der Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium Elementarteilchen — Neutronen — mit einer kolossalen kinetischen Energie frei werden. Diese schnellen Neutronen können, wie die Todesstrahlen in Science-Fiction-Romanen, Panzerplatten und Betonwände durchdringen, alles Lebende vernichten, mit ihrer Energie Organzellen zer-

Marschflugkörper

Foto aus „U.S. News & World Report“ (USA)

stören, klammern jedoch materielle Werte aus. Bei der Explosion einer „konventionellen“ H-Bombe geht nur ein geringer Teil der frei werdenden Energie in die Neutronenstrahlung. Hauptsächlich wird sie in die Stoßwelle und die Lichtstrahlung aufgenommen, deren Aktionsradius die Reichweite der schnellen Neutronen wesentlich übertrifft. Dabei werden sowohl Menschen wie Material vernichtet, und das gesamte betroffene Territorium wird für Jahrzehnte zur radioaktiven Wüste.

Während der Luftwaffenmanöver Carte blanche 1955 erkannten NATO-Experten: Im Falle eines Atomkriegs sogar „begrenzten Ausmaßes“ betragen in den ersten



Startschlepper für Tomahawks

Foto aus „Der Spiegel“ (BRD)

48 Stunden die Verluste unter der Zivilbevölkerung allein der BRD 1,5 Millionen Tote und 3,5 Millionen Verwundete. Bei einem totalen Kernwaffenbeschluß hätte Westeuropa 100 Millionen Tote.

1958 trug der amerikanische Physiker Samuel Cohen dem Pentagon an, seinen Gedanken der Entwicklung einer Miniwasserstoffbombe neuer Konstruktion zu verwirklichen, deren Hauptzerstörungsfaktor die Neutronenstrahlung wäre. Die relativ geringe Kapazität, minimale Zerstörung und geringe Verseuchung des Territoriums würden, wie der Vater der Neutronenbombe zu bedenken gab, sein H-Baby einsetzbar machen, ohne gleich eine weltweite

Katastrophe befürchten zu müssen. Das Pentagon zeigte Interesse an der Cohen-Idee. Im Frühjahr 1963 wurde in der Wüste von Nevada der erste Neutronensprengsatz getestet. Dann aber legte man die Entwicklung der neuen Waffe auf Eis. Die USA verlegten sich auf die beschleunigte Aufstockung ihres strategischen Potentials. Die taktischen Waffen, zu denen das Pentagon auch die Neutronenbombe zählt, fanden damals wesentlich weniger Beachtung. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre begannen die USA damit zu liebäugeln, die Neutronenbombe in Europa zu stationieren.

US-Regierung und NATO-Headquarter erklärten die Neutronenbombe zu einem im dichtbevölkerten Europa unentbehrlichen Panzerknacker, lediglich zur Abwehr gedacht und obendrein human, da damit gegnerische Soldaten zwar ausgelöscht, die Zivilbevölkerung jedoch unbehelligt bleiben würde. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ meint: „Geradezu in Verzückung geraten die Militärs angesichts der Idee, sie könnten mit Neutronenwaffen feindliche Panzerschützen vernichten, während zwei Kilometer entfernt die Zivilisten ungefährdet in der guten Stube sitzen“.

Viele westliche Massenmedien stellten die Wirkung grafisch dar. Wir übernehmen hier eine Grafik aus „Newsweek“ (USA). Ein solcher trauriger und harmloser Kernkrieg aber ist lediglich ein Phantasieprodukt.

Vor allem: die UdSSR will niemanden überfallen. Außerdem ist die Neutronenbombe wie alle Kernwaffen als Panzerabwehrwaffe ziemlich wertlos, was auch von etlichen westlichen Experten zugegeben wird. Effektiv ist sie nur bei einem Schlag gegen starke Panzerkonzentrationen, die jedoch recht unwahrscheinlich sind. Panzer bilden keine Gefechtsformationen, sondern stoßen locker vor. Ein einziger Neutronensprengsatz, der augenblicklich alles Leben im Umkreis eines Kilometers vernichtet, kann also einen Panzerangriff nicht „neutralisieren“. Dazu wären viele Sprengsätze nötig. In diesem Falle aber überstiegen die Opfer unter der Zivilbevölkerung im dichtbesiedelten Europa das Mehrfache der Verluste an Panzerbesetzungen. Außerdem ist noch ein Umstand in Rechnung zu ziehen. „Diese Waffe“, so der Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Alexandrow, „tötet nicht nur. Auf jeden Toten wird das Zehnfache an Menschen kommen, die unterschiedliche Strahlungsdosen erhalten. Die einen werden allmählich sterben, andere, die am Leben bleiben, werden wegen Störung der genetischen Erbfolgestrukturen verkrüppelte Nachkommen zur Welt bringen.“

Das alles bedeutet, daß die Neutronenbombe weniger eine Panzerabwehrwaffe als vielmehr ein Menschenvernichtungsmittel ist. Human verhält sie sich nur zu materiellen

Werten, nicht aber zum Homo sapiens. Deshalb ist sie zur Verteidigung kaum geeignet, dagegen aber für einen Aggressor recht interessant. Er kann ein paar Neutronensprengsätze über Ortschaften zünden, deren Verteidiger und Einwohner ausrotten und sich damit ohne blutige Gefechte den Weg freiwälzen. In diesem Fall müßte nicht jedes Haus erkämpft werden, gäbe es keine Trümmerberge, die den Vormarsch erschweren.

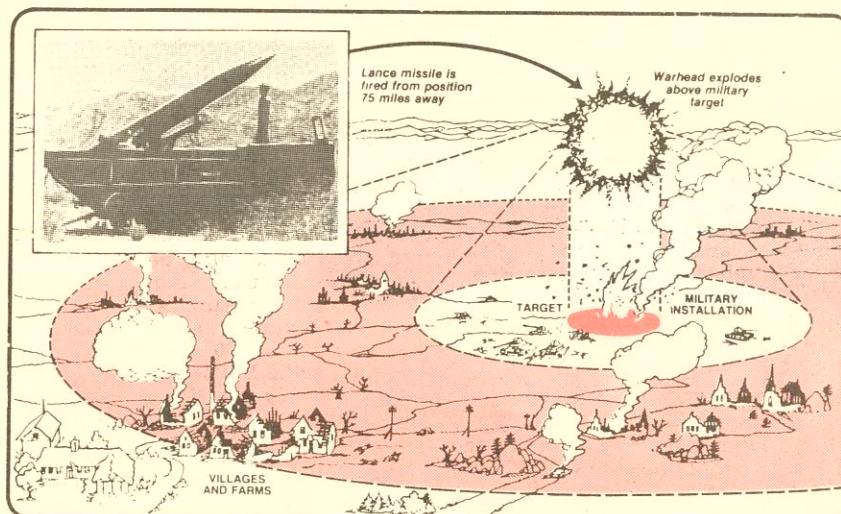
Henry Huglin, US-General a. D. und Militärkommentator verschiedener Blätter, glaubt: „Eine präzisere Neutronenwaffe, die viel weniger Begleiterscheinungen auslösen würde, dürfte eher eingesetzt werden.“ Das hat etwas für sich. Schließlich beschäftigen sich die NATO-Strategen ja mit dem „begrenzten Kern-

eine Weise einsetzen, die nicht den Einsatz aller bestehenden Spielerarten (einschließlich der strategischen) nach sich zöge, ist einfach unrealistisch. Die Erfahrungen zeigen, daß kriegsführende Länder gewöhnlich so lange nicht kapitulieren, bis sie nicht alle Arten der ihnen zur Verfügung stehenden Waffen verwendet haben.

Im Klartext: Die Neutronenwaffe ist der Auslöser des Kernkriegs. Sie kann Europa nicht „retten“, wie das mancher im Westen behauptet, sie kann es nur ausradieren.

MX-Rakete

An der interkontinentalen ballistischen MX-Rakete arbeiten die USA seit 1972. Sie ist doppelt so schwer



Bei der Explosion eines Neutronensprengkopfs einer Lance-Rakete von einer KT Sprengkraft zerstören Stoßwelle und Strahlung alle Gebäude und töten Menschen im Umkreis von 150 m.

Augenblicklicher Tod durch Neutronenstrahlung trifft im Umkreis von einem Kilometer ein. Hohe Strahlungsdosen lösen Strahlenkrankheit mit tödlichem Ausgang im Umkreis von 1,6 km aus.

Aktionsradius der Stoßwelle und der Strahlung einer mit einem „konventionellen“ Kernsprengkopf ausgerüsteten Lance-Rakete.

krieg“ und negieren den sowjetischen Vorschlag, nicht als erste Kernwaffen zum Einsatz zu bringen.

Aber was die NATO-Spezialisten auch reden mögen, welche Drehbücher für einen „begrenzten“ Nuklearkonflikt sie auch skribieren, der Gedanke, ein Krieg könne im Neutronenstadium enden, ist zumindest unseriös. Der Einsatz der Neutronenwaffe wäre die Ouvertüre zu einer nuklearen Kernkatastrophe. Diese Ansicht wird von vielen angesehenen Experten geteilt. SIPRI-Direktor Barnaby glaubt beispielsweise, die Atomwaffe, so begrenzt ihr Aktionsradius auch wäre, ließe sich nicht zur konventionellen Waffe umschminken. Und darauf zu kalkulieren, man könne die Atomwaffe auf

wie die größte US-Rakete Minuteman 3. Mit einem Gewicht von 95 t kann sie zehn Sprengköpfe tragen, ihre Vorgängerin dagegen „nur“ drei. Die Sprengkraft jedes Gefechtskopfs beträgt 335 KT. Hauptvorteil der MX aber ist nach Ansicht des Pentagon ihre Unverwundbarkeit. Die US-Strategen glauben, theoretisch ließen sich in den 80er Jahren die heute bestehenden landgestützten ICBM mit einem Raketenüberschlagschlag vernichten, während die MX infolge ihrer mobilen Stützung dieser Gefahr nicht ausgesetzt sei.

Die Carter-Administration versteifte sich auf folgende Variante der MX-Stationierung: Für jede der 200 Raketen wird eine 10 bis 15 Meilen

lange Chaussee angelegt, an der 23 Betonbunker liegen, die in Abständen von der mobilen Startrampe angefahren werden, um dort Raketen ab- oder aufzuhocken. Diese Art der Stationierung, so Jimmy Carter, „erhöht die Unverwundbarkeit unserer Raketen infolge der vermehrten Angriffsziele für den Gegner, weil er nicht wissen wird, in welchem der 23 Schächte die Rakete lagert.“

Die Reagan-Mannschaft hat sich noch nicht festgelegt. Den US-Medien läßt sich jedoch entnehmen, einige Leute im Brain-Trust der Regierung seien dafür, die MX luftzustützen. Diese Präsidentenberater vertreten die Ansicht, an Bord von Transportmaschinen seien die Raketen nicht nur unangreifbar, sondern man könne auf diese Weise auch die mächtigen politischen Verbündeten Reagans in den Staaten Utah und Nevada beruhigen, wo die MX dem Carter-Plan zufolge gelagert werden sollten. Als Zwischenvariante wurde beschlossen, die ersten MX-Raketen

in den Schächten zu stationieren, die von ihren Vorgängern Titan 2 eingenommen wurden.

Die theoretische Verwundbarkeit der landgestützten ICBM, mit der die Entwicklungspläne der MX gerichtfertigt werden, ist nicht nur für die USA ein Problem. Seine einseitige Lösung käme dem Versuch gleich, militärische Überlegenheit erlangen zu wollen. „Wenn Amerika ein ausreichend effektives bewegliches MX-System besitzt, Moskau dieses System aber nicht hat“, schrieb der „Christian Science Monitor“, „dann bedeutete das, die USA sicherten sich ein Potential für einen Präventivschlag gegen die Sowjetunion.“ Es dürfte aber zumindest naiv sein, auf einen strategischen Vorrang zu hoffen.

„Was aber die Träume von der Erlangung militärischer Überlegenheit über die UdSSR angeht, so täte man besser daran, sie fallenzulassen. Wenn es sein muß, findet das Sowjetvolk die Möglichkeit, beliebige zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen und alles zu tun, was für die Gewährleistung einer zuverlässigen Verteidigung seines Landes erforderlich ist“, versicherte Leonid Breschnew dem „Spiegel“. „Viel sinnvoller und realistischer ist es, von der Aufrechterhaltung der Parität zu sprechen, die bereits besteht und, wie die Erfahrungen zeigen, keine schlechte Grundlage für die Sicherung des Friedens bildet.“

Trident-Programm

Mitte Juni 1981 schwartete von der Reede der General Dynamics in Groton (Staat Connecticut) das Atom-U-Boot Ohio zu einem Hochseetest ab, der erste von etwa 15 Unterseeaketrägern, die die USA nach dem Trident-Programm bauen wollen. Das U-Boot geht

jetzt in Serie. Es hat eine Länge von 171 m bei einer Wasserverdrängung von rund 19 000 t. Seine Abmessungen erinnern an einen Kreuzer. Während die Poseidon-U-Boote 16 ballistische Raketen trugen, fassen die Trident 24. Jede Rakete hat 8 Gefechtsköpfe mit einer Sprengkraft von 100 Kilotonnen. Ihre Reichweite übertrifft 7000 km. Der Kostenpunkt des Programms: über 30 Md. Dollar.

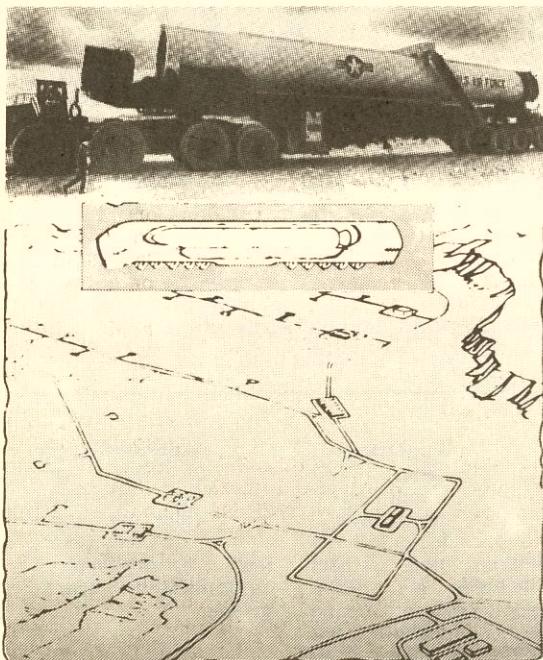
Für „Sternenkriege“

Ein paar Jahre schon entwickeln die USA Laserwaffen. Ein Geheimbericht der Regierung, den die „New York Times“ 1980 aufstöberte, weist aus, daß die USA für das Todesstrahlen-Experiment bereits rund 2 Md. Dollar aufgewendet haben.

Verschiedene Pentagon-Experten wollen die Laserwaffe der ersten Generation auf Gebirgsgipfeln installieren und als Satellitenkiller einsetzen. Inzwischen nehmen Pläne Gestalt an, die Todesstrahlen direkt im Kosmos als Killer für ICBM einzusetzen, die über die Erdatmosphäre hinausgelangen. Senator M. Wallop möchte beispielsweise 30 mit Laserwaffen bestückte Orbitalstationen im All wissen. „Jedes Land, das 30 solche Stationen mit chemischen Laserstrahlen der ersten Generation im All plazierte, kann anderen Staaten entweder das Privileg einräumen, Raketen im Kosmos zu benutzen, oder es ihnen verweigern.“ Wenn das gelänge, unterstreicht Wallop, ließe sich „am strategischen Gleichgewicht rütteln“.

Außer mit Laserwaffen wollen sich die USA auch mit anderen supermodernen Kampfmitteln ausrüsten. Das Pentagon hat einen ganzen Programmkomplex zur Kriegsführung im All aufgelegt. Laut Fahrplan wird jeder vierte Flug der „Space Shuttle“ militärische Zwecke verfolgen: Beförderung von Aufklärungs- und Nachrichtensatelliten, Tests von Laseranlagen und anderer Kampftechnik, Spionage und Satellitenzerstörung.

Nach Ansicht verschiedener amerikanischer Experten werden die USA noch vor Ablauf des XX. Jahrhunderts eine Flotte von Zweimann-Raumschiffen entwickeln, die von



Vier Hauptarten der MX-Stationierung:

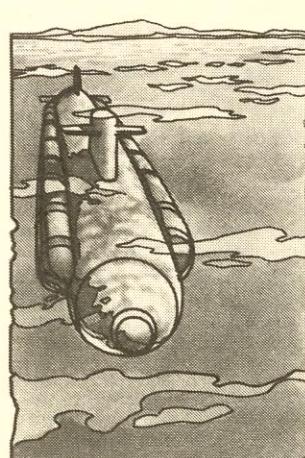
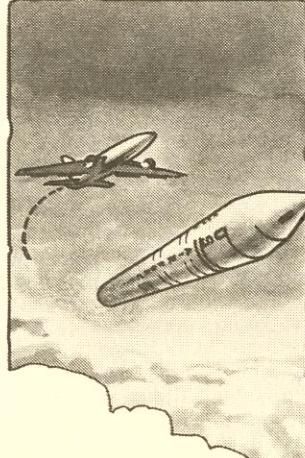
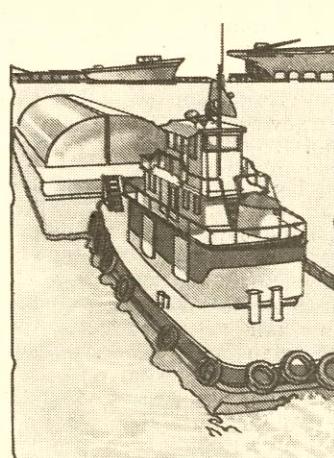
1. 200 MX-Raketen pendeln zwischen 4600 Bunkern in den US-Staaten Utah und Nevada.

2. Raketen auf fahrenden Lastkähnen, die ständig die Fahrtroute wechseln.

3. Raketen an Bord von Transportflugzeugen, die bei Alarm schnell starten können.

4. Je zwei Raketen an Mini-U-Booten in Territorialgewässern der USA.

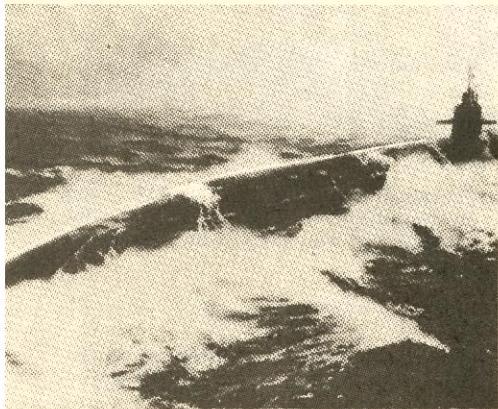
Zeichnungen aus „U.S. News & World Report“ (USA)



gewöhnlichen Flugplätzen starten und, wenn nötig, Kampfhandlungen im All führen können.

Gegenwärtig richtet Washington seine Hauptbemühungen hier auf die Entwicklung von Killersatelliten mit einer Minianlage zur Vernichtung von künstlichen Erdsatelliten. Geplant ist die Killer-Rakete MHV, an der die Vought Corp. arbeitet. Sie wird von einem F-15-Jäger in 20 bis 30 km Höhe abgefeuert.

Etliche US-Konzerne beschäftigen sich mit der Entwicklung „kosmischer Minen“, die, von der Erde ausgesteuert, ihr Ziel erreichen und es vernichten.



Maritimer Trident-Startplatz

Fotos aus „U.S. News & World Report“ (USA)

doch nicht überzeugend. Widerlegt wird es auch von den Erfahrungen, die besagen, daß neue Waffen neue Probleme für die internationale Sicherheit mit sich bringen. Dafür nur ein Beispiel: Während der ersten Verhandlungsruhne zu SALT 1 bot die UdSSR den Vereinigten Staaten an, die Herstellung von Mehrfachsprengköpfen zu verbieten. Die USA lehnten das ab. Was dabei herauskam, läßt sich den Äußerungen des ehemaligen UNO-Vertreters der USA Yost entnehmen: „Vor einigen Jahren rüsteten die Vereinigten Staaten ihre Raketen plötzlich mit Mehrfachsprengköpfen aus, in der Illusion, das werde ihnen irgendeine Überlegenheit bringen. Die Russen zogen selbstverständlich nach. Das Resultat war die Verwundbarkeit der Minuteman-Raketen, die die amerikanischen Falken — einst die eifrigsten Verfechter der Mehrfachsprengköpfe — jetzt so bitter beklagen.“

Und die Sache mit den Mehrfachsprengköpfen war keine Ausnahme. Gewissen Angaben zufolge haben die USA seit Beendigung des zweiten Weltkriegs als erste etwa 30 bedeutende Waffensysteme entwickelt. Aber wurde dadurch Amerikas Sicherheit sicherer? Experten verneinen das. Ein leitender Kopf des US-Instituts für politische Studien,

Richard Barnet, erklärte z.B.: „In vieler Hinsicht — in der militärischen Verwundbarkeit, der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität sowie in moralischer Beziehung — sind die Vereinigten Staaten heute weniger sicher als vor 30 Jahren.“

Für den dichtbesiedelten und relativ kleinen europäischen Kontinent verbietet sich die Kernwaffe überhaupt. Nicht umsonst kam das Stockholm-Friedensforschungsinstitut zu dem Schluß, daß sie „Europa nicht verteidigen, sondern es nur vernichten kann“. Gibt es erstmal Euroraketen, wird die Situation noch komplizierter. Beweis dafür ist ein Vorfall, der sich zwar in den USA abspielte, jedoch in unmittelbarer Beziehung zur europäischen Sicherheit steht.

Am 9. November 1979 spukte der Computer des Luftabwehrstabs des Nordamerikanischen Kontinents (NORAD) einen sowjetischen Raketenstart in Richtung USA aus. Glücklicherweise kam es zu keiner Kernkatastrophe. Der Irrtum wurde nach 6 Minuten aufgeklärt. Die interkontinentalen Waffen bieten noch Zeit „zum Nachdenken“. Sie erreichen ihr Ziel in rund einer halben Stunde. Eurostrategische Raketen lassen das nicht mehr zu. Die Pershing 2 sind in 4—6 Minuten auf fremdem Territorium. Und wo ist die Garantie, daß sich so ein Computer in Europa nicht irrt. Wir wissen schließlich, wie

häufig die nuklearen „Pfeile“ der USA zu Bruch gehen.

Rüstungen und Verhandlungen

Im Januar 1981 wurde in einer Studie der Carnegie Foundation betont, die USA und die UdSSR hätten noch etwa ein Jahr, um die Rüstungskontrollverhandlungen wieder aufzunehmen. Andernfalls könnte das Wettrüsten die Welt in einen nuklearen Abgrund stürzen, aus dem es keine Rückkehr gebe.

Die Militärtechnik entwickelt sich buchstäblich ständig weiter. Einige „Neuheiten“ bilden ein außerordentliches Handicap für Friedensverhandlungen, weil sie die Kontrolle, ohne die kein einziges Abkommen möglich ist, praktisch unmöglich machen.

US-Medien melden, moderne Aufklärungssatelliten könnten Nummernschilder von Autos „lesen“. Doch selbst diese Technik ist nicht in der Lage, die nötige Information über Stationierungsräume und Anzahl von beispielsweise land- oder seegestützten Marschflugkörpern zu liefern. Sie brauchen nämlich keine Startschächte, die leicht zu orten wären. Die Tomahawks können von Kraftfahrzeugen aus hochgejagt werden. Ebenso mit Torpedostartanlagen auf Schiffen und U-Booten. Die ziemlich kleinen Cruise Missiles lassen sich leicht tarnen und ohne Aufsehen verlagern.

Die Einführung der Marschflugkörper, so der einstige US-Luftfahrtminister McLucas, „führt aus einer Welt der bekannten Waffensysteme, in der sich alle großen Einheiten zählen und messen lassen, in eine Waffenwelt, die sich keiner Kontrolle unterziehen läßt“.

Der Schluß des ehemaligen Directors der US-Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Paul Warnke, ist noch eindeutiger: „Wenn landgestützte Cruise Missiles in Westeuropa stationiert werden, wird der Abschluß irgendeines Begrenzungabkommens praktisch unmöglich.“

Ein ähnliches Kontrollproblem ergäbe sich auch aus dem „Verschiebebahnhof-Spiel“, aus dem Versuch, die interkontinentalen MX-Raketen zu verstecken.

Rüstungen und Militärdoktrin

Die neuen nuklearen Raketenwaffen haben in den USA zur Neustrukturierung einiger grundsätzlicher militärstrategischer Konzeptionen geführt.

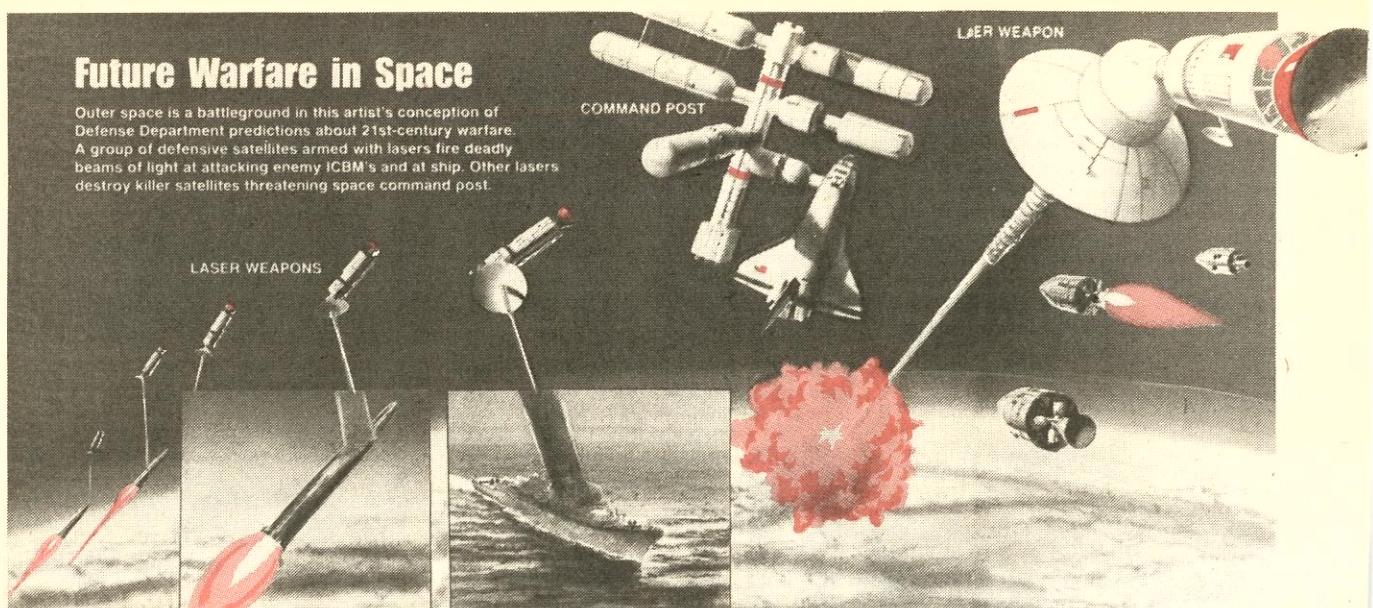
Nachdem die UdSSR als Gegengewicht zum nuklearen US-Potential ihr eigenes entwickelt hatte, wurde in den Vereinigten Staaten anerkannt, daß ein neuer Weltkrieg sinnlos sei und ein Kernkonflikt zur

Rüstung und Sicherheit

Die Liebhaber neuer Waffen behaupten, sie würden zur Stärkung der Sicherheit gebraucht. Angesichts der gegenwärtig bestehenden Parität im militärischen Bereich ist das je-

Future Warfare in Space

Outer space is a battleground in this artist's conception of Defense Department predictions about 21st-century warfare. A group of defensive satellites armed with lasers fire deadly beams of light at attacking enemy ICBM's and at ship. Other lasers destroy killer satellites threatening space command post.



Ausrottung der Zivilisation führen muß. Das waren vernünftige Überlegungen, die die reale Lage in Rechnung zogen. Zumindest begann das offizielle Washington sein strategisches Arsenal als „Abschreckungsmittel“ und Mittel zum „Gegenschlag“ zu betrachten. So nämlich interpretierten die US-Strategen die Anfang der 60er Jahre vorgetragene Konzeption der „garantierten Vernichtung“.

Diese Doktrin aber paßte den amerikanischen „Falken“ nicht ins Geschäft. Sie meinten, die Kernwaffen könnten mehr als nur „Vergeltungswaffen“ sein. So entstand in den 60er Jahren die Konzeption der „Gegenkraft“. Um einen Kernkrieg für die USA „annehmbar“ zu machen, verlangten die Urheber dieser neuen Konzeption, man solle in erster Linie nicht Ortschaften, sondern militärstrategische Objekte aufs Korn nehmen, d. h. die „Kraft“ des Gegners. Eine ähnliche Idee lag auch der Konzeption vom „begrenzten strategischen Krieg“ zugrunde, die James Schlesinger, damaliger Pentagonchef, Mitte der 70er Jahre vorbrachte. Ihr Endziel wurde von ihrem Schöpfer so formuliert: „Wenn eine der Seiten einen Weg finden kann, um die Fähigkeit der anderen zu einem... Gegenschlag auszuräumen, gewinnt sie die Möglichkeit, Druck auf den Gegner auszuüben und Zugeständnisse zu erlangen, ohne eine allgemeine Katastrophe erwarten zu müssen.“

Das aber ließe sich nur mit einer Waffe erreichen, die in der Lage ist, gleichzeitig ballistische Durchtauchraketen, Atom-U-Boote, die in den Gewässern sehr schwer zu eruiieren sind, und strategische Bomber zu

vernichten, die bei Alarm schnell starten können. Die USA machten sich also an die Konstruktion einer solchen Waffe, obwohl Washington stets geleugnet hatte, sich ein Potential für einen Erstschlag anlegen zu wollen.

Die US-Fachleute versicherten, das wichtigste Ziel ihrer Streitkräfte sei eine auf den möglichen Gegenschlag gestützte Sicherheit der USA. Diese Möglichkeit aber hatten die USA, nach Aussagen des Pentagon, bereits Mitte der 60er Jahre. Doch damit wollten sie sich nicht zufriedengeben.

Anfang der 70er Jahre begann die Entwicklung der neuen mobilen interkontinentalen MX-Raketen, der Trident-U-Boote und der Cruise Missiles. Hohe Treffsicherheit und geringe Verwundbarkeit dieser Systeme machen sie zu idealen Waffen für den Erstschlag. Flott voran ging auch die Umrüstung der strategischen Raketen auf Mehrfachsprengköpfe, was deren Gegenkraft-Möglichkeiten ebenfalls bedeutend erhöhte.

Nach offiziellen Angaben verfügen die USA heute über etwa 10 000 strategische Gefechtsköpfe, von denen jeder die Hiroshima-Bombe um ein mehrfaches übertrifft. Die Anhäufung von nuklearen Sprengköpfen geht weiter. Ließe man sich lediglich von Überlegungen der nationalen Sicherheit und des „Gegenschlags“ leiten, wozu brauchten die USA dann so viele Waffen? Schließlich haben Pentagon-Experten auf dem Territorium der UdSSR nur 220 große und mittlere Städte ausgemacht. Die Aufstockung des Arsenals allerdings paßte großartig zu

Pentagonpläne für den Einsatz von kosmosgestützten Laserwaffen in der Darstellung von „U.S. News & World Report“.

dem Gedanken, ein Potential nicht für einen Gegen-, sondern für einen Erstschlag zu schaffen.

Gleichzeitig mit dem quantitativen Zuwachs des US-Kernpotentials erhöht sich ununterbrochen auch dessen Qualität. Besondere Beachtung gilt der größeren Präzision der strategischen Waffen. Die 1979 eingeführten Minuteman-3-Raketen (mit Mark-12A-Sprengköpfen) besitzen die dreifache Zielgenauigkeit ihrer Vorgänger Minuteman 2, da sie nur ganze 600 Meter um den Zielpunkt pendeln. Bei der neuen Trident-Rakete beträgt diese Kennziffer fast das Vierfache der „veralteten“ Polaris (rund ein Kilometer). Die Abweichungen der Pentagon-Neuheit Cruise Missiles übersteigen nicht mehr als ein paar Dutzend Meter. Für einen Gegenschlag auf Städte und Industriezentren braucht man keine Scharfschützenmunition. Solche Ziele sind groß genug. Zur Vernichtung kleiner militärischer Objekte, wie z. B. Raketenstartsäulen, sind sie doch unentbehrlich.

Auch andere Fakten lassen an der Versicherung der US-Führung zweifeln, den USA ginge es nicht um einen Präventivschlag. Wäre das so, warum lehnt Washington dann den sowjetischen Vorschlag einer Über-einkunft ab, nicht als erster Kernwaffen einzusetzen? Warum verweigert es die Ratifizierung von SALT 2, das der quantitativen Aufstockung von Kernwaffen Grenzen zieht?

Warum verzögert es erkennbar die Ausarbeitung eines Abkommens über die vollständige Einstellung von Kernwaffentests, die das Ende der qualitativen Vervollkommenung dieser Waffe bedeuten würde? Warum zeigt es eine so beharrliche Unlust, ein Abkommen über den Verzicht auf die Entwicklung neuer Arten und Systeme vom Massenvernichtungswaffen zu treffen, das der Errichtung eines Präventivschlags-Potentials unüberwindliche Schranken setzen würde?

Westliche Insider behaupten, sowohl die vom Pentagon entwickelten neuen Waffen als auch die von zivilen auf militärische Objekte umgelenkte Strategie verdeutlichen lediglich den Wunsch, die Verteidigungsfähigkeit der USA zu erweitern, seien aber keineswegs ein Beweis dafür, daß man dem Gedanken eines Präventivschlags anhängt. Der bereits erwähnte US-Experte Richard Barnet jedoch ist da anderer Ansicht. „Eine Gegenkraftwaffe ist nutzlos, wenn man sie nicht als erster einsetzt“, meint er. Dagegen läßt sich kaum etwas sagen, sonst würden diese Waffen leere Raketenröhre oder Flugplätze umwühlen.

Am 25. Juli 1980 unterschrieb US-Präsident Carter die Direktive 59, die die Konzeption vom „begrenzten Kernkrieg“ praktisch legitimierte. Sie ist mit ihrem vorwiegenden Angriff auf Militärobjecte, mit ihrer Orientierung auf einen entwaffneten Schlag eine Illusion, die die UdSSR bestimmt nicht zur Realität werden läßt, die aber zur Kernkatastrophe führen kann.

Militärstützpunkte als Friedensbedrohung

1933 standen US-Truppen auf dem Boden von drei Fremdstaaten. 1949, bei der Gründung der NATO, hatten sie sich bereits in 39 Ländern breitgemacht, jetzt beglücken sie mehr als 110. Kein einziger Staat kann sich in der Anzahl der Militärobjecte auf fremdem Boden auch nur annähernd mit den USA messen. Washington besitzt heute auf Auslandsterritorium rund 2500 Stützpunkte und Militärobjecte. Die wichtigsten Stationierungsregionen zeigt die Grafik, die wir „U. S. News & World Report“ entnehmen. Dem Pentagon ist das aber zu wenig. Mit Dollars oder mit Einschüchterung

NZ-SONDERDRUCK 1982

US-TRUPPEN IM AUSLAND

[nach Pentagon-Angaben]

Gesamtzahl 502 600
1980: + 22 100

EUROPA

Land	Heute	1980
BRD	244 300	+ 5 100
England	24 300	+ 1 300
Italien	11 900	+ 200
Spanien	9 000	+ 300
Türkei	5 300	+ 400
Griechenland	4 400	+ 1 100
Island	2 900	—
Holland	2 600	+ 400
Belgien	2 100	+ 100
Portugal	1 400	—
andere	1 200	+ 400
6. Flotte	22 300	- 2 700
Insgesamt	331 700	+ 6 600

STILLER OZEAN UND FERNER OSTEN

Japan	46 000	- 200
Südkorea	38 800	- 200
Philippinen	13 400	- 700
Guam	9 100	+ 300
Australien	600	—
Midway	500	—
andere	500	+ 200
7. Flotte	15.500	- 6 400
Insgesamt	124 400	- 7 000

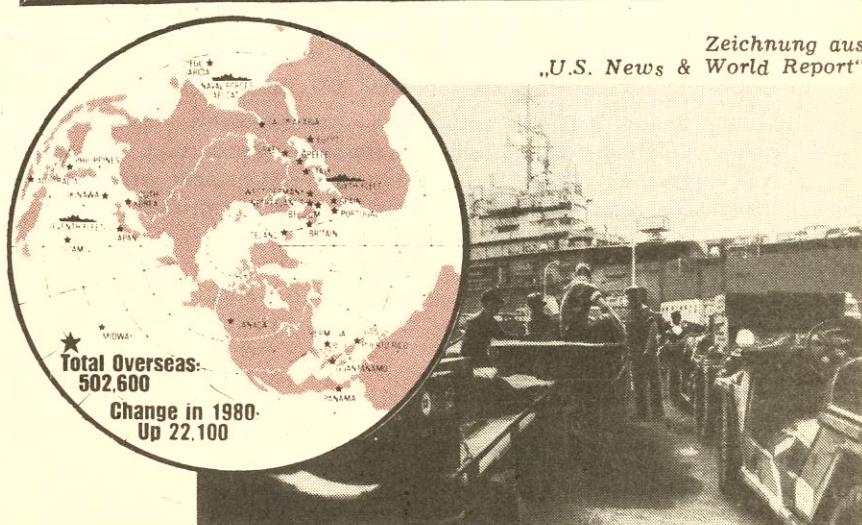
LATEINAMERIKA

Panamakanalzone	9 000	- 300
Puerto Rico	3 700	+ 200
Guantánamo	2 200	—
Insgesamt	14 900	- 100

ANDERE GEBIETE

Bermudas	1 400	+ 100
Diego Garcia	1 400	+ 300
Ägypten	500	+ 400
Saudi-Arabien	800	+ 300
Kanada	700	—
andere	5 300	+ 3 500
Kriegsmarine	21 500	+ 18 000
Insgesamt	31 600	+ 22 600

Zeichnung aus
„U. S. News & World Report“



setzte es in jüngster Zeit durch, sich in Ras Benas (Ägypten), Berbera (Somalia), Mombasa (Kenia), Seiba und Masira (Oman), Cockburn Sound, Northwest Cape, Darwin (Australien) und sonstwo einnisten zu können. Offizielle Sprecher der Reagan-Administration verlautbarten 1981, die USA hätten mit der „Durchsetzung ihres Fünfjahrplans zum Bau oder Ausbau von Militär-

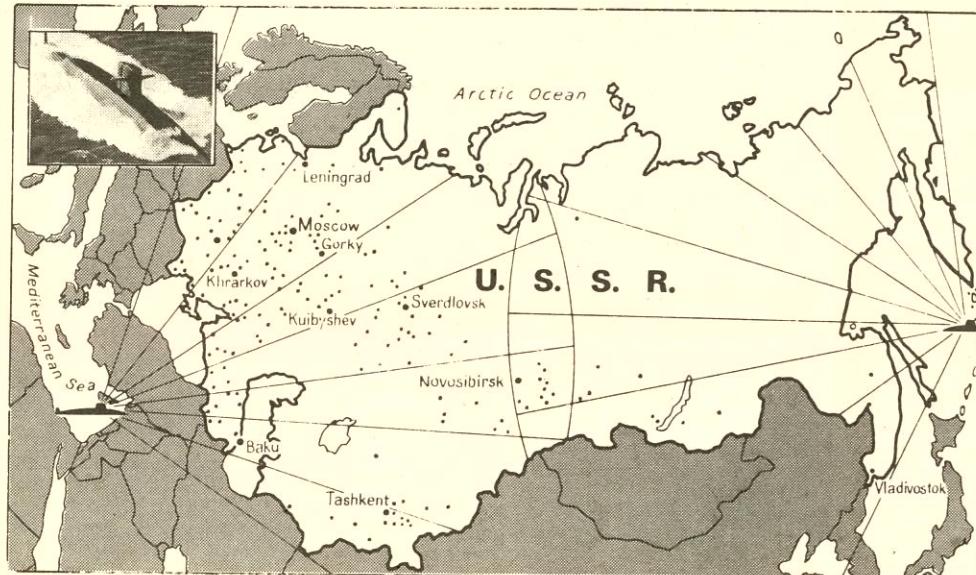
schuldigte, weil „er zu Friedenszeiten unter uns eine ständige Armee unterhielt“.

Vorgeschobene Kernwaffenkräfte

Laut Washingtons militärischem Information Centre befinden sich außerhalb der Vereinigten Staaten 12 000 Kernsprengköpfe, also etwa ein Drittel des US-Kernpotentials.

10—14 Gefechtsköpfe von je 40 KT Sprengkraft.

Um eine genauere Vorstellung von dieser Waffe zu vermitteln, dürfen wir uns auf Jimmy Carter berufen, der 1979 erklärt hatte, ein Poseidon-U-Boot besitze „genügend Sprengköpfe, um alle großen und mittleren Städte der Sowjetunion auszulösen“. US-Experten präzisierten noch: Zur garantierten Erfüllung dieser Aufgabe seien zwei Unterwasserraketenträger notwendig. „U.S. News & World Report“ verbildlichte diese Aussage. Wir bringen diese Grafik des US-Magazins, die an Pentagon-Karten aus den Zeiten des kalten Krieges erinnert.



stützpunkten für die US-Marine, Luftwaffe und Landstreitkräfte im Nahen Osten und im Indischen Ozean begonnen“. Allein im Finanzjahr 1982 will das Pentagon dafür fast 500 Mio Dollar lockermachen.

Anfang 1981 befanden sich 502 600 Mann Militärpersonal, jeder vierte US-Bürger in Uniform, außerhalb der Vereinigten Staaten. Addiert man dazu die Mannschaften der „Eingreiftruppe“ (bis zu 300 000 Mann), kommt heraus, daß fast die Hälfte der Armee nicht der Verteidigung der USA, sondern völlig anderen Funktionen dient. Hier sollte man daran erinnern, daß die amerikanische Unabhängigkeitserklärung den englischen König George III. einst der Aggressivität be-

Rund 7000 Stück Kernmunition lagern in Westeuropa, 1800 auf Stützpunkten in Asien, zwischen 2500 und 2800 auf Schiffen der Atlantik- und Pazifikflotte der USA.

In Europa und seinen Gewässern sind sogenannte vorgeschobene US-Kernwaffen stationiert. Folgt man der NATO-Propaganda, ist das ein mehr als bescheidenes und praktisch harmloses Potential. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut zeichnet jedoch ein wesentlich anderes Bild. Die Hauptkomponenten dieser Streitkräfte sind, nach Ansicht des SIPRI, folgende:

5 Atom-U-Boote unter NATO-Kommando. Jedes trägt 16 Poseidonraketen mit einem Aktionsradius von über 5000 km. Jede Rakete hat

10—14 Gefechtsköpfe von je 40 KT Sprengkraft.

Um eine genauere Vorstellung von dieser Waffe zu vermitteln, dürfen wir uns auf Jimmy Carter berufen, der 1979 erklärt hatte, ein Poseidon-U-Boot besitze „genügend Sprengköpfe, um alle großen und mittleren Städte der Sowjetunion auszulösen“. US-Experten präzisierten noch: Zur garantierten Erfüllung dieser Aufgabe seien zwei Unterwasserraketenträger notwendig. „U.S. News & World Report“ verbildlichte diese Aussage. Wir bringen diese Grafik des US-Magazins, die an Pentagon-Karten aus den Zeiten des kalten Krieges erinnert.

156 Jagdbomber F 111 in Großbritannien. Der Einsatzradius dieser Flugzeuge liegt bei 2500 km. Sie können also Moskau und Leningrad erreichen. Die Sprengkraft ihrer Kernwaffen beträgt 2000 KT.

66 FB-111A-Bomber sind in den USA stationiert. SIPRI erläutert dazu jedoch, daß sie „für Europa gedacht und als

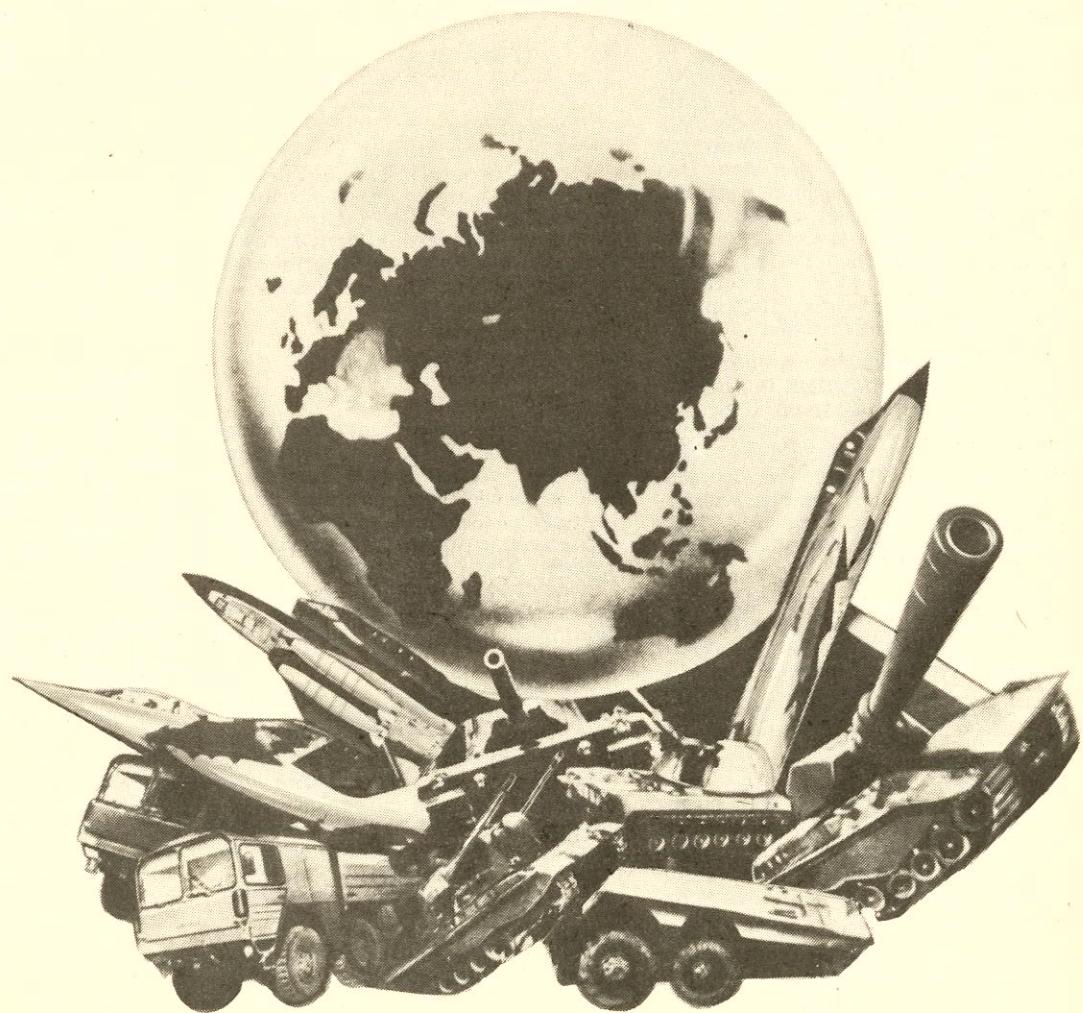
Waffe für den europäischen Schauspiel zu betrachten sind“. Die Reichweite dieser Maschinen beträgt das Doppelte, die nukleare Fracht das Dreifache der F 111.

Rund 500 Flugzeuge anderer Typen (dazu gehören Phantom sowie von Flugzeugträgern startende A 6 und A 7). Mit ihrem Aktionsradius (1300 bis 1700 km) können sie Kernwaffen nach Riga, Minsk, Kiew und Odessa befördern.

108 ballistische Pershing-1-Raketen mit Gefechtsköpfen von einer Sprengkraft bis zu 400 KT und einer Reichweite bis zu 750 km. Vom Territorium der BRD aus können sie beispielsweise Kaliningrad und andere Grenzstädte der Sowjetunion treffen.

W. BOIKOW

RÜSTUNGS- WETTLAUF: DROHUNG, BELASTUNG, ALTERNATIVE



„Z“ um Kriegsführer braucht man drei Dinge: Geld, Geld und nochmals Geld.“ Das wußte vor fünf Jahrhunderten schon ein Berater des französischen Königs Ludwig XII. Ein US-General a. D. machte die Rechnung auf: Vor zwei Jahrtausenden kostete Julius Cäsar ein toter Gegner 75 Cent. Napoleon mußte schon 3000 Dollar aufwenden. Im ersten Weltkrieg verausgabten die USA zu dem gleichen Endresultat 21 000 und im zweiten rund 200 000 Dollar.

Oder eine neuere Statistik. Israel wendete für den Krieg gegen die arabischen Länder im Oktober 1973 sieben Md. Dollar auf. Der Krieg dauerte 18 Tage, kostete also pro Tag allein die israelische Seite rund 400 Mio. Dollar. (Als Gegenüberstellung: Alle am 2. Weltkrieg beteiligten Staaten mußten pro Tag etwas über 500 Mio. Dollar aufbringen.) Während der Kämpfe wurden 2170 Panzer und 488 Flugzeuge zerstört. So hohe Materialverluste gab es in so kurzer Zeit nicht einmal im zweiten Weltkrieg.

Riesige Summen für militärische Zwecke aber werden nicht nur von Staaten aufgewendet, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind.

Der Kriegszustand sei die beständige Besonderheit der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, heißt es in dem Bericht des UNO-Generalsekretärs „Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und der Militärausgaben“. Diese Behauptung hat nichts Paradoxes an sich. Das Wettrüsten wurde zu einer weltweiten Erscheinung. Und obwohl seine Intensität in den verschiedenen Regionen uneinheitlich ist, sind nur wenige Länder nicht einbezogen, und es gibt keine einzige Region, die nicht daran beteiligt wäre.

Die Militärausgaben in der Welt wachsen in realen Zahlen in jüngster Zeit mit einer 2%-Rate pro Jahr und betragen 25—30% des Gesamtvolumens der Weltproduktion. Ende 1981 lag diese Summe bei 600 Md. Bis zum Jahr 2000, so haben Wissenschaftler errechnet, kann das Wettrüsten die phantastische Summe von 820 Md. Dollar verschlingen.

Gegenwärtig gibt es in der Welt annähernd gleich viele Soldaten wie Lehrer. Die Ausgaben für die medizinische Betreuung machen nur 60% der Militärbewilligungen aus und die für die medizinische Forschung bereitstehenden Mittel 20% der für militärische Forschungen und Entwicklungen. Zur gleichen Zeit verhungern in der Welt jährlich 30 bis 40 Millionen Menschen. Es gibt 800 Millionen Analphabeten, und etwa 1,5 Milliarden Menschen entbehren die elementarste medizinische Hilfe.

Man sollte meinen, allein dieser Zahlenvergleich führe zu der vernünftigen Schlußfolgerung, die Militärbewilligungen zu kürzen und die frei gewordenen Mittel für friedliche Zwecke zu nutzen. Diese Be-

trachtungsweise aber findet nicht wenige einflußreiche Gegner.

Einige Politiker im Westen wollen den zügellosen Rüstungswettlauf mit der „sowjetischen Bedrohung“ rechtfertigen. In Wahrheit liegen die Wurzeln des Militarismus in der wirtschaftlichen und Klassennatur des Imperialismus selbst, der die militärische Stärke nicht als Waffe seiner Politik einbauen will. Er verstärkt ununterbrochen die Rüstung in dem Bemühen, militärische Überlegenheit über sozialistische

Jahr der NATO-Mitgliedschaft) die offiziellen Verteidigungsausgaben des Landes 3,4 Md. DM betragen, waren es 1979 36,7 Md. DM und 1981 42 Md. Die Gesamtausgaben des Haushalts für Verteidigungszwecke, wozu auch Bewilligungen für die Zivilverteidigung, für den Unterhalt der NATO-Truppen usw. gehörten, wurden auf 62 Md. beziffert.

Der Verteidigungshaushalt Großbritanniens für 1981/82 liegt laut „Weißbuch“ des Verteidigungsministeriums bei 12,274 Md. Pfund Ster-

WAS KOSTEN KRIEGE

Erster Weltkrieg	Rund 10 Millionen Tote. 20 Millionen Krüppel.	Finanzausgaben: zwischen 260 und 360 Md. Dollar.
Zweiter Weltkrieg	Ober 50 Millionen Tote. 90 Millionen Krüppel.	Das Blutvergießen kostete 3300—4000 Md. Dollar.
Seit 1945 gab es in der Welt etwa 150 Kriege.	Sie erforderten über 10 Millionen Opfer.	Für diese Kriege und das Wettrüsten in den letzten 35 Jahren verausgabte die Welt ca. 7500 Md. Dollar.

Länder zu erlangen, ihr Wirtschaftspotential durch die ihnen aufgezwungenen Rüstungslasten zu schwächen und den nationalen Befreiungsbewegungen entgegenzuwirken.

Was kostet die NATO

Aus den offiziell zugänglichen Angaben vermittelt der Militärhaushalt die vollständigste Vorstellung von den Ausmaßen der Kriegsvorbereitungen. Obwohl er gewöhnlich den realen Umfang dieser Vorbereitungen beachtlich mindert, da die Finanzierung häufig in verschiedenen zivilen Haushaltspaketen der kapitalistischen Länder aufgefangen wird.

Die Rekordmarke von 226 Md. Dollar erreichen im Finanzjahr 1982 die Bewilligungen des US-Verteidigungsministeriums. Damit liegen sie 40 Md. über denen des Finanzjahrs 1981. Insgesamt planen die USA in den kommenden fünf Jahren Ausgaben von 1,5 Billionen Dollar, also fast soviel, wie sie für die Streitkräfte in den letzten 12 Jahren aufwendeten.

Auch andere westliche Länder wollen nicht hinter ihrem Überseepartner zurückbleiben. Den zweiten Rang in den Militärausgaben erklimm Anfang der 70er Jahre die BRD. Während 1956 (dem ersten

ling, 5% über dem Haushalt 1979/80.

In letzter Zeit nahm die Wachstumsrate der Militärbewilligungen Frankreichs ebenfalls zu. 1977 lagen die Militärausgaben bei 50 Md. Franc, erreichen aber 1982 schon 115 Md.

In den 30 Jahren NATO stiegen die Militärausgaben der anderen Mitgliedsländer in vergleichbaren Kosten: in Kanada auf das 4,2fache, in Portugal auf das 4,5fache, in Italien und der Türkei auf etwa über das 5fache, in Luxemburg auf das acht-, in Belgien auf das neun-, in den Niederlanden auf das 10,2-, in Norwegen auf das 10,5-, in Dänemark und Griechenland auf das 11,5fache. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben der NATO zwischen 1949 und 1980 auf über 3 Billionen Dollar.

Wichtige Etappen bei der Belebung des Wettrüstens bildeten die NATO-Ratstagungen 1977 und 1978. 1977 wurde beschlossen, die realen Militärausgaben der Mitgliedstaaten zwischen 1979 und 1983 um 3% jährlich heraufzusetzen. 1978 wurde ein langfristiges Rüstungsprogramm für 15 Jahre gebilligt, dessen Gesamtkosten in dem einen Jahrzehnt zusätzlich zu den bereits geplanten Bewilligungen 80 Md. Dollar ausmachen.

Außerhalb der „NATO-Zone“ bleibt Japan der größte Partner der USA und ihrer Verbündeten. Die abso-

luten Zahlen der Militärausgaben des Landes stiegen von 422 Md. Yen 1966/67 auf 1691 Md. Yen 1977/78, d. h. innerhalb von zehn Jahren, auf das Vierfache. Der Militärhaushalt Japans für 1981 betrug 2,4 Billionen Yen. Hierin hat das Land den sechsten Platz in der Welt erreicht. Gemäß dem neuen Fünfjahrplan zur Modernisierung und Entwicklung der japanischen Streitkräfte für 1980/84 ist eine jährliche Erhöhung der Militärbewilligung um 7,5% vorgesehen.

Der gefräßige Moloch

Moderne Rüstung kostet und kostet immer mehr. Die Ursache? 90% der in den kapitalistischen Ländern erzeugten Rüstung sind gegenwärtig so weit spezifiziert, daß sie nicht von gewöhnlichen Betrieben hergestellt werden kann. Deshalb müssen Spezialanlagen oder sogar ganze Werke dazu eingesetzt werden.

Der Grund für die Verteuerung der modernen Waffen steckt auch in den zunehmenden Entwicklungskosten. Der Einführung neuer Waffenarten gehen arbeitsaufwendige und kostspielige Forschungen voraus. Die Forschungs- und Konstruktionsarbeiten für den amerikanischen Allwetterjäger Sabre F 86 1948 erforderten 220 Mio. Dollar. Ähnlich liegen die Ausgaben für die Phantom F 4: bis Ende der 60er Jahre 2 Md. Dollar.

Nicht wenig kostet auch der Unterhalt der militärischen Forschungseinrichtungen. Dem Pentagon gehören beispielsweise 16 große Forschungsinstitute mit 7000 Wissenschaftlern. Aufträge militärischer Art führen ferner 350 000 andere Forschungszentren aus. Die Ausgaben für Forschungen und Experimente im Auftrag des Verteidigungsministeriums beliefen sich in den 50er Jahren auf jährlich 2–2,5 Md. Dollar. Bis Ende der 70er Jahre waren sie auf das 4fache gestiegen und erreichten 1979 11,9 Md.

Was kostet die NATO

In Militärausgaben führende Länder	Prokopfausgaben 1980 (in Dollar)
USA	527
BRD	378
Norwegen	335
Belgien	334
Holland	314
Großbritannien	276

In 32 Jahren seit ihrem Bestehen hat die NATO über 3 Billionen Dollar verausgabt. Die Militärbewilligungen stiegen von 19 Md. Dollar 1949 auf 225 Md. Dollar 1981.

Dollar. In der BRD führen 120 Hochschuleinrichtungen, 73 Forschungsinstitute und 60 Forschungszentren der Industrie Bundeswehr-aufträge aus.

Jeder vierte Wissenschaftler ist heute mit militärischen Forschungen befaßt. In den NATO-Ländern arbeiten im militärischen Bereich fast 400 000 hochqualifizierte Ingenieure und Wissenschaftler, deren Leistung pro Jahr mit rund 25 Md. Dollar vergolten werden muß. Aus den Gesamtausgaben für Forschungen und Entwicklungen wiesen die USA rund die Hälfte in den militärischen Bereich.

Gleichzeitig veraltet jährlich rund ein Zehntel aller Arten von Kampftechnik physisch wie moralisch. Häufig werden nicht nur die Waffen selbst, sondern auch die Ausgaben für ihre Herstellung entwertet, da der Übergang zur Produktion neuer Waffenarten häufig neue Anlagen und Technologien erfordert.

Die Jagd nach immer komplizierteren und besseren Waffensystemen führt zu deren starker Verteuerung. Bereits Friedrich Engels schrieb, daß „ein Schiff so viel kostet wie früher eine ganze kleine Flotte gekostet hat...“

Diese Worte klingen besonders heute sehr aktuell, da ein Flugzeugträger über 2 Md. Dollar kostet. Früher konnte man für diese Summe nicht nur eine kleine, sondern recht ansehnliche Flotte bauen. Auf jeden Fall hätten die Mittel für den Bau von 20 Flugzeugträgern der Essex-Klasse gereicht, die die USA Ende des zweiten Weltkriegs vom Stapel ließen.

Man hat errechnet, daß jede neue Waffengeneration 3- bis 5fache teurer ist als die vorherige. Selbst unter Berücksichtigung der Inflation verdoppeln sich die Kosten für einen Jagdbomber alle 4 bis 5 Jahre.

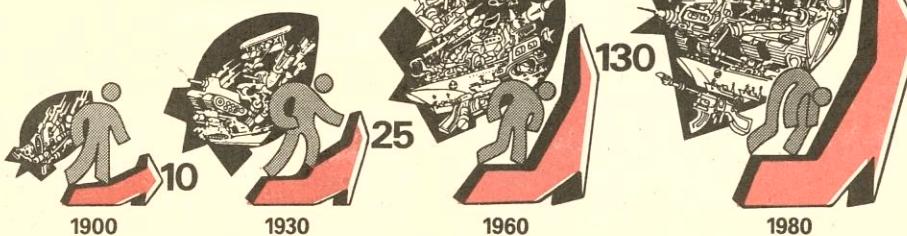
Die Waffenpreise steigen auch bereits im Herstellungsprozeß. Verglichen mit den ursprünglichen haben sich die Kosten des US-Jagdbombers F 15 auf mehr als das 1,5fache erhöht. Der britisch-italienisch-bundesdeutsche Tornado, der (mit Ersatzteilen) Anfang der 70er Jahre auf 10 Mio. DM kam, hatte zum Ende des Jahrzehnts bereits den Wert von 70 Mio. DM.

Häufig veralten Waffensysteme früher, als man sie auflegen kann. Nicht selten bringen Forschungs- und Konstruktionsarbeiten nicht die erwarteten Ergebnisse, und damit sind die Mittel zum Fenster hinausgeworfen. Der US-Militärexper- te Miksche bezeugt, daß von 12 großen Luftfahrt- und Raketenpro- grammen der USA, für die in den 60er Jahren 40 Md. Dollar aufge- wendet wurden, nur fünf zu brauch- baren Resultaten führten.

Senator Hatfield sagte auf einem Senatshearing: In nur einem Haushaltsjahr hat das Pentagon die Vorranschläge für 37 von 47 seiner Hauptwaffensysteme um 4 Md. Dollar heraufgesetzt. Die „New York Times“ schrieb, bis Ende dieses Jahrzehnts hätte allein die US-Marine

WELTRÜSTUNGSAUSGABEN (in Md. Dollar pro Jahr)

Das erwartet die Menschheit, wenn das Wettrüsten, das die Militär-Industrie-Komplexe des Westens ankurbeln, nicht gebremst wird.



Zusammengestellt nach Angaben des Stockholmer Instituts für internationale Friedensforschung (SIPRI). Ausgaben von 1900, 1930 und 1960 in Preisen von 1970, die übrigen in laufenden Preisen.

den Bau von zwei Atomflugzeugträgern, 14 U-Booten und den Erwerb von ca. 1900 Flugzeugen geplant. Das Pentagon erklärte, dieses Programm erfordere rund 120 Md. Dollar in Preisen von 1982. Insgesamt wird es bei Schiffen und Flugzeugen und bei den Ausgaben um 75% über dem von der Carter-Administration geplanten liegen.

Händler mit dem Tod

Der Feuilletonist der „New York Times“, Russel Baker, schilderte in einem seiner Beiträge einen Mann, der irrtümlich vom Verteidigungsministerium einen Panzer zugeschickt bekam, den er angeblich bestellt hatte. Auf seinen Brief ans Pentagon, in dem er die Sache aufzuklären suchte, erhielt er folgende Antwort: „Sie sind Besitzer des besten Panzers geworden, den amerikanische Projektanten und Ingenieure je hergestellt haben. Glauben Sie jedoch nicht, verehrter Freund, daß man mit einem Panzer schon seine Grenzen vor Angriffen des aggressiven sowjetischen Kommunismus schützen kann. Um Ihnen eine zuverlässige Verteidigung zu sichern, bieten wir Ihnen zusätzlich zum Panzer den Kauf eines Satzes modernster Düsenflugzeuge, Hubschrauber, Fla-Raketen und U-Boote an, den Sie aus den gegenwärtig in unserem Warenlager vorhandenen Stücken noch vervollständigen können.“

Baker ist nicht weit von der Wahrheit entfernt. Das Pentagon will seine Produktion den Käufern in aller Welt aufschwatten. Auf die USA entfällt fast die Hälfte des Weltwaffenexports. 1980 verkauften sie Rüstungen in Höhe von 15 Md. Dollar ins Ausland. Die Direktive Präsident Reagans zum Waffenhandel eröffnet neue Aussichten für dieses Geschäft.

Der „Christian Science Monitor“

schrieb: Zwischen 1965 und 1980 sei der Umfang des US-Waffenexports in 42 Entwicklungsländern gegenüber dem Zeitraum 1950–1965 um 50% gestiegen. Um genau den gleichen Prozentsatz stiegen die Staatsstreiche und militärischen Konflikte unter Beteiligung der Regierungen jener Länder, die Waffen aus den USA erhielten. Läßt sich diese Verbindung zwischen dem Export von US-Waffen und der politischen Instabilität mit einem Zufall erklären?

Wohl kaum, besonders wenn man bedenkt, daß 48% der Waffenlieferungen an die Entwicklungsländer in den Nahen Osten, an einen der Brennpunkte in der Welt gingen.

1980 wurden mehr als 40% der von französischen Rüstungswerken produzierten Technik ins Ausland verkauft. Von je 100 Mirage-Flugzeugen gingen 88 in den Export. Von 1970–1979 stieg das Verkaufsvolumen französischer Waffen auf das Zehnfache und betrug 17,3 Md. Franc. Auf Frankreich entfielen 15% des Weltwaffenhandels.

Der britische Waffenexport erhöhte sich 1967–1977 auf das Fünffache.

Eine immer beachtlichere Rolle im Waffenexport spielt die BRD. In den letzten Jahren verkauft sie Waffen in Höhe von etlichen Md. Dollar pro Jahr. Bundesdeutsche Militärtechnik geht nicht selten in Länder, die von Diktaturen beherrscht sind.

In mehr als 30 Staaten der Welt liefert Italien Waffen. Unter seinen ständigen Kunden sind die RSA-Rassisten, die dort Flugzeuge, Raketen und Schußwaffen beziehen. Der Export von Militärtechnik bringt italienischen Unternehmern jährlich rund 700 Md. Lire.

Insgesamt hat sich der Weltwaffenhandel seit 1950 verachtlicht. Sein Jahreswert wurde Ende der 70er Jahre mit 120 Md. Dollar beziffert.

Statt Schulen Raketen

75% des Weltwaffenabsatzes entfallen gegenwärtig auf die Entwicklungsländer. Selbst wenn diese Waffen nicht unmittelbar für Kriegshandlungen genutzt werden, entziehen sie den wichtigsten Entwicklungsbürokratien ökonomische Ressourcen: der medizinischen Hilfe, dem Wohnungsbau, der Bildung. Obendrein geraten die Importländer nicht selten in Abhängigkeit von den Lieferstaaten. Mit dem Erwerb moderner militärischer Ausrüstungen müssen sie nicht nur dafür riesige Summen zahlen, sondern auch hohe Mittel für das qualifizierte ausländische Bedienungspersonal aufwenden. Teuer ist auch die Ausbildung von Berufsmilitärs. Die Ausbildung eines Piloten für die Mirage 111 in Frankreich und die Aufwendungen für die Amortisierung der Ausrüstung betragen insgesamt fast eine Million Dollar.

Der militärische Bedarf schluckt immer größeren Anteil der ohnehin knappen Zahl von Technikern und Ausrüstungen der Entwicklungsländer.

Der Waffenkauf wirkt sich negativ auf deren Zahlungsbilanz aus. Jahr für Jahr steigen die Schulden der Entwicklungsländer. Zwischen 1960–1976 erhöhten sie sich auf das Zehnfache und betragen 160 Md. Dollar. 1980 haben diese Schulden, bestimmten Berechnungen zufolge, fast 400 Md. Dollar erreicht.

Die Kluft zwischen den Industriestandorten und den Entwicklungsländern bei der Prokopfproduktion des Bruttosozialprodukts vergrößerte sich vom 8,4fachen 1953 auf das 16fache 1973. Wegen des Wettrüsts kann sich diese Kluft zwischen den Ländern, nicht verringern, sondern im Gegen teil nur erweitern.

Gleichzeitig stieg der Anteil der Entwicklungsländer an den Militärausgaben der Welt von 5,5% Anfang der 60er Jahre auf 18% 1979. Innerhalb von 20 Jahren — von Mitte der 50er bis Mitte der 70er Jahre — verbrauchten sie für die Rüstung 424 Md. Dollar. UNO-Angaben zufolge verausgaben selbst die ärmsten Länder, wo das Prokopfinkommen 200 US-Dollar nicht übersteigt, für militärische Zwecke durchschnittlich fast das gleiche, was sie in die Landwirtschaft investieren.

Den Gewinn haben die Konzerne

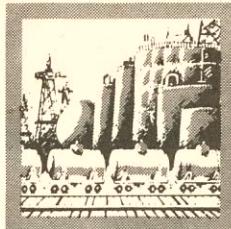
Bis zum zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Rüstungswirtschaft nur vor und während der Kriegszeit schneller. Gegenwärtig haben die aggressive Politik des Imperialismus und das langjährige Wettrüsten zur Bildung eines stabilen und verzweigten militärischen Wirtschaftssektors geführt. In die

NZ-SONDERDRUCK 1982

Preisseigerung für Rüstungen in den USA (in Dollar)

Waffenart	Waffenpreise	
	Zweiter Weltkrieg	Gegenwärtig
Jagdflugzeug	55 000–90 000	6,8 Mio [F 111] 20,4 Mio [F 14]
Bomber	220 000–680 000	20,7 Mio [B 58] 7,9 Mio [B 52] 101,7 Mio [B 1]
Zerstörer	6,5–8,7 Mio	200 Mio
U-Boot	4,7–5 Mio	200–350 Mio
Flugzeugträger	55–90 Mio	640 Mio [Nimitz] 2 Md. [Dwight Eisenhower]
Panzerabwehrakete	100	8 600
Gewehr	30–60	150

30 Jahre NATO kosteten die Steuerzahler der Mitgliedsländer rund 2625 Md. Dollar. Diese Summe



entspricht den Kosten für 30 Md. t Erdöl, das Vierfache aller erkundeten Vorräte in Iran und mehr als das 60fache der 1980 in den USA geförderten Menge;



bedeutete, aufgeteilt unter den Arbeitslosen der Industrieländer, für jeden von ihnen ca. 150 000 Dollar;



beträgt das Sechsfache des jährlichen Bruttosozialprodukts aller lateinamerikanischen und das Dreizehnfache aller afrikanischen Länder;



macht das 45fache der geplanten Jahresausgaben der USA für den Gesundheitsschutz und das 180fache für die Bildung aus.

Produktion von Militärgütern sind fast alle Zweige einbezogen, und dafür wird ein bedeutender Teil der Produktivkräfte genutzt. Man hat errechnet, daß 60 Millionen Menschen in der Welt, Militärs und Zivilisten, mit dem militärischen Bereich zu tun haben.

Ein wahrhafter Goldregen ist das Wettrüsten für die Rüstungskonzerne geworden.

Nach Kalkulationen von Finanzfachleuten beträgt in den zivilen Zweigen der USA der Gewinn 8 bis 12%, Militäraufträge dagegen bieten 30–40% Profit. Und auch das ist noch nicht die Grenze. Ein US-Senatsausschuß, der sich mit der Situation in 131 Konzernen des Militärindustriekomplexes befaßte, hat festgestellt, daß 94 davon 50% Reinigung machten; 49 über 100%, 22 über 200%, 3 rund 500% und ein Konzern 2000%.

Die hohen Gewinne der Rüstungskonzerne ergeben sich aus ihrem besonderen Status in der Wirtschaft.

Die modernen Waffenfabrikanten haben eine Reihe staatlicher Privilegien, die ihre Gewinnsteigerung fördern. Der Staat bietet ihnen zinslose Kredite, bezahlt den Hauptteil der Kosten für die Entwicklung modernster Waffenarten, verkauft den Konzernen nicht selten mit Rabatt ganze Betriebe für die Waffenherstellung, versorgt sie mit Industriehochstoffen und rarem Material zu Vorfabsbedingungen und zahlt in etlichen Fällen noch während des Produktionsprozesses Vorschüsse.

Der Rüstungsproduktion ist der Absatz garantiert.

In einem Bericht des New Yorker Rats für Wirtschaftsprioritäten heißt es, der Löwenanteil des Kuchens der Militärbewilligungen in den USA falle 8 Konzernen zu:

Boeing, General Dynamics, Grumman, Lockheed, McDonnell-Douglas, Northrop, Rockwell International, United Technologies.

Ein großer Teil der Waffen und Militärtechnik in den westeuropäischen Ländern werden ebenfalls vom Privatkapital produziert. Zu den führenden Konzernen der Rüstungsproduktion in der BRD gehören Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Dornier (Flugzeuge und Raketen), Krauss-Maffei (Panzer), Howaldt Werke—Deutsche Werft (Kriegsschiffe), Siemens und AEG/Telefunken (Fernmeldeelektronik). Die Rüstungsindustrie der Bundesrepu-

nien wurde in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wesentlich umstrukturiert. Ein Teil wurde verstaatlicht und mit Hilfe staatlicher Subventionen wesentlich vergrößert. Auch Privatgesellschaften haben ihre Stellungen ausgebaut. Eine besondere Rolle unter ihnen fällt der Firma Vickers, einer der ältesten Waffenschmieden in Europa, zu. Sie stellt Flugzeuge und Atom-U-Boote her. Vickers ist eng mit dem staatlichen Wirtschaftssektor liiert. Formell wurden ihre Schiffswerften bereits 1977 verstaatlicht. Über ein Drittel der Aktien allerdings gehören nach wie vor Privatbetrieben. In der Luftfahrtindustrie besitzt Vickers einen 50% -Anteil an den verstaatlichten British Aerospace, die 68 000 Beschäftigte hat.

Verschiedene britische Konzerne produzieren neben zivilen auch militärische Erzeugnisse: British Leyland (Panzer und Panzerfahrzeuge), Rolls Royce (Flugzeug- und Panzermotoren), British Aerospace (Flugzeuge und Raketen), Lucas Aerospace (elektronische Anlagen). Ins Rüstungsgeschäft sind auch viele Betriebe von Erdölkonzernen einbezogen: Royal Dutch Shell, British Petroleum, Imperial Chemical Industries.

In raschem Tempo entwickelt sich die Rüstungsindustrie Japans. Das Nationale Verteidigungsamt bewilligt für die Rüstungsproduktion rund 25% des Militärhaushalts (für das fünfte Planjahr fünf des Aufbaus der „Selbstverteidigungskräfte“ 1977 bis 1982 wurden über 12 Billionen Yen bereitgestellt). An Aufträgen

RÜSTUNGS AUSGABEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

Regionen	1960	1980
	Md. Dollar in Preisen von 1978	
Nahost	2,4	37,9
Afrika	0,9	9,9
Ferner Osten [ohne China und Japan]	3,3	16,6
lateinamerika	3,1	8,2
Südasien	1,6	4,9
Insgesamt	11,3	77,5

In den letzten 20 Jahren stiegen das Bruttosozialprodukt dieser Staaten auf das 3fache, die Rüstungsausgaben auf fast das 7fache.

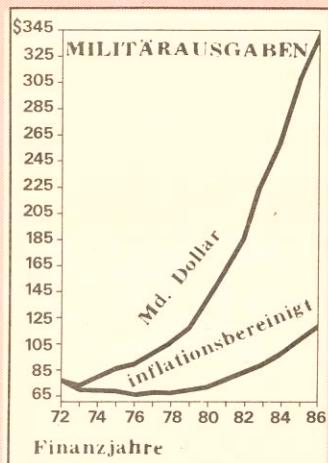
(Laut SIPRI)

blik beschäftigt über 220 000 Personen.

SNEKMA, Dassault, Marta und SNIAS sind die wichtigsten französischen Waffenproduzenten. Eine Besonderheit der französischen Rüstungsindustrie: Rund 30% ihrer Erzeugnisse sind für den Export bestimmt.

Die Rüstungsindustrie Großbritan-

WOHIN FLEISSEN DIE ZUSÄTZLICHEN MILLIARDEN



In Md. Dollar

\$ 3,5

ZAHLUNGEN
AN MILITÄRANGE-
HÖRIGE:

unter Berücksichti-
gung der ab 1. Ok-
tober 1981 vorgenom-
menen Solderhöhun-
gen.

Die Reagan-Admi-
nistration erhöhte die
von Carter für die Fi-
nanzjahre 1981 und
1982 bestätigten Haus-
haltsbewilligungen um
32,6 Md. Dollar. An-
fangs werden 5,8 Md.
verausgabt, während
die restliche Summe auf
die kommenden Jahre
verteilt wird. Diese
32,6 Md. werden ver-
wendet für:



\$ 2,4.
NEUE BEMANNTE
BOMBER:
Bisher unbestätigtes
Projekt.

\$ 3,1.
STRATEGISCHE
KERNWAFFE:
Darunter Zusatzbe-
willigungen für Flügel-
raketen sowie für Ra-
keten des Typs Trident
und Minuteman.



\$ 3,7.

SCHIFFBAU:

Für den Ausbau der
Flotte von 456 auf 600
Schiffe, darunter 658
Mio Dollar unmittelbar
für den Bau des neuen
Flugzeugträgers der
Klasse „Nimitz“.



\$ 15,7.

TAKTISCHE WAFFE:

2 AWACS-Flugzeuge.
8 Tankflugzeuge
KC 10. 60 Jagdbomber
A 10. Zusätzlich 18
Transporthubschrauber
Black Hawk. Zusätz-
lich 6 Senkrechtstarter
F 14 und Tomcat. Zu-
sätzlich 12 F 18-Jäger
für die Marine und
Einheiten der Marine-
infanterie. Zusätzlich
12 F 15-Jäger. Zusätz-
lich 25 F 16-Jäger. Zu-
sätzlich 40 Flügelrake-
ten Tomahawk. Zu-
sätzlich 236 Infanterie-
fahrzeuge. Zusätzlich
360 Panzer.



\$ 2,5

EINGREIFTRUPPE:

Darunter verbesserte
Kampfmittel zur Land-
nung von Marine- und
Luftlandetruppen in
Kenia, Oman und auf
Diego Garcia.

Aufstellung aus „Newsweek“ (USA)

dieses Amtes arbeiten rund 1800 Gesellschaften. Die führende Rolle spielen vier Firmen: Mitsubishi jukogyo, Ishikawadzima Harima jukogyo, Mitsubishi denki, Kawasaki jukogyo. Dem Hongkonger Magazin „Far Eastern Economic Review“ zufolge fließt fast die Hälfte aller Militärausgaben des Landes in deren Taschen.

Außer den Rüstungskonzernen sind die eng mit ihnen liierten hohen Beamten von Militärdienststellen, bestimmte Politiker und etliche Experten, die mit der Angst Karriere machen, an der Forcierung des Wettrüstens interessiert. Es gibt nicht wenige Fälle, da US-Generale nach ihrem Ausscheiden aus der Armee im Management der Rüstungsgesellschaften Unterschlupf finden. „Es gibt mächtige, über hohe Ressourcen und weiten Einfluß verfügende Koalitionen, die sich um das eine gemeinsame Ziel, den weiteren Ausbau des Militärs, unabhängig von den realen militärischen Erfordernissen, gebildet haben“, hieß es in einem Bericht des UNO-Generalsekretariats vom 12. August 1977.

Diese Koalition eben ist der Militär-Industrie-Komplex, der auf die Zusitzung der internationalen Spannungen zuhält. Der ehemalige Mitarbeiter im US-Außenministerium Arthur Cocks schrieb: „Die engen Kontakte zwischen dem Pen-

tagon und der Rüstungsindustrie bedeuten, daß sie unausbleiblich der Entspannung entgegentreten werden. Jeder bedeutende Fortschritt bei der Entspannung würde bedeuten, daß die Waffenproduzenten riesige, von den amerikanischen Steuerzahlern garantierte Gewinne einbüßen. Es ist deshalb kein Wunder, daß die gut finanzierten Lobbyisten solcher Firmen wie Lockheed, Rockwell, General Dynamics, Boeing und Northrop im Verein mit Vertretern der Streitkräfte agieren, auf Kongreßmitglieder Druck ausüben und dabei fordern, diesen Firmen ihren Anteil am Verteidigungshaushalt zu bewilligen.“

Fünf der acht Rüstungsgiganten der USA haben beispielsweise in den letzten zwei Jahren für „Kontakte“ zur Regierung 17 Mio Dollar aufgewendet.

Auch die Werbung lassen sich die Herrschaften etwas kosten. Rockwell International steckte in zwei Jahren in die Werbung für den B-1-Bomber über eine Mio Dollar.

Amerikanischen Pressemeldungen zufolge kostet ein Senatorensitz rund 3 Mio Dollar, die Zugehörigkeit zum Repräsentantenhaus etwa 600 000. Da das durchaus nicht jeder, selbst gut betuchte Kandidat aus eigenen Mitteln bestreiten kann, und die Parteikasse ihm nicht immer unter die Arme greift, muß er „Nebenquellen“

ausfindig machen. Deshalb beginnt, wie es ein amerikanischer Journalist treffen ausdrückte, ein Teil der Kongreßabgeordneten am „Militär-Industrie-Komplex“ zu leiden“.

Die Rüstungskonzerne, die Militär- und Staatshierarchie häufen mit dem Wettrüsten wirtschaftliches und politisches Kapital an. Das ist klar. Westliche Ideologen allerdings bemühen sich um den Beweis, durch die Aufstockung der Rüstungsproduktion gewinne die Gesellschaft insgesamt.

Die erste Lüge

Die Verfechter des Wettrüstens behaupten: Eine Erhöhung der Militärausgaben bedeutet die Steigerung der Rüstungsproduktion und infolgedessen die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dem entgegen zieht die Kürzung dieser Bewilligungen unausbleiblich Betriebsschließungen sowie Entlassungen nach sich.

Auf den ersten Blick entbehrt das nicht der Logik. Besonders wenn es mit „klassischen“ Beispielen untermauert wird: Die Militarisierung der Wirtschaft des „Dritten Reiches“ hat mit der Arbeitslosigkeit in Deutschland Schluß gemacht. Das gleiche, so die Verfechter erhöhter Militärbe- willigungen, sei während des zwei-

ten Weltkriegs in den USA der Fall gewesen.

In den 60er Jahren errechnete der US-Wirtschaftsexperte Leontief, eine Kürzung der Bewilligungen für das Pentagon um 8 Md. Dollar würde den Verlust von 254 000 Arbeitsplätzen nach sich ziehen. Die Verwendung der gleichen Summe im zivilen Sektor würde 542 000 Arbeitsplätze schaffen. Im Ergebnis einer solchen Umverteilung der Mittel hätten die USA also 288 000 Arbeitslose weniger.

Die Arbeitslosigkeit ist tatsächlich eines der kritischsten Probleme im modernen Kapitalismus. Während sie früher nur in Zeiten von Wirtschaftskrisen aufkam, so wurde sie heute zu einer ständigen Erscheinung. In den USA gibt es bereits rund 9 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose, d. h. über 8% der erwerbsfähigen Bevölkerung. In den 10 EG-Ländern sind offiziell mehr als 8,4 Millionen Arbeitslose oder 7,4% der erwerbsfähigen Bevölkerung registriert. Die Situation verschlimmert sich, da die Arbeitslosigkeit auch künftig zunehmen wird. Insgesamt werden die 24 Länder, die der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören, 1982 26 Millionen Arbeitsuchende haben.

Eine Reihe von Studien haben gezeigt, daß die chronische Arbeitslosigkeit mit dem Wettrüsten wächst. 1975 bis 1980 wurden die Militärbewilligungen der NATO-Mitgliedstaaten von 150 auf 225 Md. Dollar heraufgesetzt. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Arbeitslosen in den NATO-Ländern von 14 auf 20,5 Millionen. In beiden Fällen also auf rund das 1,5fache. Daraus erhellt, daß die Arbeitslosigkeit und die Arsenale der Massenvernichtungsmittel fast synchron wachsen.

Die zweite Lüge

Eine Verringerung der Verteidigungsbewilligungen, behaupten wieder die Verfechter des Wettrüstens, wirkt sich negativ auf den technischen Fortschritt aus, da dessen Antrieb Forschungsarbeiten im militärischen Bereich sind.

Tatsächlich hat die Menschheit Radar, EDV, Düsenflugzeuge und viele andere Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik der letzten Jahrzehnte den Bemühungen von Experten des militärischen Bereichs zu verdanken. Die Verfechter des Wettrüstens spekulieren häufig damit, daß die Ergebnisse militärischer Forschungen auch zu friedlichen Zwecken genutzt werden, wobei sie verschweigen, um welchen Preis das geschieht. Deshalb gewannen manche Leute den Eindruck, daß die Technik sich parallel zu militärischen Vorbereitungen entwickelt. Aber wie der bekannte US-Atomphysiker Lapp bemerkte, „hat es den Traktor lange vor dem Panzer gegeben, und die Brüder Wright (die Erbauer des

ersten amerikanischen Flugzeugs) haben keine Subventionen von Militärdienststellen erhalten“.

UNO-Experten befaßten sich mit diesem Problem und kamen zu dem Schluß, daß die Ergebnisse ziviler Forschungen im militärischen Bereich wesentlich stärker genutzt und die Rentabilität bei ihnen höher ist. Das erklärt sich daraus, daß viele Arbeiten von militärischer Bedeutung aus Sicherheitsbedenken gehemt werden. Auswirkungen hat auch deren Spezifik, die mit den Jahren immer stärker in Erscheinung tritt. Während Vorstellungen der Konstrukteure hinsichtlich der Modernisierung von Panzern und Flugzeugen aus der Zeit des zweiten Weltkriegs Anwendung in Traktorenbau und Zivilluftfahrt fanden, hat sich die Situation inzwischen geändert. Nach Angaben des Pentagon sind rund 90% der Forschungen und Entwicklungen im Bereich der Militärluftfahrt infolge ihrer Spezifik völlig untauglich für zivile Wirtschaftszweige.

SIPRI-Berechnungen zufolge sind die Forschungen im militärischen Bereich praktisch 20mal weniger rentabel als die gleichen zivilen Forschungen.

In den USA lassen die riesigen Ausgaben für militärische Entwicklungen eine ganze Reihe von Forschungsrichtungen ausbluten. Daraus zogen UNO-Experten den Schluß: „Zweifelsohne tragen militärische Forschungen und Entwicklungen letztlich nicht zu technischen Entdeckungen im zivilen Sektor und folglich zur Entwicklung bei, sondern behindern sie im Gegenteil wesentlich.“

Im Gleichschritt mit der Inflation

Der vereinigte Wirtschaftsausschuß des US-Kongresses stellte in einem Bericht fest: „Die Heraufsetzung der Militärausgaben kann zur zunehmenden Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Rückgang führen.“ Ähnliche Warnungen hatte seinerzeit auch der ehemalige US-Außenminister der Carter-Regierung, Edmond Muskie, geäußert: „Der Feind, der die Wirtschaft tatsächlich umbringen kann..., ist nicht die Sowjetunion oder irgendein anderes Land, das ich mir vorstellen könnte. Es ist der Verteidigungshaushalt.“

Eine der „zunehmenden Gefährdungen der wirtschaftlichen Entwicklung“ ist die Inflation. Außer Kontrolle geraten, stülpt sie den Amerikanern die Taschen um, senkt deren Lebensstandard und entwertet ihre Ersparnisse. Die Washingtoner Führung unterliegt einem bedrohlichen Gegner: Während 1976 die Inflationsrate unter 5% lag, ist sie heute doppelt so hoch. Ähnliche Prozesse sind auch in anderen westlichen Staaten zu beobachten.

Hauptfaktor der Inflation ist die

Deckung der Militärausgaben auf Kosten erhöhter Haushaltsdefizite. Das führt zu verstärkter Geldemission, die nicht durch Waren gedeckt ist. Ebendas geschah in den USA in der Zeit des Vietnam-Abenteuers.

Das andauernde Haushaltsdefizit der USA ist einer der Gründe für den Inflationszuwachs. Waren die Militärausgaben der USA 1980 auf dem Stand von 1977 geblieben, hätte der Staatshaushalt statt 41 Md. Dollar Defizit ein Einnahmeplus von 8,8 Md. Dollar erzielt, stellte eine amerikanische Forschungsorganisation fest.

Die Inflation geht also im Gleichschritt mit den Militärbewilligungen.

Vor dem zweiten Weltkrieg verausgaben die USA z. B. für die Verteidigung durchschnittlich 1,5 Md. Dollar pro Jahr. Die Preise stiegen nicht. Die starke Heraufsetzung der Militärausgaben 1941—1945 löste eine gigantische Inflationswelle aus. 1946 stieg der Preisindex für Konsumgüter um 18,2%. Zu Beginn der 50er Jahre aber ging die Inflation merklich zurück.

Während des Vietnam-Kriegs verdreifachte sich der Inflationsindex von 2 auf 60%.

Jedoch brachte die Beendigung der Vietnam-Aggression der US-Wirtschaft keine Erleichterung, wie das nach dem zweiten Weltkrieg war. Die Ausnahme von der Regel? Keineswegs. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Bewilligungen für das Pentagon heruntergeschaubt, in der zweiten Hälfte der 70er Jahre aber begannen sie heftig zu klettern.

Die letzten fünf Jahre sind in den westlichen Ländern von einem stürmischen Preisauftrieb begleitet. In einigen NATO-Staaten wird das Inflationstempo in zweistelligen Zahlen ausgedrückt. In Italien erreichte es 17%, in Großbritannien 15,5%.

„Wenn wir der Inflation wirklich ein Ende machen wollten“, meint der namhafte US-Wirtschaftsfachmann Heilbronner, „brauchten wir nur den riesigen Hahn der Rüstungsausgaben zuzudrehen.“

Zu leiden haben die Steuerzahler

Wer nun hat in erster Linie das Wettrüsten zu bezahlen? Wenden wir uns wieder dem Beispiel USA zu.

Die Regierung will die ständig steigenden Militärausgaben durch Erhöhungen der Steuern, vor allem bei den Werktäglichen, decken. Das erschwert den Absatz von Konsumgütern auf dem Binnenmarkt, mindert die Zahl der potentiellen Käufer, wobei der Widerspruch zwischen Produktion und Konsum noch verschärft wird. Das wird heute von vielen Wirtschaftsexperten im Westen anerkannt. Der amerikanische Professor Kenneth Boulding meint, die Entwicklung der „Militärmaschine“

rie“ mindere die Einkäufe der amerikanischen Durchschnittsfamilie um 15 bis 20%.

Je mehr Mittel das Pentagon erhält, desto höher werden die Steuern. Das erklärt sich daraus, daß die Militärausgaben einen Teil des Staatshaushalts darstellen, der in den USA hauptsächlich aus von der Bevölkerung erhobenen Steuern gebildet wird. Während vor dem zweiten Weltkrieg die Werktätigen den sechsten Teil ihres Lohns ans Finanzamt abzuführen hatten, sind es jetzt rund 40% je Lohndollar. Heute arbeitet der Durchschnittsamerikaner 4,5 Monate im Jahr nur, um seine Steuern bezahlen zu können. Doch auch das reicht nicht. Die Steuereinnahmen decken die Staatsausgaben nicht. Es entsteht ein Haushaltssdefizit, das in den USA mit Anleihen „beseitigt“ wird, die zum Wachstum der Staatsschulden beitragen (in jüngster Zeit erhöhten sie sich um 50–60 Md. Dollar pro Jahr).

Die US-Regierung ist der größte Schuldner nicht nur im eigenen Land, sondern in der ganzen Welt. Während 1970 ihre Schulden 381 Md. Dollar betrugen, nähern sie sich jetzt 900 Md. Dollar. Der Verlierer ist wieder der Steuerzahler, denn auch Schulden und Zinsen werden hauptsächlich aus Steuereinnahmen abgetragen.

Und noch etwas. Die Bewilligungen für das Pentagon senken die Zahlungen für soziale Zwecke. Nehmen wir nur den letzten US-Haushalt. 1982 sollen die Kürzungen 40 bis 50 Md. Dollar betragen. Die wichtigsten der Kürzung unterliegenden Artikel: Lebensmittelhilfe für arme Familien, Sozialversorgung, Zahlungsdauer von Arbeitslosenunterstützung, zusätzliche Ernährung für Kinder einschließlich Schulspeisung, Bewilligungen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens.

Das alles zeugt davon, daß selbst ein so reiches Land wie die USA niemals in der Lage war und sein wird, gleichzeitig riesige Militärausgaben zu tragen und seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Die Butter wird immer von den Kanonen verschlungen.

Konversion ist möglich

Der britische Labour-Abgeordnete Frank Allaun erklärte, bei genauer Planung könne man die Rüstungsindustrie auf friedliche Bahnen umstel-

len, ohne große wirtschaftliche Verluste und ohne Arbeitslosigkeit.

Viele Studien und selbst praktische Experimente bestätigen die Richtigkeit dieser Aussage.

Das Kernforschungslabor in Livermore (US-Staat Kalifornien) ist den Amerikanern nicht minder bekannt als ein gleiches Zentrum in Los Alamos (New Mexico). Dieses hat die Atombombe entwickelt, das erstgenannte brachte der Welt die Neutronenbombe. Offiziell untersteht das Labor in Livermore dem Energieministerium der USA. Sein Hauptauftraggeber aber ist das Pentagon, das den Löwenanteil der hiesigen Forschungen bezahlt.

Was würde aus den 4000 von den 7000 Spezialisten, die mit militärischen Entwicklungen beschäftigt sind, wenn die USA den Vertrag über das vollständige Verbot von Kernwaffentests unterschrieben?

Diese keineswegs unnötige Frage veranlaßte eine Gruppe von Mitarbeitern des Labors, die Möglichkeiten zu analysieren, die sich für sie bei einer Umpolung auf zivile Aufträge ergäben. In ihrem Bericht „Sich abzeichnende Alternativen“ wird bewiesen, daß eine Konversion praktisch möglich ist. Ein großer Teil der Laborfachleute könnte sich auf die Entwicklung von alternativen Energiequellen konzentrieren. Selbst 2000 Wissenschaftler und Atomingenieure würden ihre Kenntnisse bei der Untersuchung eines so brennenden Problems der Gegenwart einsetzen können wie die Verwertung radioaktiver Abfälle von Kernkraftwerken.

Kann man das Labor von Livermore als „nukleare Teufelsküche“ bezeichnen, dann ist der District Santa Clara in Kalifornien die Teufelschmiede. Hier liegen die Betriebe so namhafter Pentagon-Klienten wie General Dynamics, Westinghouse, Hughes Aircraft, United Technologies und andere. Ihre jährlichen Aufträge werden auf über 2 Md. Dollar beziffert. Das Rüstungsge- schäft sichert hier mehr als 90 000 Werktätigen — einem Fünftel aller Beschäftigten — Arbeitsplätze.

Doch auch in diesem durch Rüstungsaufträge blühenden District denkt man an die Zukunft. Friedensfreunde, Gewerkschaftsfunktionäre, Geistliche, Umweltschützer gründeten die Organisation „Halbinsel Konversionsprojekt“ mit der Aufgabe, die Überleitung von Rüstungsproduktion auf zivile Geleise zu fördern.

Nach Ansicht führender Leute des „Projekts“ bestehen dafür keinerlei Hindernisse, auf die sich die Verfechter des Wettrüstens berufen. Flugzeugwerke könnten sich auf die Herstellung von Verkehrsmitteln und Motoren umstellen. Elektronikbetriebe auf die Produktion von Meß- und Kontrollanlagen für den Umweltschutz sowie auf medizinische Geräte. Nach der Untersuchung der Aussichten für die Nutzung der Sonnenenergie in Kalifornien bewiesen die Urheber des „Projekts“, daß nicht nur die Industrie des Districts Santa Clara, sondern des ganzen Staats Kalifornien sich von militärischen Aufträgen unabhängig machen kann, wenn sie zum Zentrum der Forschung und der Herstellung von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie und anderer Arten der Energiegewinnung wird. Ihren Berechnungen zufolge schafft die Entwicklung allein dieses Zweiges rund 3 Millionen Arbeitsplätze.

Die US-Firma Boeing-Vertol, die Kampfhubschrauber herstellt, hat ein Drittel ihrer Produktionskapazität auf die Produktion von Straßenbahnen und Obussen verlagert. Ihre Obusse fahren in Boston und San Francisco, die Straßenbahnen wurden von den Behörden Chicagos erworben.

Auf der anderen Seite des Atlantik haben Arbeiter des britischen Lucas Aerospace einen konkreten Plan zur Umstellung von 17 Rüstungsbetrieben auf Zivilproduktion ausgearbeitet. Nach Ansicht Prof. Jörg Huffschröder von der Universität Bremen ist eine Konversion auch für die Rüstungsindustrie der BRD möglich. Statt des Feuerleitsystems für Leopard-2-Panzer könnte die Firma Krupp-Atlas Electronica medizinische Geräte für Krankenhäuser und Wagen der Ersten Hilfe herstellen. Die Firmen Rank (Panzergetriebe), Diehl (Panzerketten), MTU (Panzermotoren) und Teves (Panzerbremsen) könnten sich auf Bulldozer und Schneeräummaschinen umstellen.

Alle diese Beispiele widerlegen einen der Hauptargumente der Apologeten des Militarismus, daß es praktisch unmöglich sei, eine Konversion der Rüstungsproduktion herbeizuführen.

Was bietet die Abrüstung?

Karl Marx schrieb, daß der militärische Verbrauch „unmittelbar

ökonomisch dasselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser würfe“.

Was aber, wenn die Menschheit endlich aufhören würde, unschätzbare Ressourcen ins Wasser zu werfen?

Den Gewinn hätten unzweifelhaft sowohl Industriestaaten wie Entwicklungsländer.

Ein Beispiel: SALT 1. Die US-Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung hat errechnet, mit der Unterzeichnung dieses Vertrags haben die USA allein 1973 900 Mio Dollar eingespart. Ohne diesen Vertrag hätten sie bis 1988 zur Entwicklung des Raketenabwehrsystems Safeguard rund 20 Md. Dollar aufwenden müssen.

die wir in etwa zwei Wochen für die Rüstung ausgeben, könnte man die ganze Welt im Laufe eines Jahres ernähren und mit Wohnraum versorgen, darunter auch die unterentwickelten Länder.“

Die Weltrüstungsausgaben machen das 30fache der Hilfssummen für die Entwicklungsländer aus.

Für militärische Zwecke gehen jährlich 700—750 Mio Barrel Erdöl drauf, d. h. das Doppelte des Jahresverbrauchs an Erdöl aller afrikanischen Länder.

Um alle hungernden Kinder in der Welt satt zu bekommen, brauchte man ganze 10% der jährlich ins Wettrüsten gesteckten Mittel.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die in zehn Jahren 83 Mio Dollar verausgabt hat, konnte die Pocken in der Welt ausrotten. Für diese Summe ließe sich lediglich ein moderner strategischer Bomber anschaffen. Das WHO-Programm zur Ausmerzung der Malaria kommt aus Mangel an Mitteln nicht voran. Alle seine Kosten jedoch bilden nur ein Drittel dessen, was zum Erwerb eines einzigen Trident-U-Boots nötig ist.

Eine vollständige nukleare Abrüstung würde mehr als 20 000 Wissenschaftler und Techniker freisetzen, die in der Kernenergie beschäftigt sind. Sie könnten sich an den friedlichen Nuklearprogrammen der Entwicklungsländer beteiligen.

Bei einer Verwendung der Rüstungsmittel 1970—1975 für zivile Zweige wäre die Weltproduktion um 200 Md. Dollar gegenüber dem jetzigen Stand gestiegen. Diese Summe übertrifft das Brutto-sozialprodukt aller Länder Südasiens und Zentralafrikas, d. h. der beiden größten Erdregionen, in denen rund eine Milliarde Menschen leben.

Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) hungert gegenwärtig die Hälfte der Erdbevölkerung. Die FAO weist darauf hin, daß 1985 in der Welt 85 Mio t Getreide fehlen werden. Dieser Mangel macht bei Indien 11%, auf den Philippinen 17%, in Iran 35%, auf Sri Lanka 38% und in Bangladesch 80% aus. Zur Verhütung des Hungers in diesen Staaten sind dringende Investitionen erforderlich. Auch hier wären die durch Begrenzung des Wettrüstens freigesetzten Mittel eine Hilfe.

Angesichts des riesigen Bedarfs der Bevölkerung an Nahrungsmitteln sind die gigantischen Ausgaben für

moderne Waffenarten besonders unsinnig. Ein Düsenbomber kostet z. B. das gleiche wie 100 000 t Zucker. Der Verzicht auf den Bau eines einzigen Atomflugzeugträgers erbrächte die Mittel für die Lieferung von 2,8 Mio t Weizen an Entwicklungsländer.

Nach Berechnungen des amerikanischen Forschers Saillard brauchte man zur Beseitigung des Analphabetentums unter Erwachsenen bis zum Ende dieses Jahrhunderts in der ganzen Welt nur 1,2 Md. Dollar. Das ist weniger als die Weltrüstungsausgaben eines Tages.

All diese Angaben bekräftigen die Worte des damaligen US-Präsidenten Eisenhower vor 25 Jahren: „Jedes hergestellte Geschütz, jedes vom Stapel gelaufene Kriegsschiff, jede Raketenanlage stellt letztlich eine Beraubung derer dar, die hungrig, die frieren, die nackt und barfuß sind.“

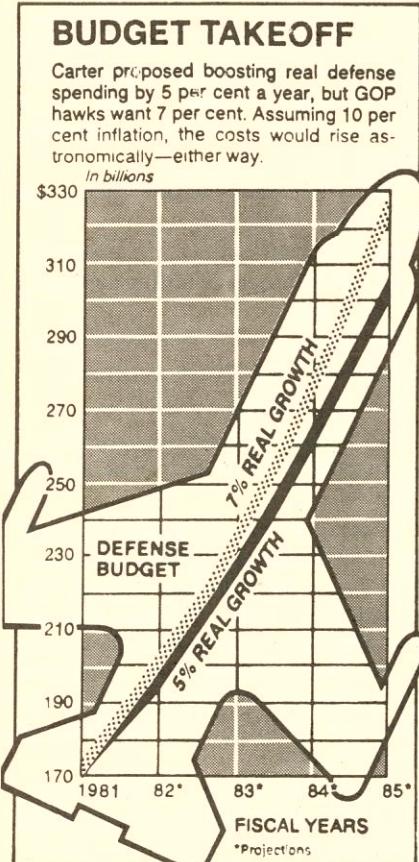
Wessen Schuld

Im letzten Jahrzehnt haben sich die Weltrüstungsausgaben mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum kam es mindestens zu einer Verdopplung der Kernwaffenarsenale. Noch gefährlichere und raffiniertere Waffensysteme sind entstanden. Immer aktiver schließen sich auch Entwicklungsländer dem Wettrüsten an, deren labile Wirtschaft militärische Belastungen besonders wenig aushält. Die Welt ist verschwenderischer geworden. Wer hat an dieser Situation schuld?

Washington und seine NATO-Partner weisen auf die UdSSR und ihre Verbündeten. Einige Entwicklungsländer klagen beide „Supermächte“ an.

Die Fakten sehen jedoch anders aus. Das SIPRI, das man kaum der Sympathien zur UdSSR verdächtigen kann, bringt in seinem Sammelband 1980 folgende Angaben: Auf die USA und andere NATO-Länder entfällt fast die Hälfte der Weltrüstungsausgaben. Das ist, nach Berechnungen des Instituts, etwa das Doppelte, was die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten ausgeben. Anderen Angaben nach zu urteilen, ist dieser Unterschied noch krasser.

Mit der Ansicht des SIPRI gehen auch viele westliche Offizielle konform. Roy Mason bemerkte als britischer Verteidigungsminister 1976, die Militärbewilligungen der NATO-



Militärausgaben der USA mit jährlicher 5%-Heraufsetzung auf Antrag Carters und 7%-Heraufsetzung auf Antrag Reagans.

Aus „Newsweek“ (USA)

Unschätzbarer Nutzen könnte die Zügelung des Wettrüstens den Entwicklungsländern bringen.

Auf einer Pressekonferenz vor der Juli-Beratung der Regierungschefs von 7 führenden kapitalistischen Staaten in Ottawa erklärte Kanadas Premier Trudeau: „Für die Summe, NZ-SONDERDRUCK 1982

KANONEN STATT BUTTER



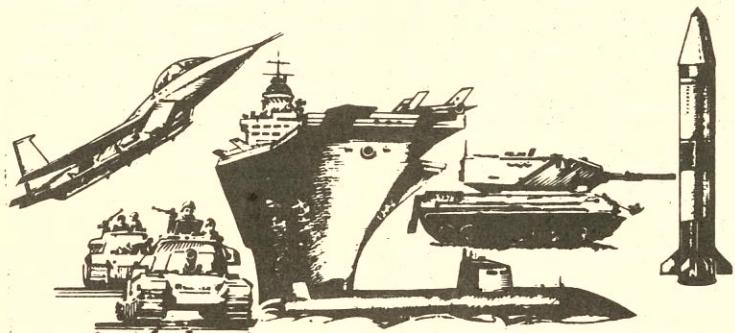
9 Schulen
= ein F-14-Jäger



ein Wasserkraftwerk
= ein Flugzeugträger



36 Dreizimmer-wohnungen
= ein Panzer Leopard 2



ein Manöver
eines
Panzerbataillons
= 28 Kindergärten

ein Atom-U-Boot
Trident
= Jahresausbildung
von 16 Millionen
Kindern

eine
Interkontinentale
MX-Rakete
= 5 Krankenhäuser



Länder übersteigen die entsprechenden Ausgaben der Warschauer Vertragsstaaten um ca. 20 Md. Dollar. Drei Jahre später äußerte der ehemalige US-Außenminister Vance in Hainesville (Florida), die USA verausgaben für militärische Zwecke fast 25% mehr als die Sowjetunion und die anderen Länder des Warschauer Vertrags.

Die mit militaristischen Kreisen liierte westliche Presse mag solche Äußerungen nicht. Sie zieht es vor,

die Bevölkerung mit aufgeblähten Zahlen einzuschüchtern, die ihr von CIA-Mitarbeitern freundlichst geliefert werden. Sie spricht auch gerne von der „sowjetischen Bedrohung“, mit der sich leichter zusätzliche Militärbewilligungen herausholen lassen, die mit Flugzeuggeschwindigkeit zunehmen, wie das „Newsweek“ darstellte.

Der von der UdSSR eingebrachte Vorschlag einer Herabsetzung der Militärhaushalte gewinnt in öffentli-

chen, wissenschaftlichen und politischen Kreisen des Westens immer mehr Anhänger. In den USA erschien z. B. das Buch „Neue Strategie der Militärausgaben“. In dieser Studie beweisen Angehörige der sogenannten Bostoner Gruppe: Die USA könnten den Pentagon-Haushalt um mehr als ein Drittel kürzen, ohne Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit.

Würden dem alle Länder mit hohem wirtschaftlichem und militärischem Potential zustimmen, könnten rund 120 Md. Dollar freigesetzt werden. Was bedeutet das für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Völker? Nach einigen Berechnungen werden zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Entwicklungsländer in den Bereichen Bildung, Gesundheitsschutz, Nahrung und Wohnungsbau jährlich zusätzlich rund 20 Md. Dollar nötig. Für die restlichen 100 Md. ließen sich bauen:

300 Wärmekraftwerke von je 120 000 kW Leistung;

300 Erdölraffinerien zur Verarbeitung von rund einer Milliarde t Erdöl pro Jahr;

200 Werke für synthetischen Kautschuk von je 25 000 t Leistung;

1000 Kunstdüngerwerke;

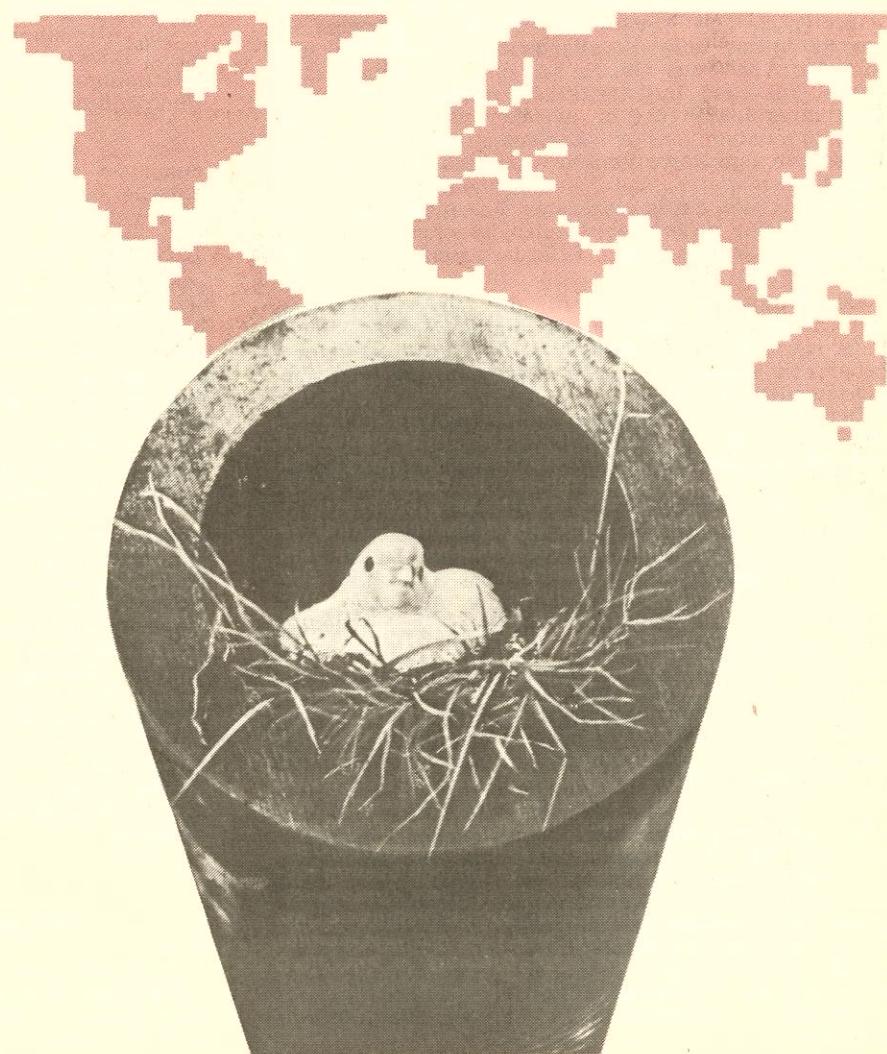
1600 Zuckerfabriken, die die Weltzuckerproduktion von 1958 herstellen könnten.

Leider ist die offizielle Haltung der NATO-Staaten bislang unverändert. Die Paktmitglieder haben sich verpflichtet, ihre Militärausgaben um jährlich 3% heraufzusetzen. Das ist das reale Wachstum, ohne Berücksichtigung der Inflation, auf die sich einige Politiker des Westens so gerufen.

Die Reduzierung der Militärausgaben kann nicht von nur einer Seite bewältigt werden. „Wir sind dafür, daß Rubel und Dollar, Złoty und Mark, Lei und Franc voll und ganz friedlichen Zwecken zukommen“, sagte Leonid Breschnew. „Eine Lösung aber läßt sich hier nur auf gegenseitiger Grundlage finden.“

G. SIDOROWA

RÜSTUNGS- WETTLAUF: DROHUNG, BELASTUNG, **ALTERNATIVE**



Allgemeine und vollständige Abrüstung

Der Kampf um die Erreichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung ist eine Hauptrichtung der Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates.

Auf der Genua-Konferenz 1922 — der ersten internationalen Konferenz, an der unser Land teilnahm — unterbreitete die UdSSR ein Programm der allgemeinen Rüstungseinschränkung und erklärte sich bereit, „alle Vorschläge zwecks Erleichterung der Last des Militarismus zu unterstützen, wenn alle Staaten ihre Armeen vermindern und wenn die Kriegsregeln durch volles Verbot der barbarischsten Kriegsformen — wie der Giftgase, des Luftkrieges und anderer, besonders aber der Anwendung von Zerstörungsmitteln, die gegen die zivile Bevölkerung gerichtet sind — ergänzt werden“.

Im Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz (Genf 1927) und dann auch auf der Konferenz selbst (1932—1934) brachte die UdSSR den Entwurf einer Resolution über die allgemeine, vollständige und sofortige Abrüstung ein. Er sah die Auflösung aller Land-, See- und Luftstreitkräfte und die Nichtzulassung ihres Bestehens in welcher verkappten Form auch immer vor. In der Erklärung der sowjetischen Delegation zum Resolutionsentwurf hieß es: Die UdSSR glaube nach wie vor, daß „die allgemeine und sofortige Abrüstung die einzige wirksame Friedensgarantie ist, die nicht nur entfernten Idealen, sondern auch den dringenden gegenwärtigen Erfordernissen der Menschheit entspricht“.

Der Westen blieb taub für die friedensdienlichen Vorschläge des jungen Sowjetstaates. Nichtsdestoweniger setzte sich die UdSSR in all den Vorkriegsjahren beharrlich weiterhin für die allgemeine und vollständige Abrüstung ein.

Der Kurs auf Festigung des Friedens und auf Abrüstung war die Grundlage der Politik der KPdSU und der Sowjetregierung auch in den Nachkriegsjahren.

Eine hervorragende friedensdienliche Initiative der UdSSR war die von ihr am 18. September 1959 der 14. UNO-Vollversammlung unterbreitete Deklaration über die allgemeine und vollständige Abrüstung. Die UdSSR schlug vor, alle Streitkräfte aufzulösen, alle Waffenarten zu vernichten, die Rüstungsproduktion und die Militärstützpunkte zu liquidieren und die Bereitstellung von Mitteln für militärische Zwecke einzustellen. Den Staaten hätten nur streng begrenzte Kräfte der inneren Sicherheit verbleiben sollen. Die Verwirklichung des sowjetischen Vorschlags hätte die Möglichkeit der Entfesselung von Kriegen von Grund auf beseitigen können, weil die Staaten keine materiellen Mittel der Kriegsführung mehr besessen hätten.

Ein weiterer bedeutender Schritt bei der Weiterentwicklung des sowjetischen Programms zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung war der Entwurf eines Vertrages über die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle, den die Sowjetregierung am 15. März 1962 dem Abrüstungsausschuß vorlegte. Dieser detailliert ausgearbeitete Entwurf sah die Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in drei Etappen innerhalb von 5 Jahren vor.

In der ersten Etappe war vorgesehen: alle Mittel zur Beförderung von Kernwaffen ins Ziel zu vernichten und gleichzeitig alle ausländischen Militärstützpunkte auf fremdem Territorium zu beseitigen; die Streitkräfte der UdSSR und der USA auf je 1,9 Mio Mann zu begrenzen sowie die konventionellen Rüstungen und auch die Militärausgaben entsprechend zu reduzieren.

In der zweiten Etappe waren die Vernichtung aller Vorräte an nuklearen, chemischen und bakteriologischen Waffen und die vollständige Einstellung ihrer Produktion, eine weitere Reduzierung der Streitkräfte der UdSSR und der USA bis auf je 1 Mio Mann und eine weitere entsprechende Verringerung der konventionellen Rüstungen und der Militärausgaben vorgesehen.

Die dritte Etappe sah den Abschluß des Abrüstungsprozesses — restlose Liquidierung der Streitkräfte und der gesamten Kriegsmaschinerie der Staaten — vor; den Staaten sollten nur streng begrenzte Polizei-(Miliz-)Kontingente, mit leichten Feuerwaffen ausgerüstet, verbleiben.

Alle Abrüstungsmaßnahmen gemäß dem sowjetischen Entwurf sollten mit wirksamen Schritten unter internationaler Kontrolle, wie sie zur gebührenden Überprüfung ihrer Verwirklichung nötig ist, einhergehen.

Bei der Erörterung des sowjetischen Vertragsentwurfs im Abrüstungsausschuß, die mehrere Jahre dauerte, nahm die UdSSR in dem Wunsch, ihren Partnern entgegenzukommen, wiederholt Änderungen und Präzisierungen am Entwurf vor. Doch bevorzugten die westlichen Länder nur Maßnahmen in ihrem militärstrategischen und politischen Interesse und lehnten die Kompromißvorschläge der UdSSR ab. Übrigens brachten die Westmächte, insbesondere die USA, Vorschläge ein, die die Abschaffung der Kriegsmaschinerie der Staaten ausschlossen und nicht einmal das Verbot von Kernwaffen vorsahen. Die Obstruktion des Westens führte denn auch dazu, daß Mitte der 60er Jahre die Erörterung des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung einschließlich.

Nichtsdestoweniger bestand die UdSSR zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern konsequent und beharrlich auch weiter auf der Notwendigkeit, ein Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung auszuarbeiten, und setzte sich wiederholt für aktiver Verhandlungen über dieses Problem ein.

Der Kampf für die Einstellung des Wettrüstens bis zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung ist als eine der wichtigsten Richtungen in der Außenpolitischen Tätigkeit der KPdSU und des Sowjetstaates in programmatischen Dokumenten der jüngsten Parteitage der KPdSU verankert worden. Der Satz über die allgemeine und vollständige Abrüstung als Endziel des leninistischen Kurses auf Eindämmung des Wettrüstens und Abrüstung ist auch in der Verfassung der UdSSR verbrieft.

Eindämmung des nuklearen Wettrüstens

Beharrlich und konsequent kämpft die UdSSR für das Kernwaffenverbot, dafür, daß die Atomenergie nur dem Wohl des Menschen diene, daß sich Hiroshima und Nagasaki niemals wiederholen.

Schon 1946 unterbreitete die UdSSR der UNO-Atomenergiekommission den Entwurf einer internationalen **Konvention über die Verpflichtung der Staaten, Atomwaffen nicht anzuwenden, ihre Produktion und Lagerung zu verbieten und ihre Vorräte innerhalb von drei Monaten zu liquidieren**. Dieser Vorschlag gab die Möglichkeit, verhältnismäßig leicht die Frage des Ausschlusses der Kernwaffen aus den Arsenalen der Staaten im frühesten Stadium ihrer Entwicklung zu lösen.

Aber die USA, die zeitweilig das Atommonopol hatten, lehnten den sowjetischen Konventionsentwurf ab. Sie traten ihrerseits mit dem „Baruch-Plan“ hervor, der kein Atomwaffenverbot vorsah und vor allem das Ziel verfolgte, alle Atomressourcen der Welt unter USA-Kontrolle zu bringen und deren Monopol in Fragen der weiteren Atomenergienutzung zu sichern.

Im Ergebnis wurde die Welt in das von den USA entfesselte Wettrüsten hineingerissen. Heute ist es weit schwieriger, dieses Wettrüsten zum Stillstand zu bringen und die nukleare Abrüstung zu verwirklichen, als es 1946 möglich gewesen wäre.

Heute hat sich die Kernwaffe zu einem Riesenkomplex von Vernichtungsmitteln ausgewachsen, die ihrer Bestimmung und Schlagkraft nach unterschiedlich sind. Die Produktion dieser Waffen entfaltet sich weiter, und jeder neue Schritt bei der Entwicklung besagter Waffen beschwört eine neue Gefahr für den Frieden herauf.

Seit ihrem ersten Vorschlag über das Atomwaffenverbot bis heute besteht die UdSSR unwandelbar auf der Notwendigkeit, vor allem die Aufgabe der nuklearen Abrüstung zu lösen. Aber jedesmal stoßen ihre Friedensinitiativen auf hartnäckigen Widerstand der Kräfte, die für die Erhaltung der Kernwaffen in den Arsenalen der Staaten sind.

Am 2. November 1977, auf der Festsetzung im Kreml zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, forderte Leonid Breschnew erneut zur Lösung des Nuklearproblems auf: „Heute schlagen wir einen radikalen Schritt vor: zu vereinbaren, daß alle Staaten gleichzeitig die Produktion der Kernwaffen einstellen. Und zwar jeder derartigen Waffe — seien es Atom-, Wasserstoff- oder Neutronenbomben bzw. -granaten. Gleichzeitig könnten die Kernmächte sich verpflichten, mit einer schrittweisen Reduzierung der schon gehorteten Vorräte zu beginnen und so diese Waffen nach und nach und schließlich restlos, „hundertprozentig“, zu vernichten.“

Von der Wichtigkeit der Aufgabe, vor allem Verhandlungen über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen und über die Liquidierung ihrer Vorräte aufzunehmen, war wiederholt die Rede in gemeinsamen Dokumenten der Staaten des Warschauer Vertrages.

Im Mai 1978 unterbreitete die UdSSR auf der ersten UNO-Sonderabréistungstagung den umfassenden Vorschlag über die Einstellung des nuklearen Wettrüstens und die nukleare Abrüstung. Sie schlug vor, eine internationale Vereinbarung über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen aller Arten und die allmäßliche Reduzierung ihrer Vorräte bis zu ihrer vollen Liquidierung zu erreichen. Dieser Vorschlag wurde weitgehend von den UNO-Staaten unterstützt und fand gebührenden Niederschlag in Beschlüssen der UNO-Vollversammlung. Mit seiner praktischen Realisierung wurde der Genfer Abrüstungsausschuß beauftragt.

Im Februar 1979 legte die sowjetische Delegation im Abrüstungsausschuß konkrete Vorschläge zum Verfahren bei den Verhandlungen über die nukleare Abrüstung, zur Zusammensetzung ihrer Teilnehmer und zu dem zu erörternden Fragenkomplex vor. Trotzdem wurden solche Verhandlungen wegen der Position anderer Kernwaffenmächte, vor allem der USA und Chinas, bis heute nicht aufgenommen. Der Kurs dieser Großmächte widerspricht dem Willen der meisten Staaten der Welt, die auf den jüngsten UNO-Vollversammlungen die Resolutionen über die Notwendigkeit möglichst baldiger Aufnahme der entsprechenden Verhandlungen im Abrüstungsausschuß billigten.

Logischerweise müssen Maßnahmen zur Einstellung

der Produktion von Kernwaffen und zur allmäßlichen Liquidierung ihrer Vorräte untrennbar mit der Festigung der politischen und völkerrechtlichen Sicherheitsgarantien der Staaten zusammenhängen. Zu diesem Zweck muß mit sachlichen Verhandlungen über den Abschluß eines **weltumspannenden Vertrages über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen** begonnen werden. Die diesbezüglichen Vorschläge der UdSSR und der auf ihre Initiative angenommene Beschuß der UNO-Vollversammlung über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten bilden eine gute Grundlage für die Erziehung einer internationalen Vereinbarung.

Zu den Maßnahmen, die zur Eindämmung des nuklearen Wettrüstens beitragen könnten, gehört unbedingt der auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU unterbreitete Vorschlag über die Schaffung eines maßgeblichen **internationalen Komitees, das die Lebensnotwendigkeit der Verhütung einer Nuklearkatastrophe zeigen würde**. Im September 1981 brachte die UdSSR in der UNO den Vorschlag ein, eine Deklaration über die Nichtanwendung eines nuklearen Erstschlages anzunehmen. Die UdSSR ging hierbei davon aus, daß, wenn es zu keinem nuklearen Erstsatz kommt, es auch keinen zweiten und dritten Atomsatz geben wird. Folglich wäre die Frage eines Nuklearkrieges von der Tagesordnung gestrichen.

Begrenzung strategischer Waffen

Die UdSSR mißt Maßnahmen größte Bedeutung bei, die der Erreichung einer Vereinbarung mit den USA über die Begrenzung strategischer Offensiv- und Defensivwaffen, dieses Kernstück der Kampfkraft der Seiten, gelten.

Im Ergebnis der im November 1969 eingeleiteten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT) wurden im Mai 1972 in Moskau zwei wichtige Abkommen unterzeichnet: der Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme und das Vorläufige Abkommen zwischen der UdSSR und den USA über bestimmte Maßnahmen im Hinblick auf die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (in der Weltpresse werden diese Abkommen als SALT-I bezeichnet).

Laut dem unbefristeten Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme verpflichten sich die UdSSR und die USA, solche Systeme auf ihrem Territorium nicht anzulegen sowie sich auf eine bestimmte Anzahl von Raketenabwehrkomplexen und auf eine vereinbarte Anzahl von Startrampen für Raketenabwehraketten zu beschränken.

Das für 5 Jahre geschlossene Vorläufige Abkommen erlegte bestimmte quantitative und qualitative Begrenzungen auf hinsichtlich landgestützter Startrampen für interkontinentale ballistische Raketen (ICBM), von Startern für U-Boot-gestützte ballistische Raketen (SLBM) und der modernsten mit ballistischen Raketen bestückten U-Boote.

Bei der Ausarbeitung beider Dokumente wurde eine Frage erfolgreich gelöst, die nicht selten bei den Abrüstungsverhandlungen den Stein des Anstoßes bildete: die Kontrollfrage. Die Seiten kamen überein, daß die Kontrolle über die Einhaltung dieser Abkommen mit Hilfe der ihnen verfügbaren nationalen technischen Mittel erfolgen wird.

Der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme und das Vorläufige Abkommen über bestimmte Maßnahmen im Hinblick auf die Begrenzung strategischer Offensivwaffen beruhen auf dem Prinzip gleicher Sicherheit der Seiten und geben keiner von ihnen einseitige Vorteile im Bereich strategischer Raketenwaffen. Zugleich beeinträchtigen sie keineswegs die Interessen anderer Länder.

Die ersten sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen über die Eindämmung strategischer Offensivwaffen waren eine wichtige Etappe auf dem Wege zur

Bannung der nuklearen Gefahr. Doch erstreckte sich das Vorläufige Abkommen nur auf die Jahre 1972–1977 und betraf nur einen Teil des Problems. Deshalb kamen die Seiten überein, ein weiteres Abkommen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen, SALT-II, abzuschließen.

Als das Vorläufige Abkommen im Oktober 1977 abgelaufen war, gab jede Seite zwecks Aufrechterhaltung des Status quo ihre Absicht bekannt, bis zum Ende der Verhandlungen und bis zum Abschluß eines neuen Abkommens keine mit den Bestimmungen des Vorläufigen Abkommens unvereinbaren Handlungen zu unternehmen, wenn auch die andere Seite gleiche Zurückhaltung übt.

Im November 1974 fand in Wladiwostok ein Arbeitstreffen Leonid Breshnews mit USA-Präsident Gerald Ford statt. Dort wurde eine Vereinbarung erzielt, die eine neue Etappe bei der Lösung des Problems bedeutete, da sich die Möglichkeit bot, zusätzliche Komponenten der strategischen Kräfte beider Länder zu erfassen und sie quantitativ und qualitativ zu begrenzen. Der Hauptsinn der Vereinbarung von Wladiwostok war, daß in den darin fixierten Hauptparametern eines neuen Abkommens über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen eine für beide Seiten annehmbare Balance in diesem Bereich unter Berücksichtigung der Besonderheiten der strategischen Situation verankert war.

Doch gelang es gewissen USA-Kreisen in der Folgezeit, die Verhandlungen zu erschweren. Amerikanischerseits war ein einseitiges Herangehen an die Begrenzung strategischer Waffen zu beobachten, das den USA — zum Nachteil der Sicherheit der UdSSR — einseitige Vorteile sichern sollte. Das war vor allem darauf zurückzuführen, daß sich der Militär-Industrie-Komplex der USA hartnäckig dem Abschluß eines neuen sowjetisch-amerikanischen Abkommens widersetzt.

Die feste und prinzipielle Position der UdSSR, darauf gerichtet, die in Wladiwostok erzielte Vereinbarung zu realisieren, bewirkte, daß die Seiten eine konstruktive Erörterung der mit dem Abschluß des neuen Abkommens zusammenhängenden Probleme wiederaufnahmen.

Im Juni 1979 fand in Wien ein Treffen Leonid Breshnews mit USA-Präsident Carter statt; in seinem Verlauf wurde der Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen bestätigt und unterzeichnet. Er legt gleiche Höchstgrenzen für Kernwaffenträger für beide Seiten fest und sieht eine Einschränkung der vorhandenen Kernwaffen vor. Um die Gefahr, die die qualitative Rüstungsforcierung darstellt, zu vermindern, setzt der Vertrag für die Modernisierung strategischer Offensivwaffensysteme und für die Schaffung neuer Systeme wesentliche Begrenzungen fest. Er bildet eine beiderseits annehmbare Abstimmung der Interessen der UdSSR und der USA, die auf dem Prinzip der Gleichheit und gleicher Sicherheit beruht. Die restlose Realisierung der in Wien unterzeichneten Dokumente erübrigte neue Möglichkeiten, der Aufstockung der Arsenale von Raketenkernwaffen Einhalt zu gebieten und sie quantitativ und qualitativ wirksam zu begrenzen. Diese Dokumente sind auch ein Fundament für die Fortsetzung der Verhandlungen über die weitere Begrenzung strategischer Waffen.

Doch wurden dem Inkrafttreten des Vertrages durch die Carter-Administration und einflußreiche politische USA-Kreise von Anfang an Hindernisse in den Weg gelegt. Diese Kreise waren für die Fortsetzung des Wettrüstens und schoben die Ratifizierung des Vertrages unter verschiedenen Vorwänden hinaus. Leider ruft die Position der Reagan-Administration in der SALT-Fragen ebenfalls ernste Besorgnis hervor. Die USA haben den SALT-Prozeß unterbrochen und konzentrieren sich jetzt auf die Realisierung neuer Programme strategischer Rüstungen.

Die UdSSR ihrerseits ist bereit, unverzüglich die entsprechenden Verhandlungen mit den USA fortzuführen und dabei all das Positive, was bisher auf diesem Gebiet erreicht wurde, zu wahren. Selbstverständ-

lich können die Verhandlungen nur auf der Grundlage der Gleichheit und gleicher Sicherheit geführt werden.

Wie Leonid Breshnev auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU hervorhob, ist die UdSSR bereit, über die Begrenzung der Einführung solcher strategischen Offensivwaffensysteme wie der neuen amerikanischen U-Boote vom Typ „Ohio“ und der gleichwertigen sowjetischen U-Boote eine Übereinkunft zu treffen. Ferner könnte die UdSSR vereinbaren, daß die Modernisierung der bestehenden und die Entwicklung neuer ballistischer Raketen für diese U-Boote verboten werden.

Ein wichtiger Schritt zur Bannung der Gefahr eines Nuklearkrieges wurde auf der 36. UNO-Vollversammlung die Annahme der von der UdSSR vorgeschlagenen Deklaration über die Verhütung einer Nuklearkatastrophe. Wie darin betont wird, ist der Ersteinsatz von Kernwaffen ein Verbrechen an der Menschheit.

Verbot von Kernwaffenversuchen

Nach Ansicht der UdSSR besteht eine vordringliche Aufgabe bei der Eindämmung des Wettrüstens und bei der Abrüstung im vollständigen und allgemeinen Verbot von Kernwaffenversuchen. Solche Versuche führen zu einer qualitativen Modernisierung der Kernwaffen, zum Aufkommen neuer Arten solcher Waffen und folglich zur Forcierung des Wettrüstens.

Als erste der Nuklearmächte trat die UdSSR für die Einstellung aller Kernwaffenversuche ein und nahm die Frage ihres Verbots in ihr Abrüstungsprogramm auf. Schon im Mai 1955 unterbreitete die UdSSR dem Unterausschuß des UNO-Abüstungsausschusses den Vorschlag darüber, daß alle Staaten, die im Besitz von A- und H-Waffen sind, sich verpflichten sollen, die Kernwaffenversuche einzustellen. Seitdem kämpft die UdSSR energisch und konsequent dafür, den Kernwaffentests für immer ein Ende zu setzen. Dank ihren beharrlichen Anstrengungen konnte die UdSSR erreichen, daß im Herbst 1958 in Genf zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien Verhandlungen über ein Abkommen zur Einstellung von Kernwaffenversuchen begannen. Der ganze Verlauf dieser komplizierten und langwierigen Verhandlungen (sie dauerten 5 Jahre) zeugte bereit von dem Willen der UdSSR zur vollständigen und unbedingten Einstellung ausnahmslos aller Kernwaffenversuche. Aber die Westmächte hemmten die Verhandlungen, wo sie nur konnten, und zeigten dadurch, daß sie nicht gewillt waren, dieses Problem zu lösen. In dieser Situation ergriff die UdSSR die Initiative zum Abschluß eines partiellen Abkommens; es sollte mit den Kernexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, die vom Standpunkt der tödlich radioaktiven Verseuchung der Umwelt des Menschen am gefährlichsten sind, Schluß machen.

Im Jahre 1963 wurde der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser geschlossen. An ihm nehmen heute über 110 Staaten teil. Dieser Vertrag war ein erster großer Erfolg im Kampf für die Begrenzung des nuklearen Wettrüstens und schränkte gewissermaßen die Möglichkeiten für eine weitere Perfektionierung von Kernwaffen ein. Aber auch nach 1963 erstreckte sich der Vertrag nicht auf experimentelle unterirdische Explosionen. Außerdem haben sich zwei von den fünf Nuklearmächten — Frankreich und China — dem Vertrag nicht angeschlossen.

Die Verhandlungen über das vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen stießen auf ernste Schwierigkeiten. Die westlichen Staaten blockierten die Lösung dieses Problems durch unbegründete Forderungen, insbesondere nach Einsetzung verbindlicher internationaler Inspektionen, die die Erfüllung der Verpflichtung, keine unterirdischen Kernexplosionen vorzunehmen, an Ort und Stelle zu kontrollieren hatten, obwohl nach Ansicht namhafter Wissenschaftler und Experten nationale wissenschaftlich-technische Mittel zur Feststellung von Kernexplosionen durchaus genügen, um die Einhaltung des Vertrages kontrollieren zu können.

Da die Verhandlungen über das vollständige Verbot gefährlicher Experimente im Bereich der Kernwaffenperfektionierung durch die Schuld der Westmächte in eine Sackgasse gerieten, zeigte sich die UdSSR bereit, ein Abkommen zu schließen, das einen weiteren Schritt zu einem allumfassenden Verbot von Kernwaffenversuchen darstellte. So wurde im Juli 1974 der **Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Beschränkung unterirdischer Kernwaffenversuche** geschlossen. Er sah den Verzicht der UdSSR und der USA auf Versuche mit den mächtigsten und gefährlichsten Kernwaffenarten und die Beschränkung außerhalb des Verbotes stehender unterirdischer Kernexplosionen auf eine minimale Anzahl vor. Ihren Niederschlag fand im Vertrag die Vereinbarung über die Kontrolle der übernommenen Verpflichtungen durch nationale technische Mittel.

Zugleich erstreckten sich die Bestimmungen des Vertrages nicht auf unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken. Deshalb war vorgesehen, daß die Beziehungen der Seiten in dieser Frage durch ein spezielles Abkommen geregelt werden sollen. Demgemäß schlossen die UdSSR und die USA im Mai 1976 den **Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken** ab. Er setzte bestimmte Beschränkungen für die höchste Sprengkraft sowohl einzelner als auch gruppenweise vorgenommener friedlicher Kernexplosionen fest. Die Einhaltung dieser Bedingungen wird durch nationale technische Kontrollmittel, den Austausch von Informationen über geplante Explosionen sowie dadurch garantiert, daß die eine Explosion vornehmende Seite Vertretern der anderen Seite unter bestimmten Bedingungen Zutritt zum Explosionsort gewährt.

Die politische Bedeutung des Vertrages zwischen der UdSSR und den USA über die Beschränkung unterirdischer Kernwaffenversuche und des Vertrages über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken geht weit über den unmittelbaren Gegenstand der erzielten Vereinbarungen hinaus. Zusammen mit den früher geschlossenen Abkommen bilden diese Verträge wichtige Bestandteile der Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, das Wachstum der Rüstungen einzudämmen sowie die allgemeine und vollständige Einstellung von Kernwaffenversuchen herbeizuführen.

Eine aktuelle Frage des heutigen internationalen Lebens ist die **Einstellung aller Kernwaffenversuche durch alle Staaten**. Ein konkreter Vertragsentwurf zu dieser Frage wurde von der UdSSR erarbeitet und 1975 der UNO zur Erörterung vorgelegt. Die sowjetische Initiative fand bei den weitaus meisten UNO-Mitgliedstaaten Billigung, jedoch nicht bei den westlichen Kernwaffenmächten und nicht bei China, so daß damals Verhandlungen über das allgemeine und vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen nicht aufgenommen wurden.

Der Westen und China boykottierten weiterhin die Lösung dieses Problems, indem sie künstlich die Frage der Kontrolle aufbauschten, welche, wie sie behaupteten, ohne eine obligatorische Überprüfung an Ort und Stelle unmöglich sei.

Unter diesen Umständen und mit Rücksicht darauf, daß einige Länder die Meinung äußerten, es sei möglich, die faktische Sachlage an Ort und Stelle zu klären, falls die Erfüllung der Verpflichtungen über die Einstellung unterirdischer Kernexplosionen bezweifelt werde, ergänzte die UdSSR 1976 ihren Entwurf eines Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen um eine Bestimmung, die die Möglichkeit einer Überprüfung an Ort und Stelle auf freiwilliger Grundlage vorsah. Dieser Schritt demonstrierte erneut die Bereitschaft der UdSSR zur Suche nach einer beiderseits akzeptablen Vereinbarung.

Auf Initiative der UdSSR begannen 1977 die Verhandlungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens mit dem Ziel, den Vertrag über das allgemeine und vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen auszuarbeiten. Im Zuge der Verhandlungen unterbreitete die UdSSR zur Erreichung von Vereinbarungen eine Reihe bedeutender Kompromisse. So erklärte sie sich zu

einer Einigung darüber bereit, parallel mit dem befristeten Verbot aller Kernwaffenversuche ein Moratorium für friedliche Kernexplosionen zu verhängen. Ferner war die UdSSR damit einverstanden, daß der künftige Vertrag über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen selbst dann in Kraft treten kann, wenn sich ihm ursprünglich nur drei der fünf Kernwaffenmächte anschließen. Bei den Verhandlungen konnten die Hauptbestimmungen eines solchen Vertrages vereinbart werden, und seine Unterzeichnung schien nicht mehr fern zu sein. Doch die scharfe Wendung des Westens zur Verstärkung militärischer Vorbereitungen bewirkte, daß die dreiseitigen Verhandlungen auf der Stelle traten und Ende 1980 von der westlichen Seite unterbrochen wurden. Offenbar paßt die Aussicht auf den Abschluß eines Vertrages, das die Kernwaffenversuche restlos verbietet und folglich das weitere nukleare Wettrüsten einschränkt, dem Militär-Industrie-Komplex der USA nicht.

Die UdSSR setzt sich nach wie vor entschieden für das vollständige Verbot aller nuklearen Tests ein. Im Herbst 1980 schlug sie auf der 35. UNO-Vollversammlung vor, als Bestandteil der sowjetischen Initiative zur Ergreifung einiger unaufschiebbarer Maßnahmen zwecks Minderung der Kriegsgefahr für die Dauer eines Jahres ein **Moratorium für alle Kernwaffenversuche zu erklären, um den baldigsten Abschluß des Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen zu fördern**. Doch blieben die Westmächte und China taub auch gegen diesen konstruktiven sowjetischen Vorschlag.

Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

Es ist ein stetiges Anliegen der UdSSR, die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu verhindern, da die Einbeziehung neuer Staaten in den Prozeß der Entwicklung und Hortung nuklearen Kriegsführungsmittel unvermeidlich die Kernkriegsgefahr steigern würde.

Schon 1957 ergriff die UdSSR die Initiative zur Erzielung eines Abkommens über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. In ihrem Memorandum über Teilmaßnahmen im Abrüstungsbereich, das der 12. UNO-Vollversammlung vorgelegt wurde, sprach sich die UdSSR dafür aus, daß die Kernwaffenmächte sich verpflichten sollen, anderen Staaten und Militärblöcken keine Atom- und Wasserstoffwaffen zur Verfügung zu stellen.

Hiervon ausgehend, brachte die Sowjetregierung 1965 in der UNO den Entwurf eines **Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen** ein. Auch die USA legten damals einen entsprechenden Entwurf vor. Doch wurde darin nicht die Aufgabe gestellt, der Weiterverbreitung von Kernwaffen alle Wege zu versperren, da das USA-Dokument die Möglichkeit zuließ, nichtnukleare Staaten im Rahmen von Militärblöcken dieser Waffen teilhaftig werden zu lassen. Der USA-Entwurf fügte sich ins Konzept der „multilateralen NATO-Kernkräfte“ ein, die zu jener Zeit von den USA, der BRD und einigen anderen westlichen Ländern aufgestellt wurden. Aber dank beharrlichen Anstrengungen der UdSSR mußten die USA damals auf die Schaffung dieser „multilateralen Kräfte“ verzichten. Das eröffnete den Weg zur Lösung des Problems der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

Die im Herbst 1966 eröffneten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen gipfelten 1968 in der Unterzeichnung des **Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen**, dessen Signatarien gegenwärtig über 115 Staaten sind. Laut Vertrag verpflichten sich die Kernwaffen besitzenden Staaten, solche Waffen oder andere nukleare Sprenganlagen niemandem zu übergeben, während die Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, die Verpflichtung übernommen haben, Kernwaffen oder andere nukleare Sprenganlagen nicht zu produzieren und nicht zu erwerben. Zwecks Überprüfung der Erfüllung dieser Verpflichtungen müssen

die nichtnuklearen Vertragsteilnehmer Garantieabkommen mit der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) schließen, in denen die IAEA-Kontrolle über die gesamte nukleare Tätigkeit der betreffenden Staaten vorgesehen ist.

Der Vertrag, der es den nichtnuklearen Staaten verbietet, eigene Kernwaffen oder sonstige nukleare Sprenganlagen zu entwickeln, schafft zugleich Bedingungen dafür, daß diese Länder Dienstleistungen seitens der Nuklearmächte im Bereich friedlicher Kernexplosionen erhalten können. Der Atomsperrvertrag hat somit auch eine neue Etappe im Ausbau der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Atomenergienutzung eingeleitet.

In letzter Zeit gewinnt die weitere Festigung des Verfahrens zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen noch größere Aktualität. Da die 70er Jahre eine stürmische Entwicklung der Atomenergetik in der ganzen Welt mit sich brachten, nahm die Zahl der sogenannten subnuklearen Länder zu, jener Länder, die ihren wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nach imstande sind, ihre eigenen Kernwaffen zu schaffen. Leider finden sich unter solchen Ländern (über 30) auch Israel und die RSA, die eine aggressive Politik betreiben. Auch Pakistan giert nach Kernwaffen.

Die UdSSR unternimmt sukzessive Schritte zur maximalen Festigung des Verfahrens zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Sie richtet ihre Anstrengungen vor allem auf eine universelle Teilnahme der Staaten am Atomsperrvertrag, auf die Unterbindung aller Versuche, unter welchem Vorwand auch immer die Bestimmungen dieses Dokuments, das wesentlich zur Verminderung der Gefahr des Ausbruchs eines nuklearen Konfliktes beiträgt, zu revidieren. Neben mehreren „subnuklearen“ Ländern haben sich dem Atomsperrvertrag zwei Kernwaffenmächte — Frankreich und China — nicht angeschlossen. Zweifellos würde deren Teilnahme am Vertrag seine Rolle und Autorität noch mehr erhöhen.

Von großer Bedeutung für die Festigung des Verfahrens zur Nichtweiterverbreitung wären nach Ansicht der UdSSR auch Maßnahmen, die den Ländern, die sich dem Vertrag aus den einen oder anderen Gründen nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit nähmen, Kernwaffen zu produzieren. Diesem Ziel dient z. B. eine im August 1974 erzielte Vereinbarung der Länder, die nukleare Materialien und Ausrüstungen exportieren und zu denen auch die UdSSR gehört. Sie verpflichtet die Teilnehmerstaaten des Atomsperrvertrages, keinem nichtnuklearen Staat, auch nicht solchen, die sich besagtem Vertrag nicht angeschlossen haben, spaltbares Material oder spezielle Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen, wenn sich auf diese Materialien und Ausrüstungen die IAEA-Garantien nicht erstrecken. Doch umfaßt eine solche Vereinbarung vorläufig noch nicht alle nuklearen Exporteure, deshalb gilt es, den Kreis ihrer Teilnehmer zu erweitern.

Die UdSSR ist dafür, daß sich alle Exporteure nuklearer Materialien, Ausrüstungen und Technologien in ihrer Exportpolitik an die strengsten Normen halten, die alle Hintertüren für die Kernwaffenverbreitung schließen. Mehrere wichtige diesbezügliche Normen wurden 1976 auf den auf Initiative der UdSSR nach London einberufenen Beratungen der Gruppe der wichtigsten Exporteure nuklearer Materialien und Ausrüstungen ausgearbeitet. Teilnehmer dieser Gruppe, die in der Presse auch als „Londoner Klub“ bezeichnet wird, wurden die UdSSR, die USA, Großbritannien, Frankreich, die DDR, die ČSSR, Polen, die BRD, Japan, Kanada, Italien, die Niederlande, Belgien, Schweden und die Schweiz.

Diese Staaten kamen überein, bei der Lieferung nuklearer Materialien, Ausrüstungen und Technologien an nichtnukleare Staaten zu verlangen, daß die Empfängerländer die IAEA-Garantien in bezug auf den nuklearen Export akzeptieren. Außerdem müssen die Importeure eine offizielle Erklärung abgeben, die eine Anwendung der erhaltenen Materialien, Aus-

rüstungen und Technologien ausschließt, welche zur Schaffung nuklearer Sprenganlagen führen könnte.

Die UdSSR strebt eine noch zuverlässigere Kontrolle des nuklearen Exports an, vor allem ein für alle Exporteure bindendes Verfahren, bei dem die Anwendung der IAEA-Garantien auf den gesamten Spaltstoffkreislauf in jedem nichtnuklearen Empfängerland unerlässliche Bedingung wäre.

Aber bei weitem nicht alle Exporteure nuklearer Spaltstoffe und Ausrüstungen teilen diesen Standpunkt der UdSSR. Eine Schwächung der Kontrolle über nuklearen Export ist nämlich für kapitalistische Monopole von Vorteil, die auf ihrer Jagd nach Extraprofiten gewollt oder ungewollt zur Weiterverbreitung von Kernwaffen beitragen. Nach Ansicht der UdSSR dagegen gilt es, zu erreichen, daß die Rivalität bei der Eroberung von Märkten für den Absatz nuklearer Materialien und Ausrüstungen von gleichberechtigter Zusammenarbeit bei friedlicher Atomenergienutzung abgelöst und daß diese Zusammenarbeit durch die notwendigen Garantien gegen eine unkontrollierte Ausnutzung dieser großartigen Errungenschaft des menschlichen Geistes abgesichert wird.

Die UdSSR fördert aktiv die Vervollkommnung der IAEA-Inspektionstätigkeit. Sowjetische Experten erarbeiten für die IAEA neue, bessere Kontrollmethoden. Zur weiteren Entwicklung dieser Tätigkeit gibt die Sowjetregierung alljährlich freiwillige Spenden zum IAEA-Budget, damit technische Aspekte der Garantien ausgearbeitet werden.

Der Festigung des Verfahrens zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen dienen Vereinbarungen, die die UdSSR auf bilateraler Grundlage mit anderen Ländern erzielt. Besonders wichtig sind in dieser Hinsicht die sowjetisch-britische Deklaration über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (1975) und die analoge sowjetisch-französische Deklaration (1977).

In seiner Botschaft an die 21. IAEA-Generalkonferenz betonte Leonid Breshnew die gewaltige Bedeutung, die die UdSSR der weltweiten Festigung des Verfahrens zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen beimitzt, wie folgt: „Die Sowjetunion, die sich für die Entwicklung der friedlichen Atomenergienutzung einsetzt, ist fest entschlossen, zusammen mit anderen Staaten auf jede Weise das internationale Verfahren zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu festigen. Es gilt, alles Mögliche zu tun, um zu verhindern, daß der internationale Austausch nuklearer Technologien, der die Entstehung eines wissenschaftlich-technischen und industriellen Nuklearpotentials in vielen Ländern bewirkt, zu einem Kanal der Weiterverbreitung von Kernwaffen wird.“

Man darf nicht die Augen davor verschließen, daß es in der Welt noch Kräfte gibt, die Kernwaffen in die Hand bekommen wollen, um die Völker mit diesen Waffen zu bedrohen. Deshalb ist die Aufgabe, der Ausbreitung von Kernwaffen einen zuverlässigen Riegel vorzuschieben und die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu verhüten, aktuell wie nie zuvor.“

Festigung der Sicherheitsgarantien für nichtnukleare Staaten

Die weitere Festigung des Nichtweiterverbreitungsverfahrens hängt bis zu einem gewissen Grade davon ab, welche Garantien jene Staaten, die freiwillig auf ihre Produktion und ihren Erwerb verzichten, erhalten, daß Kernwaffen nicht gegen sie eingesetzt werden.

Im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag stehen internationale Dokumente, die die Sicherheitsgarantien der nichtnuklearen Teilnehmer dieses Vertrages betreffen. Im Juni 1968 gaben die Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens im UNO-Sicherheitsrat Erklärungen ab, in denen diese drei Kernwaffenmächte ihren Wunsch bekräftigten, als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates auf Sofortmaßnahmen des Rates zur Unterstützung eines nichtnuklearen Teilnehmerstaates des Vertrages hinzuwirken, falls ein

solcher Staat Opfer einer Aggression oder Objekt der Bedrohung mit einer Aggression unter Kernwaffen-einsatz wird. In einer zu dieser Erklärung angenommenen Resolution verwies der Sicherheitsrat darauf, daß eine Aggression unter Kernwaffeneinsatz oder die Androhung einer solchen Aggression gegen einen nichtnuklearen Staat eine Situation herbeiführen würde, in der der Sicherheitsrat und vor allem seine Ständigen Mitglieder sofort im Einklang mit der UNO-Charta handeln müßten. Der Schritt der drei Kernwaffenmächte und die Resolution des Sicherheitsrates in Verbindung mit dem Atomsperrvertrag, dessen Inhalt ganz der Festigung der Sicherheit aller Staaten dient, sind wichtig, weil all das die Sicherheitsgarantien der nichtnuklearen Vertragsteilnehmer gewährleisten muß. Zugleich damit bestanden viele Länder, die keine Kernwaffen besitzen, weiterhin darauf, daß die Kernwaffenmächte die Verpflichtung übernehmen, gegen sie keine Kernwaffen anzuwenden.

Diesem berechtigten Wunsch entgegenkommend, erklärte die UdSSR im April 1978, daß sie gegen einen Kernwaffeneinsatz ist und daß nur außerordentliche Umstände, eine Aggression gegen sie oder ihre Bündnispartner seitens einer anderen Kernwaffenmacht, sie zwingen könnten, zu diesem äußersten Notwehrmittel zu greifen.

Im Mai 1978, auf der ersten Sonderabrüstungstagung der UNO-Vollversammlung, gab die UdSSR die Erklärung ab, **niemals Kernwaffen gegen Staaten anzuwenden, die auf die Produktion oder den Erwerb von Kernwaffen verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium haben.** Gleichzeitig wurde sowjetischerseits die Bereitschaft bekundet, hierüber auch Sonderabkommen mit jedem solcher nichtnuklearen Staaten zu schließen. Die UdSSR forderte alle anderen Kernwaffenmächte auf, diesem Beispiel zu folgen und ähnliche Verpflichtungen zu übernehmen.

Ebenfalls 1978, auf der 33. UNO-Vollversammlung, unterbreitete die UdSSR den **Vorschlag über den Abschluß einer internationalen Konvention über die Festigung der Sicherheitsgarantien der nichtnuklearen Staaten.** Der Vorschlag fand in der UNO weitgehende Unterstützung (dagegen stimmte nur China). Der Entwurf von Vereinbarungen, den die UdSSR vorlegte, wurde dem Abrüstungsausschuß zur Ausarbeitung des Wortlauts einer internationalen Konvention weitergeleitet. Seitdem wird diese Frage regelmäßig auf den UNO-Vollversammlungen und im Abrüstungsausschuß erörtert, aber durch ihre negative Haltung verhindern die Westmächte und China eine Vereinbarung.

Angesichts dieses Umstands schlug die UdSSR im Herbst 1980 in der UNO vor, daß als ersten Schritt zu einer internationalen Konvention alle Staaten, die im Besitz von Kernwaffen sind, eine ähnliche Erklärung über die Nichtanwendung von Kernwaffen gegen die nichtnuklearen Staaten, die solche Waffen nicht auf ihrem Territorium haben, abgeben. Dann sollten diese Erklärungen durch einen maßgeblichen Beschuß des UNO-Sicherheitsrates gebilligt werden. Für diesen sowjetischen Vorschlag wurden 110 Stimmen abgegeben, aber die USA und China standen erneut in Opposition dazu. Im Jahre 1981 wurde die Frage der Festigung der Sicherheitsgarantien für die nichtnuklearen Staaten im Abrüstungsausschuß und dann in der UNO weiter erörtert.

Schaffung kernwaffenfreier Zonen und Friedenszonen

Nach Ansicht der UdSSR trägt die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt dazu bei, das Verfahren zur Nichtweiterverbreitung zu festigen und die Gefahr eines Nuklearkrieges zu mindern.

Das Problem kernwaffenfreier Zonen ist nicht neu, der Gedanke kam in den 50er Jahren auf, als die UdSSR und andere sozialistische Länder mit der Idee hervortraten, Zonen ohne Kernwaffen in konkreten Weltregionen einzurichten.

Die ersten Initiativen dieser Art hingen mit der Suche nach Mitteln und Wegen zusammen, das Problem zu lösen, das darin bestand, die Verbreitung von A- und H-Waffen zu verhindern. Im Unterausschuß des UNO-Abrüstungsausschusses schlug die UdSSR 1956 vor, in Mitteleuropa eine Zone zu schaffen, in der Rüstungen sowie die Stationierung jeder Art von A- und H-Waffen der Begrenzung und Inspektion unterstellt wären.

Die Westmächte, vor allem die USA, standen von Anfang an negativ zum Vorschlag über kernwaffenfreie Zonen; sie kamen mit mehreren für die sozialistischen Länder absolut unannehbaren Bedingungen und Vorbehalten.

Der sowjetische Vorschlag vom 15. Juli 1958, einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu schließen, enthielt ebenfalls eine Bestimmung über die Anlegung einer Zone in Mitteleuropa, die frei wäre von der Produktion und Stationierung von Atom-, Wasserstoff- und Raketenwaffen sowie von Ausrüstungen und Anlagen dafür.

Der aktive und gezielte Kampf der sozialistischen Länder für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa steigerte in hohem Maße das Interesse anderer Staaten und der Weltöffentlichkeit daran, das Problem der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu lösen, insbesondere durch Schaffung von Zonen, in denen es keine Atom- und Wasserstoffwaffen gäbe. Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre schlug eine ganze Reihe von Staaten vor, in verschiedenen Teilen der Welt kernwaffenfreie Zonen zu errichten: auf dem Balkan, im Mittelmeer, in Nordeuropa, in Afrika, im Nahen Osten, in Lateinamerika usw.

Was die Anforderungen an Abkommen über die kernwaffenfreien Zonen betrifft, so müßte jedes solcher Abkommen nach Meinung der UdSSR in der Tat gewährleisten, daß die Territorien der Teilnehmerstaaten zu einer von Kernwaffen absolut freien Zone werden, und jedes noch so kleines Hintertürchen für Verstöße gegen den kernwaffenfreien Status der Zonen ausschließen. Solche Abkommen müssen ein vollständiges und vorbehaltloses Verbot der Kernwaffen auf dem Territorium der kernwaffenfreien Zonen sichern.

Die UdSSR sieht es als notwendig an, eine wirksame Kontrolle darüber zu errichten, wie die Staaten ihre laut Abkommen über kernwaffenfreie Zonen übernommenen Verpflichtungen erfüllen.

Die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt macht es notwendig, in jedem Einzelfall Fragen zu lösen, die für die jeweils geplante kernwaffenfreie Zone spezifisch sind. Deshalb wird die UdSSR ihre Haltung zu Vorschlägen über kernwaffenfreie Zonen in der einen oder anderen Region in jedem konkreten Fall mit Rücksicht darauf bestimmen, welchen spezifischen Inhalt diese Vorschläge haben, sowie darauf, wie andere Staaten, in erster Linie die vermutlichen Teilnehmer an der Zone, zu ihnen stehen.

Ausgehend von ihrer prinzipiellen Befürwortung kernwaffenfreier Zonen, wurde die UdSSR 1978 Garant des Vertrages über das Kernwaffenverbot in Lateinamerika, des vorläufig einzigen internationalen Abkommens über die Verwandlung einer konkreten geographischen Region in eine kernwaffenfreie Zone.

Die UdSSR unterstützt in der UNO aktiv die in den letzten Jahren diskutierten Vorschläge, kernwaffenfreie Zonen in Afrika und im Nahen Osten anzulegen.

In letzter Zeit aktiviert sich auf internationaler Ebene die Erörterung der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa merklich.

Im Juni 1981 erläuterte Leonid Breschnew in seinen Antworten auf Fragen eines Korrespondenten der finnischen „Suomen Sosialidemokraatti“ die gegenwärtige Einstellung der UdSSR zu der Möglichkeit, in Nordeuropa eine kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Er bekräftigte die positive Haltung der UdSSR zu diesem Vorschlag. Anders als in dem jetzt vor nuklearen Kriegführungsmitteln starrenden Westeuropa, gibt es dort noch keine Kernwaffen. Es wäre natürlich gut, den kernwaffenfreien Status Nordeuropas zu fixieren und entsprechend auf dem Gesetzeswege zu verankern.

Leonid Breshnew gab die Bereitschaft der UdSSR bekannt, die Verpflichtung zu übernehmen, daß sie keine Kernwaffen gegen jene Länder Nordeuropas einsetzen wird, die an der kernwaffenfreien Zone teilnehmen, d. h. auf die Produktion und den Erwerb von Kernwaffen sowie auf deren Stationierung auf dem eigenen Territorium verzichten werden. Eine solche Garantie seitens der UdSSR könnte die Form entweder eines multilateralen Abkommens unter ihrer Teilnahme oder von bilateralen Abkommen mit jedem Teilnehmerland der Zone haben. Die UdSSR ist jederzeit dazu bereit. Selbstverständlich wäre eine solche Zone für deren Teilnehmer viel wirksamer, wenn auch die Kernwaffenmächte der NATO ebensolche Garantien gäben.

Im Zuge von Diskussionen in den skandinavischen Ländern über ihren Beitritt zu einer kernwaffenfreien Zone wurde der Gedanke geäußert, daß zur Schaffung einer solchen Zone einige zusätzliche Verpflichtungen der UdSSR im Hinblick auf den Teil ihres Territoriums, der an die Zone angrenzen würde, beitragen könnten. In diesem Zusammenhang sagte Leonid Breshnew, daß die Garantie der Nichtanwendung von Kernwaffen gegen die zur Zone gehörenden Länder die für sie wesentlichste und zweifellos wichtigste Verpflichtung ist, zu der die UdSSR bereit ist. Das schließt jedoch nicht aus, daß auch die Frage über einige andere Maßnahmen in bezug auf das an die kernwaffenfreie Zone im Norden Europas anstoßende eigene Territorium der UdSSR erwogen werden könnte. Die UdSSR ist bereit, diese Frage mit den interessierten Ländern zu erörtern.

Mit der Frage der Schaffung kernwaffenfreier Zonen hängt unmittelbar der sowjetische Vorschlag zusammen, der 1978 in der UNO eingebracht wurde und die Nichtstationierung von Kernwaffen in den Ländern, in denen es sie gegenwärtig nicht gibt, vorsieht. Der Vorschlag fand bei den meisten UNO-Mitgliedern weitgehende Unterstützung. Aber die NATO-Staaten sowie Japan, Australien und Neuseeland, die ein Militärbündnis mit den USA haben, behindern hartnäckig die Verwirklichung dieser zweifellos nützlichen Initiative.

Staaten in verschiedenen Teilen der Welt stellen immer beharrlicher die Frage auch nach regionalen Maßnahmen zur militärischen Entspannung, insbesondere danach, daß die Mächte, die nicht zu entsprechenden Regionen gehören, dort nicht ihre Streitkräfte ausbauen und keine Militärstützpunkte anlegen. Anders gesagt, geht es um die Schaffung von Friedenszonen.

Sehr aktuell wurde in den letzten Jahren das Problem, im Indik die Sicherheit zu festigen und die Spannungen zu mindern. Das Recht der Völker dieser Region auf ein Leben in Frieden, ihr Wunsch, sich auf ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu konzentrieren, sind gefährdet, weil die USA und einige ihrer Bündnispartner im Indischen Ozean ihre militärische Präsenz und ihre militärischen Aktivitäten intensivieren.

Die UdSSR unterstützt von jeher unabsehbar das Streben der Küstenstaaten des Indischen Ozeans, diese Region in eine Friedenszone zu verwandeln, in der alle ausländischen Militärbasen liquidiert wären und niemand die Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität dieser Staaten bedrohen würde.

1977 und 1978 führte die UdSSR bilaterale Verhandlungen mit den USA über die Begrenzung und spätere Einschränkung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean. Doch wurden sie amerikanischerseits unterbrochen, da sie offensichtlich dem militaristischen USA-Kurs in diesem Raum zuwiderliefen. Die jetzigen USA-Aktivitäten im Indik — Intensivierung der militärischen Präsenz, Anlegung neuer Militärstützpunkte, darunter auf Diego García — widersprechen dem Willen der dortigen Völker, heizen die Spannungen an und beschwören die Gefahr schwerer Militärkonflikte herauf.

Die Anrainerstaaten des Indik setzen sich, von anderen Ländern weitgehend unterstützt, für eine internationale Konferenz ein, die praktische Maßnahmen zur Verwandlung dieser Region in eine Friedenszone

erörtern würde. Die UdSSR ist für diesen Vorschlag. Aber seine Realisierung stößt bei den USA und anderen westlichen Ländern auf offene und hartnäckige Ablehnung.

Die UdSSR unterbreitete ferner Vorschläge zur Verminderung der militärischen Gefahr am Persischen Golf. Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU wurde erklärt: Mit Rücksicht auf die Position einiger Staaten ist die UdSSR bereit, die Afghanistan-Frage zusammen mit den Fragen der Sicherheit am Persischen Golf zu erörtern.

Ein weiterer Raum, in dem die militärischen Spannungen, besonders im Zusammenhang mit der Nahostlage, mitunter gefährliche Ausmaße erreichen, ist die Mittelmeerregion. Deshalb kann und muß diese Region nach Ansicht der UdSSR aus einem Ort militärisch-politischer Konfrontationen in eine Zone stabilen Friedens und der Zusammenarbeit verwandelt werden. Diesen Zielen könnte die Erreichung internationaler Abkommen über folgende Fragen dienen:

— Ausdehnung der in der internationalen Praxis schon bewährten vertrauensbildenden Maßnahmen im militärischen Bereich auf den Mittelmeerraum;

— vereinbarte Reduzierung von Streitkräften in diesem Raum;

— Abzug der kernwaffenbestückten Schiffe aus dem Mittelmeer;

— Verzicht darauf, auf dem Territorium der nicht-nuklearen Mittelmeerländer Kernwaffen zu stationieren;

— Übernahme der Verpflichtung durch die Nuklearmächte, keine Kernwaffen gegen jedes Mittelmeerland, das die Stationierung solcher Waffen auf seinem Boden nicht zuläßt, anzuwenden.

Selbstverständlich ist die UdSSR bereit, zusammen mit den interessierten Staaten auch alle anderen auf dieses Problem bezüglichen Initiativen und Ideen zu erwägen.

Verbot chemischer Waffen

Neben den nuklearen und bakteriologischen gehören die chemischen Waffen zu den gefährlichsten Massenvernichtungsmitteln. Seit Jahren setzt sich die UdSSR auf verschiedenen internationalen Foren konsequent für die völlige Beseitigung chemischer Waffen ein.

1972 unterbreitete die UdSSR zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern dem Abrüstungsausschuß den Entwurf einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen und über ihre Vernichtung. Das diesem Entwurf zugrunde gelegte Prinzip gewährleistet die Lösung des Problems des vollständigen Verbots und der Liquidierung der chemischen Kampfmittel.

Die Konventionsteilnehmer würden sich verpflichten, chemische Stoffe solcher Arten und in solchen Mengen, die keine friedliche Bestimmung voraussetzen, sowie Waffen, Ausrüstungen oder Beförderungsmittel, die für den Einsatz chemischer Stoffe zu militärischen Zwecken in bewaffneten Konflikten bestimmt sind, nicht zu produzieren, nicht zu horten, nicht auf sonstige Weise zu erwerben und nicht zu lagern. Die zu verbietenden chemischen Stoffe, Waffen, Ausrüstungen und Beförderungsmittel müssen innerhalb vereinbarter Zeit vernichtet oder auf friedlichen Gebrauch umgestellt werden.

Im Konventionsentwurf ist die Position der Urheber zur Gewährleistung der Erfüllung der Vereinbarung formuliert: Die Kontrolle der Erfüllung muß sich auf nationale Mittel in Verbindung mit einigen internationalen Verfahren gründen.

Der Konventionsentwurf der sozialistischen Länder, der ein allumfassendes Verbot chemischer Waffen zum Ziel hat, stieß jedoch auf den Widerstand gewisser westlicher Staaten, die somit zeigten, daß sie nicht gewillt waren, restlos auf die chemischen Kampfmittel zu verzichten. Die breite Anwendung von Giftstof-

fen in Vietnam durch die USA-Armee gibt eine Vorstellung von den Motiven einer solchen Position.

Um eine Vereinbarung zu verhindern, stellten die Westmächte eine vorsätzlich unannehbare Bedingung: Sie forderten eine umfassende internationale Kontrolle über die Erfüllung der Konvention, einschließlich bindender Inspektion an Ort und Stelle. Außerdem erhoben sie Einwände gegen das Verbot ausnahmslos aller Mittel des chemischen Krieges.

Um die Verhandlungen über den toten Punkt hinauszubringen, erklärte sich die UdSSR damit einverstanden, daß als erster Schritt die chemischen Waffen von größter tödlicher Wirkung verboten werden. Die Vereinbarung über die Ausarbeitung einer diesbezüglichen gemeinsamen Initiative wurde im sowjetisch-amerikanischen Kommuniqué über das Gipfeltreffen vom Juli 1974 fixiert.

Seit 1976 verhandelten eine UdSSR- und eine USA-Delegation unter Teilnahme von Experten beider Seiten zwecks Ausarbeitung einer gemeinsamen Initiative im Hinblick auf das Verbot und die Vernichtung chemischer Waffen. Bei den Verhandlungen wurde ein Einvernehmen betreffend den Umfang des Verbots chemischer Waffen erzielt. Die Seiten waren sich darüber einig, daß ein solches Verbot allumfassend sein sollte, wie dies früher von der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern vorgeschlagen worden war. Zugleich erschwerten die übermäßigen Forderungen der amerikanischen Seite in bezug auf die Kontrolle über die Erfüllung der Verpflichtungen die Verhandlungen und zogen sie in die Länge. Im Juli 1980 wurden die Verhandlungen unterbrochen, und durch die Schuld der amerikanischen Seite ist der Zeitpunkt ihrer Wiederaufnahme bis heute nicht festgesetzt worden.

Inzwischen liegen immer mehr Angaben über die Absicht, insbesondere der USA, vor, die Perfektionierung chemischer Waffen fortzusetzen, ihre Produktion zu erweitern und die Bündnispartner ebenfalls dazu zu zwingen. In den letzten Jahren sickerten in die westliche Presse Mitteilungen durch, daß in den USA und einigen anderen westlichen Ländern aktiv an der Entwicklung von Binärwaffen gearbeitet wird. Es handelt sich um die Verbindung zweier relativ harmloser chemischer Komponenten, die bei der Mischung einen hochtoxischen Giftstoff ergeben.

Eine unkontrollierte Entwicklung chemischer Waffen würde eine weitere Runde im Wettrüsten bedeuten. Besorgniserregend ist ferner, daß die Verbreitung neuester chemischer Technologien zum Aufkommen chemischer Waffen in einem weiten Kreis von Ländern führen könnte. Dann wäre die Gefahr eines Krieges unter Anwendung dieser überaus gefährlichen Massenvernichtungswaffe noch größer.

Die UNO-Vollversammlung widerspiegelt die Meinung der meisten Staaten der Welt, wenn sie in den letzten Jahren wiederholt entschieden für baldigstes Verbot chemischer Waffen eintrat und dazu aufforderte, die Verhandlungen über diese Frage auf verschiedenen Foren zu aktivieren.

Verbot bakteriologischer Waffen

Die bakteriologische Waffe gehört, was die Folgen ihrer Anwendung betrifft, zu den grausamsten Waffen. Neben den chemischen bildet sie die Kategorie der „lautlosen“ Waffen, deren Zweck es ist, Menschen außer Gefecht zu setzen bzw. zu vernichten, ohne materielle Werte zu schädigen.

Seit Jahren setzt sich die UdSSR konsequent für eine internationale Vereinbarung über das Verbot und die Vernichtung sowohl chemischer als auch bakteriologischer Kampfmittel ein. Um dieses Problem praktisch zu lösen, unterbreiteten die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder der UNO-Vollversammlung im September 1969 den Entwurf einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen und über ihre Vernichtung. Doch zeigten

die Verhandlungen in der UNO und im Abrüstungsausschuß, daß die Bewältigung dieser Aufgabe im vollen Umfang wegen der nichtkonstruktiven Position der Westmächte unmöglich war. Deshalb erklärten sich die sozialistischen Länder bereit, als ersten Schritt das Verbot bakteriologischer Kriegsführungsmittel zu vereinbaren, ohne zugleich auf das Verbot chemischer Waffen zu verzichten.

Im März 1971 brachte die UdSSR zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern im Abrüstungsausschuß den entsprechenden Konventionsentwurf ein. Im Sommer desselben Jahres fanden in Genf Verhandlungen zwischen Vertretern der UdSSR und der USA zwecks Ausarbeitung des Wortlauts des Entwurfs einer Konvention über bakteriologische und Toxinwaffen statt (diese letzteren sind starkwirkende chemische Kampfstoffe, die auf biologischem Wege hergestellt werden). Bei den Verhandlungen wurde der Wortlaut der Konvention vereinbart und später dem Abrüstungsausschuß vorgelegt.

Auf der Grundlage dieses Dokuments entstand der endgültige Wortlaut der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen und über ihre Vernichtung, die 1972 zur Unterzeichnung vorgelegt wurde und 1975 in Kraft trat. Heute haben sich ihr beinahe 90 Staaten angeschlossen.

Die Konvention, die die Liquidierung einer der gefährlichen Massenvernichtungswaffen vorsieht, war die erste Maßnahme der realen Abrüstung in der Geschichte der internationalen Beziehungen, denn alle früheren Abkommen richteten sich lediglich auf die Begrenzung der einen oder anderen Waffen.

Eine wichtige Bestimmung der Konvention besteht in der Verbindung von Maßnahmen zur Liquidierung bakteriologischer Waffen oder zu ihrer Umstellung auf friedliche Zwecke mit Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt sowie in der Nichtzulassung von Hindernissen für die Entwicklung der Biologie und für die friedliche Zusammenarbeit der Staaten auf diesem Gebiet. Die Einhaltung der Konvention wird durch ein Kontrollsysteem gewährleistet, das eine Verbindung nationaler Maßnahmen mit internationalen Verfahren vorsieht. Diese Konvention kann als gutes Beispiel für die Lösung weiterer Probleme der realen Abrüstung dienen.

Verbot neuer Arten von Massenvernichtungswaffen

Es ist notwendig, dem Aufkommen neuer Massenvernichtungswaffen einen Riegel vorzuschieben, weil das Wettrüsten, das früher vorwiegend quantitativ war, sich heute auf die qualitative Perfektionierung der Waffen, auf die Entwicklung grundsätzlich neuer Vernichtungsmittel richtet. Angesichts des raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritts können neue Waffenarten schon in absehbarer Zukunft auftreten. Ihren Folgen nach können sie nicht nur mit den Kernwaffen vergleichbar sein, sondern diese sogar noch übertreffen.

In der internationalen Fachliteratur und Presse wird z. B. nicht wenig über die Möglichkeit der Entwicklung von Strahlenwaffen geschrieben, die auf den menschlichen Organismus durch ionisierende Strahlung einwirken. Vermutungen über eine andere mögliche Waffe werden laut: die Infraschallwaffe, die auf die inneren Organe der Menschen einwirkt. Man weiß auch von Arbeiten über die Entwicklung „psychotroper Waffen“. Als Massenvernichtungswaffe können auch radiologische Mittel (Zerstörung radioaktiver Stoffe) benutzt werden.

Anhand einer tiefscrifenden und allseitigen Analyse von Entwicklungstendenzen und -perspektiven der Wissenschaft und der militärischen Forschungen schlug die UdSSR 1975 vor, auf internationaler Ebene wirksame Maßnahmen zum Verbot der Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme solcher Waffen zu ergreifen, und legte den Ent-

wurf eines entsprechenden internationalen Abkommens vor.

Die UNO-Vollversammlung prüfte diesen Vorschlag und erkannte es auf ihrer 30. Tagung 1975 als notwendig an, wirksame Maßnahmen durch Abschluß eines internationalen Abkommens zu treffen, um die Entwicklung und Produktion neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen zu verbieten. Die Vollversammlung hielt den Abrüstungsausschuß an, unter Heranziehung qualifizierter Regierungsexperten möglichst bald mit der Vereinbarung eines solchen Abkommens zu beginnen.

Seitdem erörtern die Vollversammlung und der Abrüstungsausschuß ständig dieses Problem. Die UdSSR spielt hierbei eine aktive Rolle, wiederholt brachte sie ihre Vorschläge zu einzelnen Fragen ein, und im August 1977 legte sie den überprüften Vertragsentwurf vor, in dem Erwägungen und Wünsche der anderen Verhandlungsteilnehmer berücksichtigt waren. Die wichtigste neue Bestimmung des ergänzten Entwurfs hieß, daß neben dem allumfassenden Abkommen über das Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen die Möglichkeit des Abschlusses von Teilabkommen, über das Verbot konkreter Arten solcher Waffen, vorgesehen war.

Die westlichen Länder, in erster Linie die USA und Großbritannien, treten gegen ein allumfassendes Abkommen auf, das die Entwicklung neuer Massenvernichtungsmittel verhindern würde. Sie behaupten, der Abschluß eines solchen Abkommens sei überhaupt unmöglich, da der Gegenstand des Verbots unklar sei und sich folglich die Erfüllung der von den Staaten übernommenen Verpflichtungen nicht kontrollieren lasse. Das wird behauptet, obwohl die UdSSR eine konkrete Aufzählung neuer Arten von Massenvernichtungsmitteln vorlegte, die zu verbieten wären, und die Möglichkeit vorsah, diese Liste nach Maßgabe dessen zu ergänzen, wie neue potentiell gefährliche Richtungen bei der Entwicklung der verheerenden Waffen aufkommen werden.

Gegenwärtig gewinnt das Verbot neuer Arten von Massenvernichtungswaffen noch größere Bedeutung, weil von der Möglichkeit der Entwicklung der Laserwaffe, neuer Beförderungs- und Lenksysteme usw. geschrieben wird.

Der beharrliche Kampf der UdSSR für das Verbot neuer Arten von Massenvernichtungswaffen bringt schon die ersten konkreten Resultate. Auf Initiative der UdSSR wurde der sowjetisch-amerikanische Entwurf eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung radiologischer Waffen ausgearbeitet und dem Abrüstungsausschuß vorgelegt. (Die Kategorie „radiologische Waffe“ umfaßt jede nichtdetonierende Massenvernichtungswaffe, deren schädigende Wirkung auf radioaktive Strahlung zurückgeht.) Viele Bestimmungen des Vertrages sind schon vereinbart worden, und jetzt bestehen alle Voraussetzungen dafür, diese Arbeit in nächster Zeit abzuschließen.

Die UdSSR wirkt entschlossen hin auf das Verbot einer weiteren Massenvernichtungswaffe: der Neutronenbombe, d. h. einer Kernladung von geringer Größe und relativ beschränkter Sprengwirkung bei bedeutend verstärkter Strahlung. Diese Waffe ist besonders barbarisch, weil sie nur lebende Organismen schädigt, ohne materielle Werte zu vernichten.

Im März 1978 unterbreiteten die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder dem Abrüstungsausschuß den Entwurf einer internationalen Konvention über das Verbot der Produktion, Lagerung, Stationierung und Anwendung nuklearer Neutronenwaffen. Da aber die Westmächte sich einer konkreten Erörterung dieser Frage widersetzen, konnte der Abrüstungsausschuß keine nennenswerten Schritte zum Verbot von Neutronenwaffen unternehmen. Gegenwärtig ist diese Frage erneut akut, weil die Reagan-Administration den Beschuß faßte, Neutronensprengköpfe für die in Europa stationierten Kernwaffenträger zu produzieren. Auf Anregung der sozialistischen Länder nahm

die 36. UNO-Vollversammlung einen Beschuß an, der sich auf das Verbot der Neutronenwaffen richtet. Damit wurde Washington eindeutig verurteilt.

Die Vollversammlung billigte auch eine Resolution, die dazu auffordert, die auf die Initiative der UdSSR geführten Verhandlungen über das Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungsmitteln zu beschleunigen.

Kürzung der Militäretats

Eine Kürzung der Militärausgaben der Staaten könnte dämpfend auf das Wettrüsten wirken. Die UdSSR widmet dieser Frage stets große Aufmerksamkeit. Sie setzt sich dafür ein, daß die Staaten ihre Militäretats sowohl im Rahmen breiter Abrüstungsabkommen als auch als Teilmaßnahmen abbauen.

Seit den ersten Nachkriegsjahren brachte die UdSSR auf verschiedenen internationalen Foren konkrete Vorschläge über die Kürzung der Militäretats ein. Im sowjetischen Resolutionsentwurf „Über die allgemeine Einschränkung und Regelung der Rüstungen“, der im Oktober 1946 auf der ersten UNO-Vollversammlung eingebracht wurde, hieß es, daß die Verwirklichung einer allgemeinen Rüstungsreduzierung „im Interesse der Völker läge und ihre schwere wirtschaftliche Belastung, die durch unmäßige Rüstungsausgaben verursacht wird, erleichtern würde“. Dieser Gedanke zog sich wie ein roter Faden durch alle späteren Dokumente der UdSSR zu Abrüstungsfragen.

Die grundsätzliche Linie der UdSSR auf Senkung der Militäretats der Staaten wurde in den Dokumenten des XXIV. Parteitages der KPdSU (1971) weiterentwickelt. In dem auf dem Parteitag angenommenen Friedensprogramm hieß es: „Die Sowjetunion ist zu einer Vereinbarung über eine Einschränkung der Militärausgaben, vor allem seitens der großen Staaten, bereit.“ In Weiterentwicklung dieses Prinzips unterbreitete die UdSSR der 28. UNO-Vollversammlung 1973 den Vorschlag „Über den Abbau der Militärhaushalte der ständigen Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates um 10 Prozent und über die teilweise Verwendung der eingesparten Mittel als Hilfe für die Entwicklungsländer“. Die Vollversammlung unterstützte diesen Vorschlag und beschloß, einen Expertenbericht zu dieser Frage vorzubereiten.

Ein solcher Bericht wurde (unter Beteiligung eines UdSSR-Experten) vorbereitet und der UNO-Vollversammlung vorgelegt. Er verwies darauf, daß es zweckmäßig und nützlich sei, die Militärhaushalte der Staaten real abzubauen, sowie darauf, daß die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen bei genügendem Vertrauen zwischen den Staaten möglich wäre. Leider hat der UNO-Beschluß über den Abbau der Militärhaushalte keine praktische Verwendung gefunden.

Um der Lösung dieser Frage aus dem Wege zu gehen, verlangten die westlichen Länder ein Studium diverser technischer Aspekte einer Kürzung der Militärbudgets: Erarbeitung von „Modellen der Vergleichbarkeit“, der „Überschaubarkeit der Haushalte“, durch nichts gerechtfertigte Kontrollmaßnahmen usw. Wie die Erfahrungen solcher „Studien“ im UNO-Rahmen zeigten, lenken sie nur von der praktischen Lösung des Problems selbst ab.

In den letzten Jahren betonte die UNO-Vollversammlung in ihren Resolutionen stets die gebieterische Notwendigkeit, den Vorschlag der UdSSR über die Senkung der Militärbudgets möglichst bald zu realisieren.

Mit unverminderter Energie kämpft die UdSSR weiterhin an diesem wichtigen Abschnitt des Ringens um die Abrüstung und bekräftigt ihren Willen durch praktische Taten. Die UdSSR ist die einzige Großmacht der Welt, die ihre Militärausgaben nicht von Jahr zu Jahr steigert.

Um einen Fortschritt bei der Lösung der Frage der Senkung der Militärbudgets herbeizuführen, konkretisierte die UdSSR ihren Vorschlag in den letzten Jahren: Sie bekundete ihre Bereitschaft, die Senkung der

Militärausgaben, ob prozentual oder absolut, um eine Größenordnung zu vereinbaren, und zwar zunächst innerhalb von drei Jahren. Die Westmächte jedoch, vor allem die USA, steuern inzwischen den Kurs auf eine hemmungslose Steigerung der Militärausgaben.

Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Waffen

Im untrennaren Zusammenhang mit der nuklearen Abrüstung betrachtet die UdSSR Maßnahmen zur Begrenzung und Einschränkung von Streitkräften und konventionellen Waffen.

Ende 1946 warf die UdSSR als erste in der Nachkriegszeit die Frage nach der allgemeinen Steuerung und Begrenzung von Rüstungen und Streitkräften auf. Sie schlug 1948 vor, daß die ständigen Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates als ersten Schritt ihre Land-, See- und Luftstreitkräfte innerhalb eines Jahres um ein Drittel reduzierten. Die westlichen Länder lehnten diesen Vorschlag ab. Sie bestanden darauf, daß der UNO-Ausschuß für konventionelle Rüstungen sich vor allem auf die Sammlung und Überprüfung erschöpfernder Informationen über die Stärke der Streitkräfte und der konventionellen Waffen konzentrieren sollte. Bezeichnenderweise übergingen die Westmächte dabei die Frage der Atomwaffen mit Stillschweigen. Eine solche Position war nur dazu angestan, einen realen Abbau konventioneller Waffen zu behindern.

Am 10. Mai 1955 unterbreitete die UdSSR in der Unterkommission des UNO-Abrüstungsausschusses einen ausführlichen Plan der Rüstungseinschränkung, in dem u. a. vorgesehen war, die Streitkräfte der UdSSR, der USA und der VR China im Laufe des Jahres 1956 auf je 1–1,5 Millionen Mann, die Großbritanniens und Frankreichs auf je 650 000 Mann abzubauen. In diesem Vorschlag ging die UdSSR erstmals von der prozentuellen Methode der Reduzierung zu absoluten Ziffern über. Die westlichen Länder gaben keine konstruktive Antwort auf diese sowjetische Initiative.

Mitte der 50er und Anfang der 60er Jahre reduzierte die UdSSR wiederholt von sich aus ihre Streitkräfte beträchtlich, insgesamt um mehr als 3 Millionen Mann.

1964 brachte die UdSSR den Vorschlag über die völlige Liquidierung der Bombenflugzeuge ein, fand jedoch bei den USA und ihren Bündnispartnern keinen Anklang.

1978 forderte die UdSSR Staaten mit hohem Rüstungspotential auf, ein Programm zu erörtern, laut dem innerhalb eines bestimmten begrenzten Zeitraumes Maßnahmen zur völligen Einstellung der Rüstungssteigerung ergriffen und Bedingungen für eine spätere Rüstungseinschränkung geschaffen werden sollten. Neben der Einstellung der Produktion von Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen schlug sie vor, die Entwicklung neuer Arten konventioneller Waffen von großer Zerstörungskraft sowie den Ausbau der Armeen und die Anhäufung der konventionellen Rüstungen der ständigen Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates sowie der mit ihnen durch Militärabkommen verbundenen Staaten einzustellen.

Auf der 35. UNO-Vollversammlung im Herbst 1980 schlug die UdSSR vor, daß alle Staaten, in erster Linie die ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und die mit ihnen durch Militärabkommen verbündeten Länder, ab 1. Januar 1981 ihre Streitkräfte nicht erweitern und ihre konventionellen Rüstungen nicht erhöhen. Das könnte der erste Schritt sein zu einer späteren Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen. Der Vorschlag fand auf der Tagung weitgehende Unterstützung, aber auch diesmal wurde er von den westlichen Ländern im Grunde boykottiert, weil er von der Sorge um die Festigung des Friedens zeugte.

Im Herbst 1980 wurde die Arbeit der UNO-Konferenz über das Verbot oder die Einschränkung einiger

konkreter konventioneller Waffen, die übermäßige Schädigungen verursachen bzw. von nichtselektiver Wirkung sind, erfolgreich abgeschlossen. Die UdSSR leistete einen großen Beitrag zur Erreichung des Fortschritts auf dieser Konferenz und unterzeichnete die entsprechende internationale Konvention als einer der ersten Staaten, im April 1981.

Die 36. UNO-Vollversammlung unterstützte den sowjetischen Vorschlag, einen Vertrag über das Verbot der Unterbringung von Waffen jeder Art im Weltraum zu schließen.

Liquidierung fremder Militärbasen

In der Nachkriegszeit nahmen die imperialistischen Mächte, die USA vorneweg, Kurs auf die Schaffung eines großangelegten Netzes von Militärstützpunkten auf fremden Territorien, das sich schließlich über den ganzen Planeten ausbreitete. Gegenwärtig bestehen über 200 große Militärbasen der USA, kleinere nicht mitgerechnet.

Die UdSSR kämpft aktiv für die Liquidierung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien, weil sie den Frieden und die Völkersicherheit bedrohen.

Schon 1946 verwiesen die sowjetischen Vertreter auf der UNO-Vollversammlung darauf, daß es unzulässig ist, daß die einen UNO-Staaten auf dem Territorium anderer UNO-Staaten Militärstützpunkte haben.

In dem von der UdSSR am 21. Mai 1947 vorgeschlagenen Plan der Arbeit des UNO-Ausschusses für konventionelle Rüstungen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, „Probleme der Standortverteilung der Streitkräfte und die Frage einer Einschränkung der Anzahl von Militär-, Flotten- und Fliegerstützpunkten zu erörtern“. Seitdem setzt sich die UdSSR unablässbar für die praktische Lösung des Problems ein, die ausländischen Militärstützpunkte zu liquidieren, und schlägt vor, konkrete diesbezügliche Maßnahmen zu erörtern.

Unter verschiedenen Vorwänden lehnten die Westmächte die sowjetischen Vorschläge ab. Sie behaupteten, diese Vorschläge trügen einseitigen Charakter und das Problem der Liquidierung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien ließe sich nur im Zusammenhang mit der Lösung des Problems der allgemeinen und vollständigen Abrüstung lösen.

Praktische Schritte der imperialistischen Mächte dagegen geben Aufschluß über den wahren Grund ihrer Weigerung, das Problem zu lösen. Gegenwärtig verausgabt das Pentagon z. B. Dutzende Millionen Dollars für den Bau eines Flotten- und Fliegerstützpunktes auf der Insel Diego García mitten im Indischen Ozean; US-Truppen verbleiben noch immer auf den Basen der Matira-Insel im Arabischen Meer, auf den Philippinen und in vielen anderen Teilen der Welt. Das Bestehen dieser Bollwerke der imperialistischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten steigert zweifellos die Spannungen in der Welt.

Fragen der europäischen Sicherheit

Die Gewährleistung der Sicherheit und des Ausbaus der friedlichen Zusammenarbeit in Europa nahm stets einen zentralen Platz im gesamten Aufgabenkomplex der sowjetischen Außenpolitik ein. Die UdSSR tritt aktiv dem NATO-Kurs auf Steigerung der internationalen Spannungen, der die Grundfesten des Friedens in Europa bedroht, entgegen und setzt sich fest für die europäische Sicherheit, die Vertiefung und Erweiterung der Entspannung auf dem Kontinent ein, vor allem dafür, sie auch auf den militärischen Bereich auszudehnen, was objektiv dringend ist.

Die UdSSR und die anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages unterbreiten ein umfassendes Aktionsprogramm, dazu bestimmt, die Teilung Europas in militärpolitische Gruppierungen überwinden zu helfen. Schon 1951, auf der 6. UNO-Vollversammlung, brachte die UdSSR einen Vorschlag ein, in dem vorgesehen war, die Teilnahme von Staaten am aggressi-

ven NATO-Block mit der Mitgliedschaft in der UNO für unvereinbar zu erklären. Als 1955 die Warschauer Vertragsorganisation gegründet wurde, schlugen die Mitglieder dieses Verteidigungsbündnisses charakteristischerweise vor, beide einander in Europa gegenüberstehenden Blöcke aufzulösen. 1966 bekämpften die Warschauer Vertragsstaaten diesen Vorschlag. Im Memorandum der UdSSR zu Fragen der Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung vom 28. September 1976 wurde die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, als ersten Schritt zur Auflösung beider Militärblöcke zunächst ihre Militärorganisationen zu liquidieren. Im November 1976 warfen die sozialistischen Länder die Frage der Nacherweiterung des Teilnehmerkreises des Warschauer Vertrages und der NATO auf. Auf der Jubiläumstagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten im Mai 1980 schlugen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft vor, zu vereinbaren, daß ab eines festgelegten Datums kein einziger Staat, keine einzige Staatengruppierung in Europa die zahlenmäßige Stärke ihrer Streitkräfte in dem durch die KSZE-Schlusakte umgrenzten Raum erhöhen. Im Herbst 1980 unterbreitete die UdSSR der UNO den Vorschlag, die bestehenden Militärbündnisse nicht zu erweitern und keine neuen zu bilden. Leider stießen all diese Initiativen auf die starre Weigerung der NATO-Länder, der Teilung Europas in Militärgruppierungen ein Ende zu setzen.

Die Warschauer Vertragsländer sprechen sich ferner für mehrere Schritte aus, die das politische und rechtliche Fundament der Befolgung des Prinzips der Nichtanwendung von Gewalt oder Gewaltandrohung auf dem Kontinent festigen würden. Diesem Ziel dient der Vorschlag der sozialistischen Länder vom November 1976 darüber, daß alle Signatarstaaten der Schlusakte von Helsinki sich verpflichten sollen, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen anzuwenden. Darauf behauptete man im Westen, das würde Kriege unter Anwendung konventioneller Waffen wahrscheinlicher machen. Mit Rücksicht darauf ergriff die UdSSR im März 1979 eine neue Initiative. Sie schlug vor, diese Vereinbarung auch auf konventionelle Waffen auszudehnen, anders gesagt, eine Art Nichtangriffspakt zwischen den KSZE-Staaten zu schließen. Dieser Vorschlag der sozialistischen Staaten fand jedoch keine konstruktive Antwort seitens der NATO-Länder.

Eine ernsthafte Gefahr für den europäischen und internationalen Frieden hat der NATO-Beschluß vom Dezember 1979 heraufbeschworen, neue amerikanische Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite zu produzieren und in Westeuropa zu stationieren. Dieser Beschluß bezweckte offen die Erreichung der militärischen Überlegenheit und folglich die Untergrubung der bestehenden annähernden Kräftegleichheit zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO, der Gleichheit, die seinerzeit eine der materiellen Voraussetzungen für den Entspannungsprozeß bildete.

Die UdSSR schlug den NATO-Staaten schon im Oktober 1979, d.h. noch vor deren „Nachrüstungs“beschuß, vor, Verhandlungen zu führen, um die Frage der Mittelstreckenraketen auf einer Grundlage zu regeln, die für beide Seiten akzeptabel wäre. Hierbei erklärte sich die UdSSR bereit, die Zahl der ihr zur Verfügung stehenden Mittel dieser Kategorie zu senken, wenn in Westeuropa nicht zusätzlich analoge USA-Raketen stationiert werden. Aber die westlichen Länder billigten unter Washingtons Druck den Beschluß über die Stationierung von USA-Raketen und lehnten somit den sowjetischen Vorschlag ab.

Der XXVI. Parteitag der KPdSU trat mit einem weiteren konstruktiven Vorschlag zu diesem Problem hervor. Dort wurde vorgeschlagen, schon jetzt ein Moratorium über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen der NATO-Länder und der UdSSR in Europa zu verhängen, d.h. quantitativ und qualitativ das bestehende Niveau solcher Mittel, selbstverständlich unter Einbezug der Forward-Based-Systems der USA in diesem Raum, einzufrieren. Das Moratorium könnte sofort nach Aufnahme von Verhandlungen über diese Frage in Kraft treten und solange gelten, bis ein ständiger Vertrag über die Begrenzung, ja sogar viel-

leicht über die Einschränkung solcher nuklearen Mittel in Europa geschlossen wird.

Die neuen Vorschläge, mit denen Leonid Breschnew während seines BRD-Besuches Ende November 1981 hervortrat, fanden ein starkes Echo bei der Weltöffentlichkeit.

Erstens ergänzte die UdSSR wesentlich ihren früheren Vorschlag über ein Moratorium, der die Entwicklung neuer und die Modernisierung der vorhandenen nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa für die Zeit der Verhandlungen betraf. Es wurde die Bereitschaft bekundet, falls die andere Seite mit einem solchen Moratorium einverstanden sein wird, einen Teil der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR einseitig zu reduzieren auf dem Wege zu einem niedrigeren Niveau, das die UdSSR und die USA im Ergebnis der Verhandlungen vereinbaren können.

Zweitens wurde der Wunsch der UdSSR betont, bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen anstreben, daß beide Seiten ihre nuklearen Mittelstreckenwaffen radikal — nicht um Dutzende, sondern um Hunderte Einheiten — einschränken. Hierbei sind selbstverständlich sowohl die amerikanischen Forward Based Systems als auch die entsprechenden nuklearen Mittel Großbritanniens und Frankreichs zu berücksichtigen.

Drittens wäre die UdSSR bereit, auch den totalen Verzicht beider Seiten, von Ost und West, auf alle Arten der Nuklearwaffen mittlerer Reichweite, die gegen Objekte in Europa gerichtet sind, zu vereinbaren.

Mehr noch, Leonid Breschnew betonte: Unser Land ist überhaupt dafür, daß es in Europa letztlich gar keine Kernwaffen — weder mittlerer Reichweite noch taktischen — gibt.

Die von Leonid Breschnew unterbreiteten Vorschläge bilden ein Programm zur Begrenzung der Nuklearwaffen in Europa. Anhand dieser Vorschläge wurden der UdSSR-Delegation Weisungen für die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung von Kernwaffen in Europa (begonnen in Genf am 30. November 1981) gegeben.

Zur Minderung der militärischen Konfrontation auf dem europäischen Kontinent und zu einem Fortschritt bei der Abrüstung trüge ein Vorwärtskommen bei den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa bei. Diese Verhandlungen werden — ohne greifbare Resultate — schon seit 8 Jahren geführt.

Eine solide Basis für eine Vereinbarung schaffen die komplexen Vorschläge der sozialistischen Länder. Solche Vorschläge von Kompromißcharakter sehen in allgemeinen Zügen vor: auf der ersten Etappe die Streitkräfte und Rüstungen der UdSSR und der USA in Mitteleuropa zu reduzieren, einen genauen Übergang zur zweiten Etappe einzuleiten, auf der die anderen direkten Verhandlungsteilnehmer ihre Truppen und Rüstungen im Verhältnis zu ihrem jeweiligen Potential abbauen würden, und letztlich die gleichen kollektiven Niveaus der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte der NATO und des Warschauer Vertrages in diesem Raum zu senken.

Im Juli 1980 brachten die sozialistischen Länder Vorschläge ein, die es ermöglichen, den Erfolg bei den Verhandlungen zu erleichtern und zu beschleunigen. Vorgesehen ist, auf der ersten Etappe 13 000 USA-Militärangehörige und 20 000 sowjetische Militärangehörige — zusätzlich zu jenem 20 000 Mann starken Kontingent, dessen Abzug vom Territorium der DDR 1980 abgeschlossen wurde — abzuberufen. Die sozialistischen Länder sind auch zu einem kollektiven „Einfrieren“ der zahlenmäßigen Stärke der Truppen der direkten Verhandlungsteilnehmer für die Zeit zwischen den beiden ersten Etappen der Reduzierung sowie dazu bereit, daß ein Mechanismus zur Aufrechterhaltung des kollektiven Niveaus der zahlenmäßigen Stärke beider Bündnisse geschaffen wird, bei dem die zahlenmäßige Stärke der Truppen keines einzigen Staates über 50% der gemeinsamen kollektiven Niveaus von je 900 000 Mann für jedes der Bündnisse liegen darf.